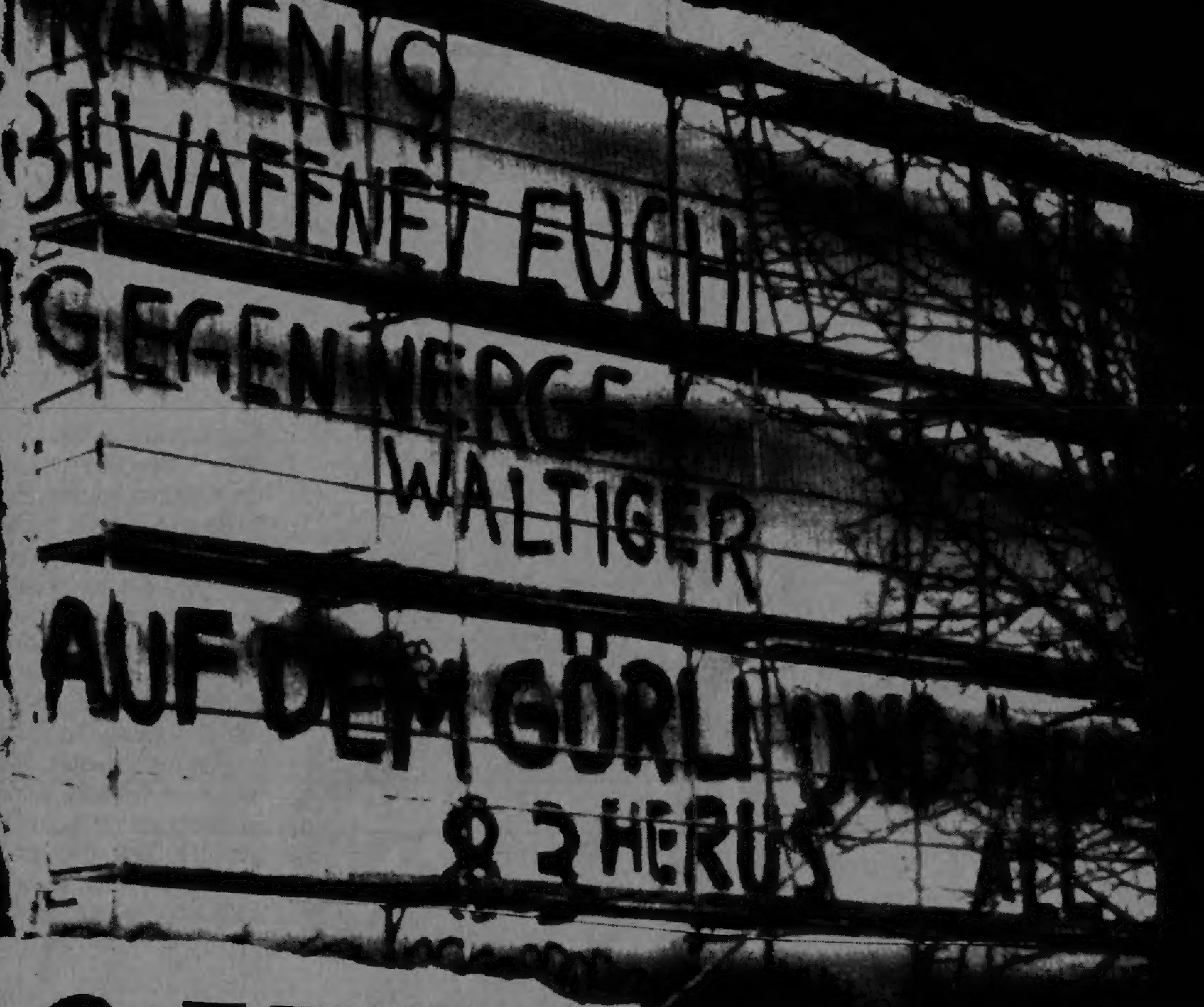
Nr. 183

5. März 1992

8. MÄRZ FRAUENDEMO



13 UHR SÜDSTERN

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Im Heft dokumentieren wir den Text einer RZ, den wir aus der Konkret genommen haben. In dem Text, der inzwischen über einen Monat alt ist, begründet eine Zelle ihre Selbstauflösung. (S.5) Der darauffolgende Text "Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus?" aus dem AK ist ein sehr interessanter Diskussionsbeitrag zu dem RZ-Text "Gerd Albartus ist tot". Er arbeitet die Geschichte der westdeutschen Linken in ihrem Verhältnis zu Antizionismus und palestinensischem Nationalismus auf.
Antirassistische Initiativen, konkrete Unterstützungsprojekte für und mit Flüchtlingen sowie die Diskussionen um Antirassismus sind zum Teil an Grenzen gestoßen. Ein Aspekt dabei ist auch die vernachlässigte Auseinandersetzung mit antipatriarchalen Positionen und Kämpfen gewesen. Wir planen deshalb für die nächsten Ausgaben eine Schwerpunktsetzung zum Thema Rassismus/Sexismus. Wenn ihr Texte habt, schickt sie uns doch bitte zu.

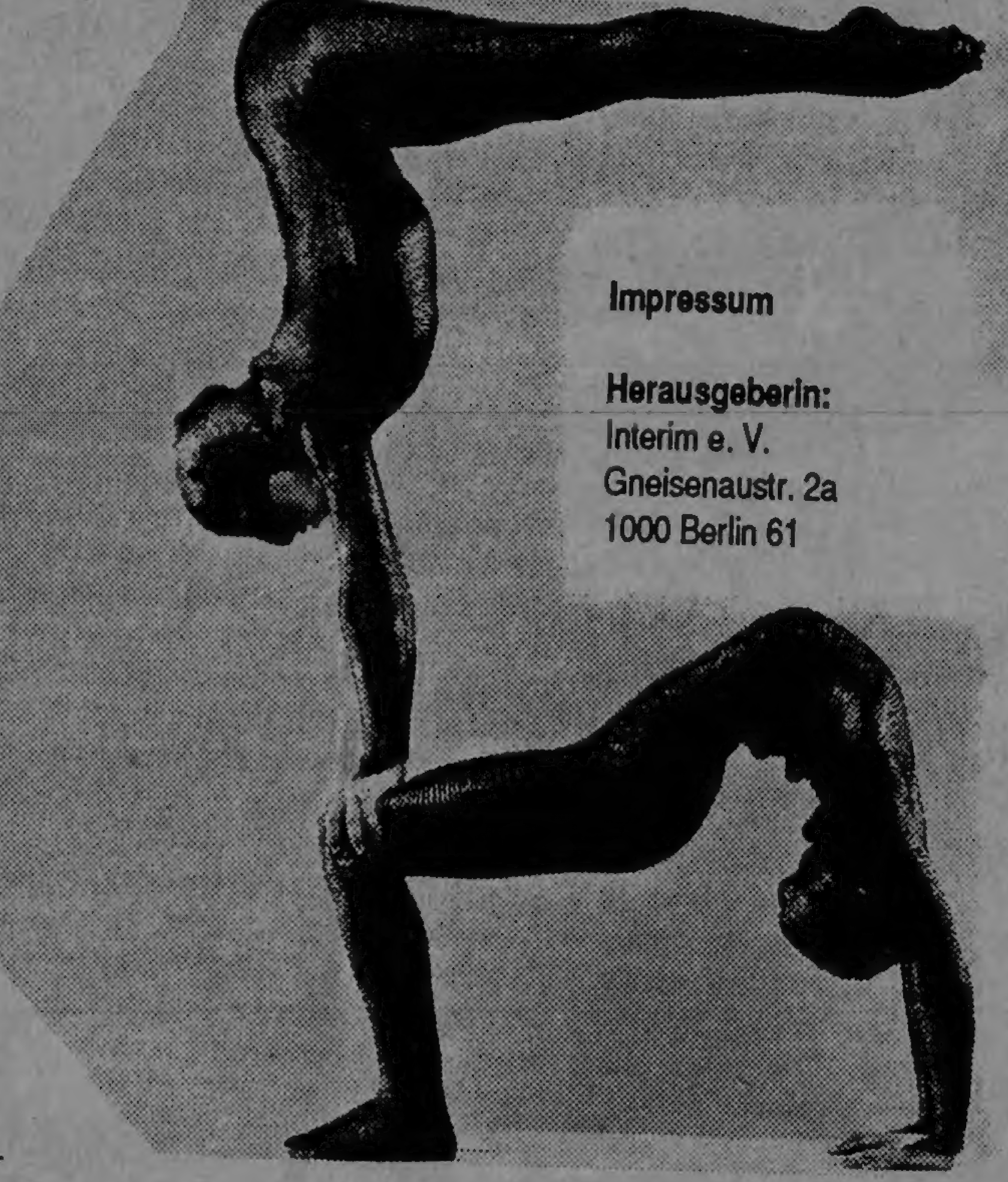
Ordner:
info6 Norderstedt
Schweinemensa
Pkk-Wohin jetzt
Jansen-Brief (Sozialmin.SH)
Rainer & Itsche (Karlsruhe)
aus 1999
Rassismus als Norm
Rhein-Neckar-Dreieck
JUZ bleibt 04,8

Inhalt

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Steine gegen Olympia-Pläne



Die Auseinandersetzung um Olympia 2000 wird aggressiver: Am Donnerstag abend zertrümmerten NOlympics-Anhänger Scheiben des Berlin-Pavillons in Tiergarten, in dem olympische Baupläne zu besichtigen sind. Foto: Kesten

Berliner Zeitung
Montag, 2. März 1992

Reps angegriffen

Zwei Wahlstände der Berliner Republikaner am Frankfurter Tor in Friedrichshain und vor der Markthalle in der Ackerstraße in Mitte sind am Sonnabend von Angehörigen der autonomen Szene attackiert worden. Nach Angaben des Rep-Landesverbandes verletzten die „teilweise bewaffneten" Angreifer in Mitte drei Wahlkämpfer, unter ihnen ein ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses. Es entstand in beiden Fällen erheblicher Sachschaden. Die Polizei verwies darauf, daß es sich bei der Friedrichshainer Wahlveranstaltung in unmittelbarer Nähe einer Hochburg der autonomen Hausbesetzerszene um eine nicht genehmigte Veranstaltung gehandelt habe. ADN

Zur Aktion gegen den Leiter der Hamburger Ausländerbehörde - Peter Dauer
nichts wird vergeben, nichts wird vergessen

3 Uhr an einem bitterkalten, scheißfeuchten Februarmorgen:
Vor dem Neubau des sogenannten Asylabschnitts der Ausländerbehörde warten über 1oo MigrantInnen, teilweise schon seit Stunden auf Einlaß in den Wartesaal, der selbst nach Meinung der bürgerlichen Presse das Ambiente eines Schlachthofes oder Sicherheitstraktes besitzt.
Zur selben Zeit, zu der er normalerweise noch in seinem Bett schlummert, ist der Leiter der Ausländerbehörde, Dr.Peter Dauer, Wolferskamp 8, 2000 Hamburg 56, Tel.: 813335, hoffentlich noch dabei, sein Wohnzimmer zu säubern, denn in der Nacht vom 24.02. auf den 25.02. haben wir an seinem Haus die Scheiben eingeworfen, mit Lackfarbe für einen neuen Anstrich gesorgt sowie mittels Buttersäure und Farbflaschen die Inneneinrichtung seines Wohnzimmers zerstört.
Als Chef der Ausländerbehörde ist das Schreibtischtäterschwein ein wichtiges Rädchen in der Hamburger Verwertungs- Kontroll- und Abschiebemaschinerie. Hand in Hand mit Ausländerbullen, VerwaltungsrichterInnen, Innen- und Sozialbehörde etc sind die SchreibtischtäterInnen der Ausländerbehörde für den Terror gegenüber Flüchtlingen und ImmigrantInnen, ihre Erniedrigung und Demütigung bis hin zur Abschiebung verantwortlich. Solche Schergen wie Dauer sind es, die tagtäglich mit ihrer Unterschrift verfügen,ob AsylbewerberInnen abgeschoben, oder vorerst "geduldet"werden, sie sind es, die die Bullenbüttel auf die MigrantInnen hetzen, deren Anträge abgelehnt wurden, um sie mit Gewalt dorthin zu deportieren, woher sie kamen: Aus Not, Hunger, Elend und Folter .
Der sogenannte Asylabschnitt ist Mitte November 91 in den Neubau in der Amsinckstraße verlegt worden. Aus Sicherheitsgründen, wie Dauer sagt. Und in der Tat wurde die Kontrolle und Reglementierung der Flüchtlinge noch perfektioniert. Vor den vier mit Panzerglas gesicherten und mit Drehgittern versehenen Einlaßkabinen werden die MigrantInnen durch Absperrgitter in Schlangen gepfercht. 30 private Wachleute vervollständigen die Szenerie. Nach dieser entwürdigenden Tortur des Wartens wird ihnen in den Räumen der SachbearbeiterInnen durch einen vor den Schreibtischen aufgemalten Trennstrich, den sie nicht übertreten dürfen, ihre Position in dieser Gesellschaft klargemacht: die des/der minderwertigen "schwarzen" BittstellerIn.

Die Menschenschlangen, die bisher allmorgendlich vor der alten Behörde im Biberhaus am Hauptbahnhof für Aufsehen sorgten und das Image des "Tores zur Welt" Hamburg doch ein wenig ankratzten, sind nun quasi unsichtbar für die BesucherInnen der Stadt nach Hammerbrook verbannt worden.

Hamburg ist neben Bayern dasjenige Bundesland, welches die verschärfteste Abschiebepraxis und zügigste Abwicklung von Asylverfahren in der BRD durchzieht. (In Hamburg werden pro Monat durchschnittlich 100 AsylbewerberInnen abgeschoben!). Dieser Tatsache brüsten sich die HandlangerInnen imperialistischer

Flüchtlingspolitik in dieser Stadt wie Hackmann und Dauer u.a. bei jeder Gelegenheit. So hat die Hamburger Bürgerschaft schon Ende November einen Senatsantrag beschlossen, der die Schaffung von über 100 zusätzlichen Stellen für die Ausländerbehörde, die Gerichte und den Polizeiapparat vorsieht; mit dem Ziel, die Verfahrensdauer von Asylanträgen auf sechs bis zwölf Wochen je nach Kategorie zu verkürzen. Mit der einhergehenden Gesetzesänderung hat sie damit quasi für Hamburg schon im Voraus den gesetzlichen und personellen Rahmen für die für dieses Frühjahr vorgesehene von Schäuble-Nachfolger Seiters ausgearbeitete Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes geliefert.
Die Anzahl der Polizeischergen in der Asylabteilung hat sich aufgrund dieser Maßnahme verdoppelt. Gleichfalls hat die Bürgerschaft im November einen Antrag zur Schaffung von 44 neuen Abschiebehaftzellen im Knast Hahnöfersand beschlossen.

Die Herrschenden und ihre Schergen werden in Zukunft hier in der Hansestadt wie auch in den anderen Städten und Regionen der westlichen imperialistischen Staaten den Krieg gegen die weltweit sich verstärkenden Flüchtlingsbewegungen, die sich in Richtung auf die metropolitanen Wohlstandsinseln zu bewegen, intensivieren.
Neues Unrecht wird in Gesetze gegossen, die Propagandamaschine der Gehirnwäschemedien läuft auf Hochtouren, die westeuropäischen Grenzen werden gegenüber den nicht verwertbaren Flüchtlingen abgeschottet, die Selektion und Differenzierung zwischen verwertbarer Arbeitskraft und nicht verwertbarer präzisiert und EG-weit mittels "Harmonisierung" der Asylgesetzgebung abgestimmt. Daß ihre Brutalität und Menschenverachtung keine Grenze finden wird, hat z.B. das Vorgehen der italienischen Regierung gegen die AlbanerInnen gezeigt.

Hamburgs Innensenator Hackmann hat letztens in einem Interview mit der taz noch einmal die Kriterien verdeutlicht, nach denen eine kontrollierte "Einwanderungspolitik" ausgerichtet sein soll: die demographische und arbeitsmarktpolitische Entwicklung hier erfordert wesentlich mehr ausländische Arbeitskräfte als bereits vorhanden sind. Entscheidend für die Anzahl der aufzunehmenden MigrantInnen ist die konjunkturelle Lage und die angestrebte Profitmaximierung der kapitalistischen Produktion. Die Auswahl wird nach Qualifikation bzw. Verwertbarkeit vorgenommen.
Daß in erster Linie alleinerziehende Frauen, Kinder, Alte und durch Krieg, Hunger oder Verfolgung geschwächte durch dieses Sieb fallen werden, ergibt sich aus dieser Verwertungslogik von selbst.

Der Widerstand und die Kämpfe vieler Flüchtlinge gegen staatliche Willkür und für ein Bleiberecht an Orten ihrer Wahl, die wenigstens einigermaßen Schutz bieten vor faschistischen Überfällen, für ein Minimum an Rechten und an Lebensqualität wird vom Staat mit allen Mitteln bekämpft.
Wie z.B. die Kirchenbesetzung in Norderstedt deutlich gezeigt hat, wurde auf die Selbstorganisierung von Flüchtlingen im Kampf für ihr Bleiberecht in Schleswig-Holstein durch übelste Pressehetze, Isolierung und schließlich Repression reagiert. Sofort nach der Flucht aus der Schalom Kirche vor der drohenden polizeilichen Räumung wurde den Flüchtlingen die unmittelbare Abschiebung angekündigt und gegen alle Beteiligten Ermittlungen durch den Staatsschutz eingeleitet.

Inzwischen erweisen sich auch die meisten liberalen und humanitären Organisationen und gesellschaftlichen Kräfte wie zuletzt die nordelbische Kirche als Erfüllungsgehilfen imperialistischer Flüchtlingspolitik und Kontrollansprüchen, deren Bereitschaft zu rein humanitärer Unterstützung offensichtlich nur willfährigen BittstellerInnen zukommt, um die Härte der Asylpolitik kurzzeitig abzufedern.

Für uns geht es darum, die unterschiedlichen Kämpfe von Flüchtlingen und ImmigrantInnen warzunehmen und zu unterstützen und in die menschenverachtende Abschiebungspolitik aktiv einzugreifen.
KEINE RUHIGE MINUTE DEN RASSISTISCHEN SCHREIBTISCHTÄTER/INNEN UND DEN FASCHISTISCHEN SCHLÄGER/INNEN !!!

Liebe und Kraft den Flüchtlingen aus Norderstedt!

Freie Wahl des Aufenthalts -- Keine Zwangsumverteilung --
Bleiberecht für alle !!!
Grenzen auf !

SOLIDARITÄT HEISST KÄMPFEN!!!

Autonome Zelle SAMUEL YEBOAH
(Migrant aus Ghana, wurde Mitte Sept.91 bei einem rassistischen Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Saarbrücken ermordet)

hamburg, 24.02.92

»Wir sollten akzeptieren, daß diejenigen, die ihr Terroristen nennt, von sich aus und ohne daß man sie darüber aufklärt, erkennen, daß ihr physisches Dasein und ihre Ideen nur kurze Blitze sein werden in einer Welt undurchdringlicher Prachtentfaltung. Fulminant — Saint-Just wußte um seine Fulminanz, die Black Panther wußten um ihre Brillanz und um ihr Verlöschen, Baader und seine Gefährten sagten den Tod des Schahs von Persien voraus; auch die Fedajin sind Leuchtspurgeschosse, die wissen, daß ihre Flugbahn augenblicklich erlöschen wird.«
Jean Genet, Ein verliebter Gefangener

Unsere Möglichkeiten, genau das auszudrücken, sind schlichter. Hätten wir beizeiten das Gefühl für Leuchtspurgeschosse gehabt, wäre vielleicht der Vorgang der Selbstauflösung unserer Gruppe entschiedener verlaufen.

Wir haben nach unserer Aktion gegen die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium im Januar 1991, die erfolglos blieb und von einer Reihe eigener, gravierender Fehler begleitet war, unsere bisherige Form des militanten Widerstands in der Region aufgegeben. Die Januar-Aktion richtete sich, wie unsere meisten Aktionen davor, gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und vor allem gegen die unerhörte Behandlung der Roma durch die NRW-Landesregierung.

Wir ziehen heute die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten »Neuen Weltordnung« ihr Gepräge verändert haben. Mit dem neuen Projekt Großdeutschland sind die sozialen Widersprüche — die hier ständig reproduzierten und die nach außen, in die europäische Peripherie und in die Ausbeutungs- und Hungerzonen der Trikont-Länder verlagerten — bestimmt nicht weniger scharf geworden. Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, der endgültige Sprung Deutschlands zur Weltmacht, die Ausrichtung eines deutschen Europa auch nach Osten hin und die Neue Weltordnung für die 90er Jahre mit ihrer sozialen und militärisch-strategischen Seite, erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.

Die Bedingungen linksradikaler Politik in der BRD haben sich innerhalb kürzester Zeit vollkommen verändert. Der Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt wie der politischen Szene, aus der heraus und in Bezug auf die wir in erster Linie operiert haben, ist vielleicht nur ein nebensächliches Produkt dieser Veränderung. Aber unsere Politik war prinzipiell auf diese öffentliche Ebene angewiesen, und wir können nicht stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 70er Jahre weitermachen, wenn alles wegbricht. Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition — Vermittlung — Verankerung — Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. Der Kampf gegen die »Kolonisierung der Köpfe«, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen, wenn wir den Schluß aus dieser Verschiebung ziehen. Denn wir sind weder bereit, unsere Politik ohne jeden Anspruch auf eine Wechselbeziehung zwischen legalen und illegalen Kampfmethoden fortzuführen, was ja auch heißt: ohne Kontrolle, noch wollen wir für unsere Vorgehensweise eine Gültigkeit unabhängig von jeder konkreten historischen Situation behaupten, nur weil uns außer der einmal getroffenen Entscheidung für diese Politik nichts besseres einfällt. Wenn wir politische Subjekte bleiben wollen, sind wir gezwungen, uns etwas anderes auszudenken.

Das Ende unserer Politik vollzieht sich im Zusammenhang einer Neugestaltung nationaler und internationaler Kontexte und einer Radikalisierung des Imperialismus, deren Ergebnisse wir nicht kennen. Sicher ist nur, daß die weltweiten Migrationen der wichtigste Indikator dieser Entwicklung sind und daß sie die Metropolenländer mehr als bisher unmittelbar berühren und beeinflussen werden. Was in den Metropolen künftig an Revolten oder Anpassungsprozessen entstehen



»Erst wenn sich bewiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen.« — Albanische Flüchtlinge vor Brindisi

wird und wo die Bruchlinien liegen werden, ist noch weitestgehend unausgemacht. Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, antik-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.

II

Beginnen wir damit, nachdem unser Versuch, zur Entwicklung einer revolutionären Situation in der BRD beizutragen, obsolet geworden ist, nach einigen Ursachen zu fragen, die das Ende unseres Bemühens markieren. Vielleicht erhalten wir auf diese Weise, wenn wir die Phasen und Wendepunkte in unserer Politik rückwärts betrachten, einen Schlüssel für eine neuerliche Partizipation an gesellschaftlichen Konflikten.

In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war — Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfs in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane — diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.

Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989 wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. Der 18.12.1987 — zur Erinnerung: der Schlag des BKA gegen Zusammenhänge, in denen die auch von der Roten Zora und uns aufgegriffenen »anschlagsrelevanten Themen« wie Gentechnologie und Flüchtlingspolitik bearbeitet wurden — hat uns gezeigt, wie weit dieser »Beziehungsverlust« fortgeschritten und wie dünn unsere Decke damals bereits war. Obwohl dem Staat der Angriff reichlich mißlang in Bezug auf konkrete, unmittelbare Erfolge, tat die Androhung der Kriminalisierung »anschlagsrelevanter« Themen doch ihre Wirkung. Die öffentliche Linke war nicht dazu bereit (und wir hatten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls darauf verzichtet), die inkriminierten Themen offensiv weiterzuführen und damit unseren Anteil an den Kampagnen gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik zu verteidigen. Stattdessen bezog sich die zeitweilig breite Unterstützung fast ausschließlich auf die Repressionsopfer, nicht auf unsere Politik. Die Orientierung auch der linksradikalen Szene weg von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt trug zum weitgehenden Zusammenbruch der bestehenden legalen politischen Strukturen bei, auf die wir angewiesen waren. Bei uns selbst wurde die Beschäftigung mit dem 18.12. ebenfalls zum Politikersatz, und dies führte schließlich zu einer fast vollständigen inneren Paralyse der gesamten RZ. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sind uns heute sicher, daß nicht die Repressionswelle des 18.12. unserer Politik das Genick gebrochen hat, sondern daß das BKA zu einem Zeitpunkt eingegriffen hat, in dem die Vermittlung unserer illegalen Aktionen jedenfalls im Bereich der Flüchtlingspolitik in eine breitere linke bis linksradikale Öffentlichkeit zunehmend zum Problem wurde.

Die letzten drei Jahre, als wir versuchten, thematisch an die Flüchtlingskampagne anzuknüpfen und in die Auseinandersetzung zwischen den NRW-Behörden und den von rassistischer Sonderbehandlung und Abschiebung bedrohten Roma einzugreifen, wurden wir nur noch von der Frustration heimgesucht, daß unsere Aktionen von den öffentlichen Solidaritätsgruppen entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in der politischen Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht verwertet wurden. So blieb u.a. unsere auf krimineller Beschaffung beruhende Publikation der »Zigeunerakten« der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nahezu ohne Resonanz, obwohl sie genau zu

»Das Ende...

dem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Konflikt zwischen den Roma bzw. ihren UnterstützerInnen und der Rau-Heinemann-Schnoor-Administration eskalierte.

Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus.

Die Schwäche unseres Engagements im Roma-Konflikt wurde vollends offensichtlich, als es uns nicht gelang, andere Gruppen aus unserem Zusammenhang auf eine gemeinsame Stoßrichtung zu verpflichten. Mit dem Vorschlag, angesichts der nationalistischen Neuformierung Deutschlands der im Bündnis zwischen Staat und Mob organisierten Hetze gegen »Ausländer« und der sozialtechnischen Inszenierung von »Flüchtlings-« und »Zigeunerproblemen« im Jahr 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind wir nicht durchgekommen. Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit füllen und die RZ über eine Durststrecke bringen zu können, ohne sie grundsätzlich in Frage stellen zu müssen. Unsere Gruppe konnte und wollte umgekehrt die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema »Antipatriarchalismus« nicht hinnehmen. Obwohl wir uns über die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion im klaren sind, erschien uns der Stand der Auseinandersetzung nicht ausreichend, die Theorielücken waren zu groß, die denkbaren Beziehungen zwischen legalen und illegalen Kampfformen zu unausgegoren, als daß wir daraus eine bewaffnete Politik hätten ableiten können. (Das einzige Papier, das in diesem Zusammenhang veröffentlicht wurde — »Was ist das Patriarchat?« — fiel internen Spannungen zum Opfer und reichte nicht als Ausgangspunkt für eine weiterführende Klärung in unseren Reihen.) Historisch gesehen, hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe zu legen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Kurzum: In der bisherigen Entwicklung der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, an deren männlichem Elend wir mitverantwortlich sind, erkennen wir keinen politikfähigen Ansatz. Wenn dann noch der »Mann als Täter« in den Vordergrund rückt, Kontemplation Politik ersetzt und im »Verzicht auf männliche Definitionsmacht« politische Enthaltsamkeit geübt wird, begreifen wir die ganze Richtung eher als Selbstentmündigung und Entpolitisierung, denn als Beitrag zur Neubestimmung sozialrevolutionärer Politik. Jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.

Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke in der BRD/DDR sich außerstande sah, auf den Wiedervereinigungsprozeß und seine Folgen zu reagieren. Mit diesem Nichtverhalten, mit dem Verzicht auf die Formulierung von Alternativen und der totalen Unfähigkeit, dem aufkeimenden Nationalismus auch nur theoretisch eine internationalistische Perspektive entgegenzusetzen, trat die Linke als innenpolitischer Faktor ab. Aber auch die RZ haben sich durch anhaltende Passivität endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert. Zu den entscheidenden Ereignissen, die, wie es scheint, die 90er Jahre prägen werden, zur deutschen Hegemonie in Europa, zum Golfkrieg (einschließlich der damit in diesem Land verbundenen politischen Debatte und der Veränderung der Koordinaten der Linken) und zum Zerfall des Realsozialismus konnten wir keine klärende Position finden. Auch die von uns benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster haben gegenüber dem historischen Wandel versagt.

Wir sind in den Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme geraten, obwohl wir aus unserer politischen Geschichte heraus meilenweit von dem entfernt waren, was jetzt als Realsozialismus zurecht Bankrott gegangen ist. Daß die bolschewistisch verstaatlichte Form des Kommunismus eben nichts als eine Herrschaftsform war, haben wir immer gesagt, und unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her. Trotzdem fällt uns dieser Bankrott auf die Füße, wir können nicht so tun, als gingen uns die Perversionen des zur Macht gekommenen Kommunismus nichts an. Eine Perspektive auf soziale Befreiung, zumal eine revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern, wird künftig verdammt schwer zu begründen sein. Dafür reicht der abstrakte Bezug auf den auch nach dem globalen Sieg des Imperialismus fortexistierenden Widerspruch der millionenfachen Verarmung und Verelendung nicht aus. Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen. Im Moment sehen wir jedenfalls nicht, wie die Fortsetzung von bewaffneten Aktionen ein Ersatz für eine fehlende politische Perspektive der Verbreiterung und Vermassung revolutionärer Politik in der BRD sein kann. Die Form und das Mittel des bewaffneten Kampfs, das wissen wir selbst ziemlich genau, wird leicht zum Selbstzweck, zum Ersatz für politische Strategien.

III

Heute vermuten wir, daß bereits mit der Entscheidung für die Flüchtlingskampagne Mitte der 80er Jahre und mit dem Versuch einer Annäherung an die sogenannte »Soziale Frage« unsere Abkapselung in ein irreversibles Stadium eingetreten war — obwohl wir das Gegenteil hatten erreichen wollen. Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen (AKW, Häuserkampf) überwunden werden, in denen wir uns zusammen mit der autonomen Linken seit Ende der 70er Jahre engagiert hatten. Wir waren mit unserer Fixierung auf diese Teilbereichskämpfe in eine Krise geraten, denn die Hoffnung, sie als Keimformen einer allgemeinen sozialen Umwälzung interpretieren zu können, hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen.

Hinzu kam der Versuch, mit der Formulierung eines »konkreten Antiimperialismus« die Verkrustungen und die Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen. Wir haben in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne Möglichkeiten gesehen, einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in der Metropole selbst zu eröffnen.

Was wir damals nicht richtig begriffen oder wofür wir jedenfalls keine Lösung parat hatten, war die in dieser Kampagne zum ersten Mal in aller Schärfe auftretende Trennung zwischen Thema (Flüchtlinge) und Adressat unserer Propaganda (linksradikale Szene). In den Flüchtlingen sahen wir die in die Metropolen reichende Verlängerung eines weltweiten Aneignungskampfs, VertreterInnen eines Weltproletariats, gegen die die staatlichen Ausländer- und Sozialbehörden exemplarisch Sondermaßnahmen ergreifen, die auch für Teile der metropolitanen Klasse bestimmt sind. Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existentieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung — und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen »reformistischen« Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge« ergab

sich scheinbar notwendig, sie entsprang unseren Erfahrungen aus der öffentlichen Flüchtlingsarbeit und sie war theoretisch begründet in der Einschätzung der Rolle des Staats gegenüber der Migration. Aber wir vergaben uns damit die Chance eines wirklichen Zugangs zur »Sozialen Frage«, vielleicht weil wir ahnten, mit den Problemen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, als illegale Gruppe überfordert zu sein, und weil es damals keinen Transmissionsriemen in der Linken zu den Flüchtlingen gab. Die Einbahnstraße entstand also dadurch, daß wir in dem Versuch der Verknüpfung von sozialer und Flüchtlingsthematik die alten Teilbereichsbewegungen verließen, um wieder eine umfassende, auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielende Perspektive zu gewinnen; daß wir aber weder die eigene Organisationsform noch die bisherigen Methoden und Objekte unserer Angriffe in Frage stellten und vor allem den Adressatenkreis unserer Politik, das linksradikale Milieu, nicht verließen oder ausweiteten.

Inzwischen kann die Linke bzw. das, was von ihr übrig ist, durch die unaufhörliche Verschärfung der staatlichen Flüchtlings- und Ausländerpolitik und die neuerlichen rassistischen Übergriffe die bedrohliche Situation von Flüchtlingen in der BRD nicht weiter verdrängen. Sie hat sich der Notwendigkeit gestellt, zumindest ein Bleiberecht zu verteidigen. Paradoxerweise geschieht das zu einem Zeitpunkt, in dem wir selbst mit unseren Bemühungen in dieser Richtung vollkommen isoliert sind.

IV

Bisher haben wir uns darauf beschränkt, den Verlust unserer Bezüge und das daraus entstandene Mißverhältnis zwischen unserem revolutionären Anspruch und der tatsächlichen politischen Entwicklung als Begründung für unser Aufgeben zu benennen. Das Problem stellt sich grundsätzlicher. Die Frage muß lauten: Kann eine Formation wie die RZ in ihrem Eigenverständnis von Verankerung und Vermassung und mit dem Einsatz bestimmter, eingeschränkter Kampfmittel ihren politischen Zielen auf Dauer gerecht werden?

Die RZ entstand Anfang der 70er Jahre, als die Diskussion über revolutionäre Gewalt noch breit geführt wurde und nicht tabuisiert war. Bewaffneter Widerstand wurde — wenn auch nur von wenigen praktiziert — von vielen als legitimer Kampf begriffen, der weltweit die Dynamik der Klassenauseinandersetzungen bestimmte. Die bewaffneten Gruppen waren in der Selbsteinschätzung der Linken ein Teil des revolutionären Spektrums. In den Fabrikkämpfen Anfang der 70er Jahre, den Häuserkämpfen, der Jugend- und Randgruppenbewegung und besonders bei den sich entwickelnden Kämpfen der Frauenbewegung zeigten sich Ansätze für soziale Umwälzungen in den Metropolen. Die Erfahrungen der lateinamerikanischen Guerilla als notwendiger Bestandteil der Massenbewegungen auf dem Weg zur Revolution hatten auch für die Metropolenkämpfe jener Jahre einen zentralen Stellenwert. Sie wurden nach hierher übertragen, und der »Sturm auf das Hauptquartier« schien im Bereich des Möglichen zu liegen.

Erst die massive staatliche Repression führte zu den bekannten Entsolidarisierungsprozessen. Der Deutsche Herbst 1977, die Anti-AKW-Bewegung und die Orientierung der Spontis — später der Autonomen — auf die Teilbereichsbewegungen beendeten diese Phase. Nach der Repression 1977 gegen unsere Organisation verbanden die RZ ihr politisches Schicksal mit den jeweils aktuellen Konjunkturen der Teilbereichskämpfe, zogen ihnen quasi hinterher, ergänzten sie und sahen in ihnen die neuen Keimformen der Revolte. Sie gingen über die beschränkten Ziele der Teilbereichskämpfe insoweit hinaus, als sie an einer grundsätzlichen revolutionären Orientierung festhielten. In dieser Phase gelang es, mit den Aktionen der RZ die Bereitschaft zum militanten Widerstand in den Teilbereichsbewegungen zu fördern, mit exemplarischen Beispielen die Handlungsgrenzen auszuweiten und die bewaffnete Opposition als Teil der linken politischen Kultur zu verankern. Die Themen wechselten, sie waren (fast) beliebig und austauschbar (AKW, Startbahn West, Häuserkampf, Friedensbewegung, Gentechnologie und so weiter), das Credo der RZ blieb: Bewaffneter Widerstand ist möglich. Unsere Verankerung, oder was wir dafür hielten, drückte sich in der Propaganda und Vermassung militanter und bewaffneter Widerstandsformen aus; der Spiegel dieser Verankerung schien uns die Akzeptanz und Nachahmung in den Reihen der radikalen Linken zu sein. (Genau aus diesem Grund wurden diverse Handbücher und Bauanleitungen veröffentlicht.) Je breiter und militanter sich der Widerstand gebärdete, desto gewisser waren wir uns der Zustimmung zu unseren Aktionen. Wir legten sie so an, daß sie nicht in Widerspruch zu den Bewegungen gerieten. Deshalb vermieden wir die Ebene reiner »Machtauseinandersetzungen«. Die Parolen »Kampf um die Köpfe und Herzen« und »Schafft viele RZ« standen für dieses Vermassungskonzept.

»Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Erwartungen Rücksicht zu nehmen

In den Kämpfen um die Startbahn West, als sich breitester öffentlicher Widerstand mit illegalen Aktionen verband, schlug für die dort agierende RZ eine Sternstunde. Sie hatte es verstanden, in einem regionalen Konflikt eine Rolle zu spielen. Sie brachte zeitweilig die allgemeine Gewaltbereitschaft mit ihren Interventionen in Einklang — für uns ein Beispiel für gelungene Verankerung revolutionärer Politik. (Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert.) In einem viel reduzierteren Maße glückte die Verbindung noch einmal in der Fahrpreiskampagne an Rhein und Ruhr mit der massenhaften Verteilung nachgedruckter Fahrkarten in proletarischen Vierteln. Es war ein kleiner Beitrag von uns, die Menschen zu gesetzwidrigem, kostensparendem Handeln zu animieren...

Das Konzept »Schafft viele revolutionäre Zellen« ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen. Der Häuserkampf ist dafür ein Beispiel. Die Militanzbereitschaft war inzwischen gewachsen, der Einsatz ähnlicher Mittel wie der unsrigen war Ausdruck einer breiten politischen Widerstandskultur geworden. Die Vermassung unserer Angriffsformen ließ sich aus jedem Jahresbericht des Verfassungsschutzes belegen. Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen Häuserkämpfer/innen mehr zum »Mythos« als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindung mehr zu den neuen Generationen der Hausbesetzer/innen und der Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung.

In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln, die mehr beinhaltete als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten. Unser sozialrevolutionäres Theorieverständnis setzte sich bestenfalls mosaikartig aus der Summe der Kommentare und Analysen zu den einzelnen Widerstandsfeldern zusammen, eine festere Anbindung war so nicht möglich.

Die RAF mit ihrer Imperialismusanalyse (militärisch-industrieller Komplex) und der Ausrichtung auf die Befreiungsbewegungen hatte eine Theorie vorgegeben, die Bestandteil der Propaganda der sie unterstützenden Gruppen war. Mit dem Konzept der Front hatte sie 1982 den organisatorischen und propagandistischen Rahmen für die ideologische Verbreiterung ihrer Politik gegeben. Wir diskutieren hier nicht die Mängel an diesem Konzept, denn es geht nicht darum, uns an ihren Fehlern abzuarbeiten, sondern an unseren. Es bleibt festzuhalten, daß in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel als »Mittel für alle« eher ein Aktionsmodell steckte als eine politische Theorie. (Das Papier »Zwischen Beethoven und MacDonalds« stellte in diesem Zusammenhang klar, wie gründlich die Linke das Selbstverständnis der RZ mißverstanden hatte, als sie Bomben von Rechtsradikalen auf Wohneinrichtungen und Autos der US-Streitkräfte mit uns in Verbindung brachte.) Unser fundamental-revolutionärer Ansatz korrespondierte nicht mit den Zielen der Teilbereichsbewegungen, und der zunehmenden Zersplitterung autonomer Zusammenhänge setzten wir keine vereinheitlichende Perspektive entgegen. Trotzdem lagen unsere Stärke und unser »Mythos« in der Eröffnung und Nachah-

mung militanter Aktionsformen und in unserer Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen, die eine gewisse Sprengkraft bargen.

Unsere theoretischen Beiträge befaßten sich also im wesentlichen mit den Konflikten, an denen wir partizipierten. In diesem Sinne trugen wir zur Theoriebildung bei. Erst in der Entwicklung der Flüchtlingskampagne gingen wir in unserem theoretischen Selbstverständnis über die Teilbereichsbewegungen hinaus. Die damit gewonnene Ausweitung der Konfrontationsebenen war objektiv auch ein erster Schritt aus der Selbstreduzierung heraus, die in unseren Methoden angelegt war. Eigentlich hätte diese Kampagne zur einer konsequenten Revision der von uns benutzten Kampfmittel und -formen führen müssen. Aber dies geschah nicht, wir repräsentierten weiterhin die Form einer sozialrevolutionären Guerilla, die ihre Kontinuität in der Durchführung bestimmter bewaffneter Aktionen aufrechterhielt. Ihr herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.

Die Dialektik von bewaffnetem Widerstand und Massenkämpfen blieb rein äußerlich. Die eigene, subjektive Entscheidung für grenzüberschreitendes politisches Verhalten, für bewaffnete Anschläge, und die Zustimmung der Linken zu unseren Aktionen legten wir — fälschlicherweise — als systemsprengende revolutionäre Kraft, als erste Schritte eines revolutionären Prozesses aus. Hatten wir wirklich geglaubt, mit einem derartig reduzierten Programm die Komplexität der gesellschaftlichen Veränderungen in ihren politischen und kulturellen, sozialen und organisatorischen Ausmaßen beeinflussen zu können?

Offensichtlich! Denn über die lange Zeitspanne seit den Anfängen der RZ veränderten wir kaum die Methoden unserer Interventionen. Wir beschränkten uns im wesentlichen auf Sabotageakte und Sachbeschädigungen, deren politische Wirkung auf Gedeih und Verderb auf die Berichterstattung durch die Medien angewiesen war — was im extremsten Fall bedeutete, daß eine Aktion nicht stattgefunden hatte, die nicht in den Schlagzeilen war. Nichts dokumentiert deutlicher die Distanz zu den gesellschaftlichen Prozessen. Kein Thema, das wir diskutierten, keine Analyse, die wir erstellten, eröffnete uns die Perspektive für neue Interventionsformen. Wir reduzierten die von uns und unserer Propaganda antizipierte soziale Befreiung auf den Akt des Angriffs immer gleicher Objekte, als wenn sich in der ständigen Wiederholung des ewig gleichen Einsatzes der ewig gleichen Mittel subjektiv der Beitrag als Revolutionär erschöpfen könnte; als wenn das, was wir erreichen wollten, nämlich Förderer und Teil der revolutionären Kräfte zu sein, sich in dieser Selbsteinschränkung einlösen ließe. Unsere Aktionen blieben kalkulierbar. Das Festhalten an den traditionellen Konfrontationslinien und Angriffsformen in der Flüchtlingskampagne wurde denn auch für uns zum Sargnagel.

Und doch hatte das Beharren auf dem reduzierten Spektrum von Mitteln im revolutionären Kampf einen Grund. Wir haben einerseits unsere Mittel niemals relativiert, weil wir sie nicht wirklich in Bezug gesetzt haben zu Klassenkämpfen, sondern immer nur zur linken Szene. Andererseits gingen wir nicht über diese Mittel hinaus, weil sie perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten. Diese Anonymität produzierte (glücklicherweise) keine HeldInnen. Niemand konnte zur Verantwortung gezogen werden, alle konnten es gewesen sein.

Hierin lag gleichsam der Verzicht, Menschen als Träger von Ideen und Propaganda zu präsentieren, identifizierbar zu machen. Ohne bekannte Mitglieder, ohne Gefangene als PropagandistInnen existierten die RZ nur als abstrakte Idee. In dieser Abstraktion lagen zugleich die Stärken und die Schwächen der Zellen. Sie waren stark genug, weil ganz unabhängig von ihren Militanten die Idee des bewaffneten Widerstands überleben konnte und weil die Solidarisierung sich nicht auf Personen, sondern auf Aktionen bezog. Diese Abstraktion und Anonymität verhinderte aber gleichzeitig die Ausweitung von Propaganda und verengte die politischen Perspektiven und Interventionsfelder. Die Konfrontations- und Angriffsmöglichkeiten blieben beschränkt. In genau dieser Logik lag die Verselbständigung der Mittel begründet, genauso wie das Auslaufen einer Kampagne aus Mangel an geeigneten Angriffszielen. In ihr war die Isolierung unserer Politik angelegt.

»Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke sich außerstande sah, auf die Wiedervereinigung zu reagieren«

Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst. Aber die Frage, warum unsere Kampfmittel nicht nur von den Herrschenden als »terroristisch« empfunden werden, stand angesichts von Sprengsätzen in Flugzeugen, Kaufhäusern und Synagogen mit Hunderten von Toten schon eher an. Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung. Der Diskreditierung des Widerstands- und Befreiungskampfs durch die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus konnten wir praktisch kaum etwas entgegensetzen. Für den Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ist dies zu einem entscheidenden Problem geworden.

V

Der letzte Aspekt unserer Reflexion betrifft unser Verhältnis zum sogenannten »Internationalen Terrorismus«. Durch die Offenlegung der Stasi-Akten, durch Presseberichte über Carlos und Co. und vor allem durch die Ermordung von Gerd Albartus sind wir mit dem Teil unserer Geschichte konfrontiert, den die meisten von uns gar nicht kennen, den die anderen am liebsten verdrängt hätten.

Seit Entebbe und der OPEC-Aktion kann sich jede/r vorstellen, daß die Geschichte der RZ nicht erst mit dem Einstieg in die Teilbereichsbewegungen begonnen hat. Die damals üblichen internationalen Kontakte wurden aber schon vor 1977 wegen politischer Differenzen abgebrochen, so daß die neuen Mitglieder der RZ in ihrem sozialrevolutionären Verständnis von Politik davon unberührt blieben. Diejenigen, die von den alten Zusammenhängen wußten, sahen sich nicht veranlaßt, die faktische Neugründung der RZ mit der alten Geschichte zu verbinden. Das war ein Fehler, weil sich heute niemand von uns mehr der politischen Verantwortung entziehen kann, auch diesen Teil der Geschichte und seine Folgen im internationalen Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen historischen Ursprungsort der RZ zu akzeptieren.

Der Umgang mit diesem Komplex zeigt einerseits die Blauäugigkeit, mit der die Militanten der RZ die eigene Politik durch Zuordnung zur linksradikalen und autonomen Szene definiert haben, als wenn eine neue Orientierung allein schon bedeuten würde, daß die alte Geschichte gegessen sei. Andererseits läßt er bei denjenigen, die etwas von den früheren Bezügen und internationalen Kontakten ahnten oder wußten, auf eine Art zustimmenden Gehorsams zu den terroristischen Auswirkungen dieser Geschichte schließen. Beide Verhaltensweisen dokumentieren die Schwäche politischer Moral. Die politische Verantwortung bleibt davon unberührt.

***

Wir wollen mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden. Wir können auch nicht für den gesamten Zusammenhang der RZ sprechen, von dem wir nur ein Teil sind. Offenbar aber reichen die von einer ganzen Generation seit Anfang der 70er Jahre in der BRD gemachten Erfahrungen mit dem militanten Widerstand und dem bewaffneten Kampf noch nicht einmal mehr aus, um die gegenwärtige Krise zu bestimmen und nüchtern zu analysieren, geschweige denn, um einen offensiven Ausweg daraus zu finden. Wir meinen, daß mit der Fortschreibung des RZ-Mythos nichts gewonnen ist, sondern daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozeß eingreifen zu können. Die politische Öffnung der RZ scheint uns dafür der einzig richtige Schritt.

Revolutionäre Zellen, Januar 1992

Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus?

ak 339 — 10. Februar 1992

Zur Kritik des linken Antizionismus

Eine „Selektion entlang völkischer Linien“ habe stattgefunden, halten die RZ in einer im letzten ak dokumentierten Erklärung fest (S. 28f). Selbstkritisch wurde damit eine 1976 unter Beteiligung von RZ-Genossen durchgeführte Flugzeugentführung („Entebbe“) reflektiert, in deren Verlauf jüdische Passagiere separiert worden waren. Dazu veröffentlichte „Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier“ von „GenossInnen aus der Mehrheit“ (S.30) gehen glatt am Zentrum vorbei, und das betrifft auch uns — die verschiedenen Teile des ehemaligen KB, Ex-Mehrheit und Gruppe K. Die Notwendigkeit, den „Antizionismus“ der „Neuen Linken“ aus den 70er Jahren einer Kritik zu unterziehen, ist eklatant. Denn: Jener war oftmals vom Bestreben nach Entsorgung deutscher Vergangenheit geprägt und von antisemitischen Stereotypen überlagert. Ein Beitrag von Kt. in ak Nr. 337 (Spätfolgen des kalten Krieges, S.34) bewies einmal mehr die aktuelle Brisanz dieser Problematik.



Jüdische Siedler in Palästina in den 30er Jahren: Aufbau einer „Mörderzentrale“?

Es ist schon sehr merkwürdig. Auf nahezu einer ak-Seite schafften in ak 338 AutorInnen der Gruppe „Mehrheit“, sich mit einem wesentlichen Kern der RZ-Erklärung inhaltlich nicht auseinanderzusetzen. War dort davon die Rede, daß *„wir“* — also die RZ — *„mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte“*, fühlte man sich offensichtlich nicht gemeint. Die stattdessen ausgebreiteten Probleme erwecken dadurch jedenfalls teilweise den Eindruck, zur Vermeidung eines unangenehmen Themas vorgeschoben und aufgepustet zu werden. So grübelt in der radikalen Linken in Wirklichkeit kein Mensch über den Verdacht, das RZ-Papier sei eventuell nicht authentisch. Auch, daß die RZ den behaupteten Tod von Gerd Albartus nicht beweisen und belegen kann, raubt niemandem den Atem: Gründe, Erkenntnisquellen konspirativ zu halten, gibt es viele. Natürlich liegt nun die Verantwortung für die absolute Zuverlässigkeit der Information bei den AutorInnen. Daß der Text der „Mehrheit“ — zwar vorsichtig, aber noch deutlich genug — andeutet, Albartus könne ja auch durch sie umgebracht worden sein, ist infam.

Ernster zu nehmen ist der Einwand, die RZ hätte die palästinensische Gruppe, die dem Text zufolge Albartus hinrichtete, im Rahmen der Möglichkeiten konkret belasten, und ihre politische Isolierung herbeiführen müssen. Vieles spricht indes dafür, daß die von der RZ resignierend hingenommene Unmöglichkeit, *„eine Form der Reaktion“* zu finden, *„die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird“*, solche Überlegungen mit einschließt. Die gemeinte kleine Gruppe ist allem Anschein nach das „PFLP-Generalkommando“, das sich kurz vor der Entführung von der großen Organisation PFLP (Habasch) abspaltete (1). Anders als die in der BRD breit vertretene PKK kann jenes PFLP-GK, das vermutlich aus dem Nahen Osten agiert und ausschließlich über Anschläge etc. in Erscheinung tritt, durch eine politische Kampagne in Deutschland in keiner Weise betroffen werden. Mutmaßliche Aktivitäten des PFLP-GK dienen hierzulande vielmehr der bürgerlichen Presse regelmäßig, wie auch jüngst wieder bei Habaschs Parisaufenthalt, dazu, die PFLP massiv zu diskreditieren.

Leider verfolgen die „GenossInnen der Mehrheit“ auch mit ihrer Fragestellung, ob bei der Entführung die Selektion wirklich allein nach dem Merkmal „Jude“ erfolgte — wie ZeugInnen es vor laufenden Fernsehkameras darstellten —, oder anhand der israelischen Pässe — wie mit einigen Rechenkünsten nachzuweisen versucht wird —, den Zweck, am Entscheidenden vorbeizuschreiben. Denn es macht zwar einen wichtigen Unterschied, ob das Kommando gezielt und offen antisemitisch „Juden“ isolierte, oder israelische Staatsbürger. Auch im letzten Fall bliebe es eine in höchstem Maße kritikwürdige Selektion, die zudem von deutschen Akteuren ausgeführt wurde. Selbst wenn jene Rechenkünste zuträfen, gälte: Entebbe war kein Einzelfall, sondern ging mit antisemitischen Elementen im „antizionistischen“ Selbstverständnis der Neuen Linken einher und verweist auf tiefgreifende Defizite und Fehler auch in unserer eigenen politischen Geschichte.

Israel — der „Gangster-Staat“?

Mit einer ins Auge springenden Vermeidung hat sich der KB nach Entebbe, nach 1976, um jene tieferliegenden Probleme herumzumogeln versucht. Der ak 84 vom 13.7.76 behandelte ausschließlich die israelische Kommandoaktion im ugandischen Entebbe, die zum Tod der Entführer und ugandischer Soldaten, und zur Befreiung der Geiseln führte. Die Geiselaffaire wurde zum Anlaß genommen, so richtig grundsätzlich mit Israel abzurechnen. Mit keinem Wort dagegen ging der Text auf die Problematik der immerhin von deutschen Linken mitgestalteten Entführung und Selektion ein. Auch in den folgenden Ausgaben des ak findet sich dazu keine Silbe. Dies ist umso verwunderlicher, als der KB ansonsten durchaus auch schon damals der kritischen Diskussion verschiedenster linksradikaler Politikansätze und Aktivitäten, auch des bewaffneten Kampfs, sehr aufgeschlossen gegenüberstand.

Dagegen findet sich im Text die Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Es heißt dort: *„Israel ist von daher in besonderer Weise „spezialisiert“ auf alle Arten von Aggression, Massenmord und Rechtsbrüchen gegen andere Staaten, wobei es sich zusätzlich einer weitestgehenden „Narrenfreiheit“ erfreut, die es der zynischen Berufung auf sechs Millionen ermordete Juden verdankt — die aber im Grunde nichts anderes sind als Opfer derselben menschenverachtenden Politik, die Israel heute praktiziert.“* Was hier als *„im Grunde“* dasselbe erklärt wird, ist auf der einen Seite eine sehr gewaltförmige, aber auf ein eng begrenztes Ziel der Geiselbefreiung ausgerichtete militärische Kommandoaktion, die gegen das Völkerrecht verstieß, und auf der anderen Seite die planmäßige Vernichtung des europäischen Judentums. Juden wird die Berufung auf die geschichtliche Verfolgung aberkannt und dadurch die eigene Problematik, der Tätergesellschaft anzugehören, „gelöst“.

Der ak-Text von 1976 zeigt an, wie solche Geschichtsrelativierung von links als Spiegelbild rechter Entschuldungsstrategien entstanden ist: Auf den offiziellen Philosemitismus, der Deutschland durch demonstrative Judenachtung wieder groß machen wollte, wurde im Reflex mit einer Ausformung von „Antizionismus“ reagiert, die ebenso der Entschuldung diente. Der ak zitierte die bürgerliche Presse wie folgt: *„Schreibtisch-Mörder wie der 'Welt'-Chef-Kommentator Kremp geben sich sich nicht einmal mehr Mühe, ihre faschistische Blutgier zu verbergen, wenn sie die „eminente Vernichtungsqualität“ des israelischen Überfalls preisen (Welt, 5.7.).“* Dem folgte aber nicht die Analyse, daß der WELT-Kommentator den völlig unangemessenen Begriff der *„Vernichtungsqualität“* ganz offensichtlich deswegen ausgerechnet auf Israel verwandte, weil die Vorstellung von den schuldigen Opfern die Entschuldung der Täter bewirken soll. Der sprachliche Auschwitz-Vergleich wird vielmehr selbst übernommen. Weiter im Zitat: *„Passend hierzu der Ausspruch von einem der israelischen Killer: 'Wir haben auf jeden geschossen, der uns in die Quere kam'(Bild, 5.7.). 20 ugandische Soldaten wurden dabei 'vernichtet', aber wen kümmer[t] [d]as schon.“* Philosemiten vom Schlage eines Kremp und der Antizionismus im 'Arbeiterkampf 1976' sind sich damit darin einig, die Shoah vergessen zu machen, indem die Überlebenden zu den Fortsetzern der Methoden nationalsozialistischer Massenvernichtung erklärt werden: Zwei Wege, das gleiche Ressentiment auszudrücken.

Der KB zeigte sich völlig unfähig, die israelische Aktion angemessen zu beurteilen. Man muß die Aktion — die u.a. zahlreiche ugandische Soldaten das Leben kostete — keinesfalls selbst als „Befreiungsaktion“ rechtfertigen, um immerhin wahrzunehmen, daß die Geiselbefreiung israelische Hauptintention gewesen ist. Der ak-Artikel aber wittert in dieser Begründung einen bloßen *„Vorwand“*, ein Ablenkungsmanöver, und akzeptiert die Vokabel *„Befreiungsaktion“ deswegen* nicht. Ohne eine solch verschobene Wahrnehmung hätte das israelische Vorgehen nicht als den NS-Morden vergleichbar bezeichnet werden können. Eigentliches Ziel Israels sei es gewesen, heißt es im Artikel, *„ein Kommando-Unternehmen gegen Uganda“* durchzuführen. Diese Beschreibung stützt sich darauf, daß in der ganzen westlichen Welt, und ganz besonders in der BRD, die Aktion als positiver Anreiz für Interventionspolitik und Kriege in der 3. Welt rezipiert wurde. Daß aber Israel unabhängig von solchen Zwecken schon immer militärische Aktionen aus eigenen Interessen, also tatsächlich in engem Bezug auf seine Bürger und auch auf nichtisraelische Juden, unternahm, wurde verkannt. Hinter einem solchen Unverständnis steht aber bereits ein Schema, das „Zionismus“ nicht als israelische Nationalbewegung erkennen mag, sondern im „Zionismus“ die extremste Ausgeburt des Imperialismus, gewissermaßen dessen Steigerungsform, erblickt. Eine auf solche Ansichten fußende Selbstbezeichnung als „antizionistisch“ muß aber als eindeutig antisemitisch bekämpft werden.

Im ak 84 ist jedenfalls der Staat Israel in einer speziellen Art und Weise verteufelt, die mit Bemühungen um rationale Analyse nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Rede ist von Israel als der *„'Avantgarde' des Imperialismus“*, vom *„Gangster-Staat“*, dessen Errichtung *„bei gleichzeitiger Vertreibung von mehr als einer Million Palästinenser(n)“* ein Verbrechen gewesen sei, das *„mit Notwendigkeit alle weiteren Verbrechen nach sich zog“*, und von der besonderen Spezialisierung Israels auf *„Massenmord“*, von Israel als einer *„Mörderzentrale“*

Antisemitismus und Antizionismus

In der Neuen Linken wurde in den 70er Jahren allgemein — wie im eben Zitierten — die besondere Entstehungsgeschichte Israels zum Anlaß genommen, gerade diesem Staat jedes Existenzrecht abzusprechen. Dem liegt ein völlig unreflektiertes Verhältnis zu Staatsbildung und zum Begriff der Nation in der Neuen Linken zugrunde. Die von der RZ hergestellte Verbindung einer Kritik der Entebbe-Aktion zur früheren unreflektierten Übernahme völkischer Kategorien ist alles andere als willkürlich. *„Israel“*, heißt es beispielsweise im ak-Artikel von 1976, *„ist in der Situation eines Gangsters, der in ein fremde* *Haus eingedrungen ist, die Bewohner vertrieben hat, und der nun frech behauptet, er befinde sich in 'Notwehr', wenn er auf die Bewohner und ihre Kinder ballert, die in ihr Haus zurückwollen.“* Da die Staatsgründung ein unrechtmäßiger Gewaltakt war, kann dem Staat Legitimation und Existenzrecht auch in der Folge niemals zugesprochen werden. Das Unrecht der Gründung setzt sich zwangsläufig fort (vgl. oben). Die Bewohner sind des fortgesetzten Hausfriedensbruch überführt, die ursprünglichen und deshalb berechtigten Bewohner haben ihrerseits das Recht, die Zwangsräumung gegen die Hausbesetzer einzuleiten — dem Rechtsbrecher stehen keine Notwehrrechte zu. Die Vorliebe, das Recht bürgerlicher Staaten zur Untermauerung von Forderungen zu zitieren, wird hier zur Manie, sich zum Weltrichter aufzuwerfen, und unterschiedlichen Menschengruppen die Staatsgründung post festum zuzuerkennen oder abzusprechen. Es fällt auf, daß es immer nur den einen negativen Bescheid gibt: Israel. Dagegen gilt als ebenso „natürlich“, daß den Palästinensern ein ewiges und vererbbares Recht auf „ihren Boden“ zuzuerkennen sei. Die gesamte Neue Linke, auch der KB, bezog sich positiv auf die Gründungscharta der PLO, die eine besondere, vererbbare Verwurzelung der Palästinenser mit dem palästinensischen Boden der Definition als Nation zugrundelegte.

Zionismus ist die israelische Nationalbewegung, die Legitimationsideologie des Staates. Der Zionismus erzählt wie jeder Nationalismus die alten Geschichten vom Volk, das vorausgesetzt wird, von seinem Recht auf Selbstbestimmung, das es wie andere Völker hätte, von einem Siedlungsraum, der ihm als uraltes Erbe zustünde und natürlich vom Recht, sich seinen Staat zu machen, und sei es mit Gewalt. Wie alle nationalen Ideologien hat der Zionismus seine rassistische Komponente: wer nicht zum Volk gehört, soll auch nicht gleichberechtigt im Staat leben dürfen, am besten überhaupt das Territorium verlassen. Die Palästinenser spielen in diesem Zusammenhang, neben ihrer realen Gegnerschaft dem Staat Israel gegenüber, auch die Rolle des Anderen, des Bedrohers, dessen man sich stets von neuem erwehren muß, um auf diesem Wege um so mehr zu erkennen, wie sehr man zusammengehört, ein Volk ist. Dieser Sachverhalt erlaubt aber keinesfalls, Israel als einen besonderen, verbrecherischen Staat aus der aktuellen Staatenwelt herauszuheben. Die Definition der Nation aus der Abgrenzung vom „Anderen“ ist regelhaft, nicht die Ausnahme.

Im Prozeß der Nationenwerdung, der sich andernorts allerdings meist über lange Zeiträume erstreckte, wurden oftmals grauenhafte Massaker begangen: In England wurden im 17. Jahrhundert Rachefeldzüge gegen die Schotten unternommen, Frankreich tat das seine gegen Albigenser und Katharer, später gegen Hugenotten, die Türkei gründete sich vor dem Hintergrund von Armeniermassakern, und die Verfolgung der kurdischen Minderheit dient fortwährend dem Beleg der großtürkischen Identität. Auch aktuell ist eine Tendenz der verschiedensten Nationalismen zu Abgrenzung und Rassismus unschwer zu beobachten. Dies alles ist kein Grund, israelische staatliche Repression zu rechtfertigen, aber es verbietet sich, gerade Israel in den grellsten Farben als in seiner Bestialität hervorstechend zu geißeln.

Die Differenz bei der Staatsgründung besteht darin, daß sich der Zionismus nicht, oder doch erfolgloser als andere Nationalismen, den Anschein geben konnte, ein „naturwüchsiges“ Produkt zu sein, das sich in Jahrhunderten zu seiner heutigen Form gemausert hat, und weit entfernt von jeder kritischen Analyse quasi als Lebenssachverhalt existiert. Er ist eine rein politische Geburt, die den Plan, einen jüdischen Staat zu gründen, schon begleitete, bevor es ihn gab. Die politisch herbeigeführte Staatsgründung Israels ist — es sei wiederholt — auch eine Geschichte der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser. Die Dramatik des Palästina-Konflikts kann aber nicht einfach aus einer besonderen Aggressivität Israels erklärt werden, sondern ist wirklich aus dem sehr realen Problem gespeist, daß tatsächlich zwei sich als Völker definierende Gruppen ein und dasselbe Territorium als Staatsgebiet definieren.

Die RZ hat recht mit ihrem Hinweis, daß verschiedene Befreiungsbewegungen bei der Bildung von Staat und Nation einen Homogenisierungsanspruch gegenüber ihrem jeweiligen Staatsvolk erhoben. Tatsächlich darf auch der Zionismus eben nicht nur über die Unterdrückungspraxis, sondern muß andererseits *auch* als eine nationale Befreiungsbewegung interpretiert werden. Der Zionismus vermittelte den Juden in ideologischer Verbrämung das Versprechen, ein altes Bedürfnis verwirklichen zu können: Irgendwo leben zu können, wo antisemitische Verfolgung, wiederkehrende Pogrome und Enteignungen bis hin zur Massenvernichtung, für Juden nicht mehr zu befürchten wäre. Er diente der Befreiung von Antisemitismen, wie einige andere Nationalismen der Befreiung von rassistisch-kultureller Unterdrückung. Daß der Zionismus sich zur Staatsgründung nicht gegen die verschiedenen unterdrückenden Nationalismen durchsetzen konnte, sondern sich darin gegen die Palästinenser richtete, ist eine historische Besonderheit. Eine andere liegt in der unvergleichlichen antisemitischen Verfolgungsgeschichte.

Der Erfolg des Zionismus seit der Jahrhundertwende in Osteuropa beruht auf den besonders schlechten Bedingungen, denen die Ostjuden im damaligen Russischen Reich (inclusive Russisch-Polen) und im Osten der Habsburg-Monarchie ausgesetzt waren. In Westeuropa verfing er zunächst nicht, die Juden in Deutschland, Frankreich etc. erhofften sich von einem jüdischen Staat wenig Vorteile. Sie bauten auf die Vollendung der Assimilation und sponsorten jüdische Siedlungsprojekte in Palästina aus einer Mischung aus Solidarität mit den Auswanderungswilligen und geheimer Furcht vor übergroßer Zuwanderung armer, traditionalistischer Juden aus dem Osten. Der Siegeszug des Zionismus im Westen wurde durch den deutschen Faschismus bewirkt, der die Behauptung der Zionisten, es gebe ein jüdisches Volk, negativ bestätigte. Auch Westjuden, ob getauft oder ungetauft, machten nun die Erfahrung, daß dem Jude-Sein nicht zu entkommen war. Dies stellt einen sehr praktischer Beweis der zionistischen Ideologie dar, die durch die Judenpolitik der Nazis endgültig einen nicht mehr zu bestreitenden materialistischen Kern bekam. Die Frage, ob ein jüdischer Staat



Marokkanische Immigrantinnen 1962 im Hafen von Haifa

auch ohne die Shoah entstanden wäre, ist nicht entscheidend — reale antisemitische Verfolgung und damit praktische Gründe für viele Juden, auch schon vor 1933 einen eigenen Staat zu wollen, gab es genug. Die Erfahrung nach 1933 hat jedenfalls aus den sehr unterschiedlichen Juden in Europa ein Kollektiv der Verfolgten gemacht. Jede/r Einzelne wurde nach bestimmten Kriterien ausfindig gemacht, eine Wahlmöglichkeit, Jude sein zu wollen, gab es nicht. Die Juden wurden zur Schicksalgemeinschaft gemacht, zum Volk, das zum Schutz einen Staat gründet. Der Zionismus, als Ausdruck des Bestrebens, Schutz vor Antisemitismus zu schaffen, ein Befreiungsnationalismus, hat die Schwierigkeit der kurzen „nationalen“ Tradition, die in Bezug auf die Anerkennung des Staates immer wieder Legitimationsprobleme bereitet, mit anderen Befreiungsnationalismen gemeinsam — so formierte sich z.B. die palästinensische Nationalbewegung, auf eine Staatsgründung orientierend, großenteils erst nach 1948.

Heute definiert sich der israelische Staat als ein auf diesen Erinnerungen gründender, vom Sicherheitsgedanken erfüllter Verteidigungsstaat, der sich möglichst alle Optionen zum eignen Schutz offen halten will. Gibt es auch deutliche Differenzierungen in der israelischen Gesellschaft, so besteht doch immer wieder weit-

gehend ein Konsens, auch völkerrechtswidrige Militärinterventionen und -operationen als gerechtfertigt anzusehen und ein Atomwaffenmonopol in der Region zu beanspruchen. Der Zionismus bleibt in unterschiedlichen Ausprägungen die Staatsideologie, dringend benötigt in einem jungen bürgerlichen Staat, der auf Warenproduktion und Klassenherrschaft gründet und immer wieder die vielen Einzelnen als Staatsvolk bei der Stange halten muß. Eine außergewöhnliche Rolle spielt Israel als Exponent westlicher Lebensbedingungen und Standards in einer Region von Drittweltstaaten und Schwellenländern. Dagegen kann nicht besonders herausgestellt werden, daß Israel „Brückenkopf des US-Imperialismus" sei und es deswegen im Nahen Osten einzigartig dastehe. Andere Staaten der Regionen dienen ihrerseits als „Brückenköpfe des Imperialismus", oder dienen sich für eine solche Funktion soeben an: die Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten ... sind es schon, Irak war es teilweise, Syrien ist auf dem besten Wege. Die Fremdheit Israels im vorderen Orient in kultureller Hinsicht und in Hinsicht auf Lebensbedingungen prädestiniert es, dort bevorzugtes Objekt von Ressentiments der zu kurz Gekommenen zu sein. Israelfeindlichkeit ist erklärte Regierungspropaganda zahlreicher Staaten der Region und, wie der Golfkrieg gezeigt hat, Bestandteil des Massenbewußtseins.

Die Betonung der Fremdheit der Juden in Palästina verweist aber in vielen antiisraelischen Aussagen auch auf im arabisch-islamischen Raum virulente antisemitische Denkmuster. Die Aberkennung der „Staatsfähigkeit" gerade und nur für den Zionismus spielt — manchmal sehr direkt — auf das antisemitische Stereotyp vom ewigen Juden an, der, ewig umherschweifend, heimatlos bleiben muß, weil er „natürliche" Bindungen an heimatlichen Boden nicht einzugehen vermag. Eine solche antisemitische Komponente ist auch im geäußerten „antizionistischen" Bewußtsein vieler Linker hier zu beobachten, wenn herausgestrichen wird, sich mit der Existenz der Fremdlinge auf palästinensischem Boden niemals abfinden zu wollen. Eine Agitationsformel, die das heutige Israel als „jüdischen Siedlerkolonialismus" definieren will, ist deutlich erkennbar aus solchen Ideologiemustern gespeist.

Das antisemitische Stereotyp, dem Juden sei die eigentlich „natürliche" Bindung an Blut und Boden nicht möglich, verweist auf Ursprünge des Antisemitismus in der nationalen Formation, wie die „Kritische Theorie" analysiert hat. Die „*Nation*" als ideologisches Konstrukt des Bürgertums definiert sich notwendig aus der Abgrenzung vom Anderen, ihr ist Rassismus strukturell eingeschrieben. Sucht aber der Rassismus die *anders* Nationalen zu diskriminieren, so sieht der Antisemit im Juden die *Negation des Prinzips* der „natürlichen nationalen Gemeinschaft" verkörpert, weshalb er besonders haßerfüllt zu verfolgen ist.

An dieser Stelle wäre eigentlich eine ausführlichere Erörterung von Theorien des Antisemitismus erforderlich, um darauf basierend verschiedene Argumentationen des „Antizionismus" auf antisemitische Hintergründe untersuchen zu können. Es ist ein wichtiges Problem, daß sich die aus der APO entstandene Neue Linke zwar in Abgrenzung zur Elterngeneration und über die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus herausbildete, daß der Faschismuskritik aber jede ernsthafte Beschäftigung mit deren Antisemitismus mangelte. Daraus resultierte auch, daß es kaum ernsthafte Beschäftigung mit der Geschichte der Opfer gegeben hat, was wiederum zu theoretischen Defiziten führen mußte, etwa in der „Faschisierungsthese" des KB. Eine ausführliche theoretische Diskussion des Themas „Antisemitismus" ist hier aber nicht leistbar. Es sei an dieser Stelle daher lediglich auf einen u.E. wichtigen Aufsatz verwiesen, auf den 1979 von Moishe Postone veröffentlichten Text „Nationalsozialismus und Antisemitismus", der modernen Antisemitismus, verkürzt gesagt, als die Projektion einer falschen, einseitig gegen das Abstrakte ausgerichteten „Kapitalismuskritik" auf den „Juden" definiert.(2) Auch ohne eine solche theoretische Fundierung scheint es uns immerhin möglich, antisemitische Stereotypen zu benennen, wie sie auch in der NS-Ideologie manifest wurden:

* Juden verkörpern die Abstraktion des „Wuchers" gegenüber dem „schaffenden" Prinzip, dem auch das „bodenständige" Kapital zugerechnet werden kann.

* Mit „Jude" wird antisemitisch, wie bereits angesprochen, Haltlosigkeit, Wurzellosigkeit impliziert, was sich auch im Vorwurf des Kosmopolitismus ausdrücken kann. Als „Jude" gilt das Gegenprinzip zum Bekenntnis zur eigenen Volksgemeinschaft, das heißt zur „natürlichen", schicksalhaften, unauflösbaren Zusammengehörigkeit in der eigenen Nation.

* Der Jude ist, unfähig zu natürlicher Bindung, geprägt von Verstellung und Lüge, ist Fälscher und Intrigant.

* Juden werden im Antisemitismus nicht einfach diskriminiert, sondern ihnen wird eine undurchschaubare, große Macht zugeschrieben, gegen die es sich zur Wehr zu setzen gilt. Der Antisemitismus impliziert eine Theorie der Weltverschwörung, die nur durch die Beseitigung des Bösen, also der Juden, aufgehoben werden kann.

Beispiele dafür, daß „antizionistischen" Argumentationen jene antisemitischen Bilder zugrundeliegen, ließen sich viele anführen. Tatsächlich kann sich auf eine lange erfolglose Suche begeben, wer „antizionistische" Texte zu finden sucht, die davon frei wären. Auch die Tradition „antizionistischer" Komitees und Gruppierungen in der Sowjetunion, welche die ganz besondere Geißelung des Zionismus durch die UN mit herbeiführte, ist z.B. vom Gedanken der zionistischen Weltverschwörung geprägt. Solche Gruppierungen wurden oftmals in den 70er Jahren auch durch die westdeutsche Neue Linke zitiert. Heute sammelt beispielsweise die KP Rußlands, die noch gegen Gorbatschow gegründet wurde, Kräfte, die den Zionismus für den Zusammenbruch der SU verantwortlich machen — auf ihren Demonstrationen gegen Preissteigerungen sind stets auch antisemitische Plakate präsent.

Es ist von großer Bedeutung, zu erkennen, daß jeder „Antizionismus" antisemitisch ist, dem nicht die Definition und Kritik des „Zionismus" als Nationalbewegung zugrunde liegt, der stattdessen die jüdische Unfähigkeit zur Nationenbildung betont, bzw. Juden ein Recht dazu bestreitet und einen ganz besonders gefährlichen weltweiten Einfluß „der Zionisten" behauptet.

KB-Traditionen ...

Im ak wurde die „antizionistische" Selbstdefinition Ende der 70er Jahre stillschweigend zurückgenommen. Im Laufe der 80er Jahre setzte sich eine differenzierte Palästina-Solidarität durch, die das Existenzrecht Israels anerkannte und auf einen Verhandlungsfrieden orientierte, als dessen Resultat neben Israel ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen soll. Die Beschäftigung mit Antisemitismus, und damit mit der Problematik ehemaliger antizionistischer Argumentationsmuster, blieb jedoch außen vor. Daß 1982, während des Libanon-Krieges, der ak unter der Hauptschlagzeile „Die Endlösung der Palästinenserfrage" erscheinen konnte, zeigt überdeutlich die Folgen solcher Vermeidung: alte Muster der Täter-Opfer-Relativierung und antisemitische Stereotype scheinen immer wieder auf. Der Vorstoß einer Frankfurter Genossin 1982, diese neuerliche unbewußte Verharmlosung der Shoah zurückzuweisen und eine Debatte in der gesamten Organisation um das Thema Antisemitismus zu initiieren, fand im KB keinen Widerhall. Die von einer kleinen Gruppe verfaßte, bemerkenswerte Serie zur Geschichte des Antisemitismus wurde zwar nicht unterdrückt, aber auch nicht KB-öffentlich diskutiert. Gleichzeitig verteidigte der Autor der Zeile „Endlösung der Palästinenserfrage?" seine Überschrift. Die Genossin verließ in der Folge dieser Entwicklung den KB.





Beispiel für eine „antizionistische" sowjetische Karrikatur — aus „Gudole", 4. August 1973, „An der Dollarkette". Aufschrift: „Internationaler Zionismus". Nebentext: „Der amerikanische Kommentator Cyrus Sulzberger schrieb in der New York Times: ‚Es gibt eine außerordentlich enge, obgleich wenig bekannte Partnerschaft zwischen Israel und Südafrika.'" — Beide Repräsentanten hängen in der Karrikatur an der Dollarkette des Weltjudentums.

Im Kontext jener Auseinandersetzung steht ein Streit, der jüngst seine Fortsetzung fand. Die Frankfurter Genossin verfaßte eine ausführliche Kritik von Henryk Broders Buch „Der ewige Antisemit", um die Frage antisemitischer Muster in der eigenen antizionistischen Argumentation zum Thema zu machen. Fünf ak-Nummern später (277) publizierte Kt., ohne Absprache mit der Autorin, einen Artikel, in dem Broder vorgeworfen wurde, mit falschen Zitaten gearbeitet zu haben: Das Zitat „*In Prag regieren die Juden*" sei im Völkischen Beobachter zum angegebenen Zeitpunkt ebensowenig erschienen, wie das Zitat „*in Prag regieren die Zionisten*" im August 1968 im „Neuen Deutschland". Die von der Genossin geäußerte Sichtweise, dieser Beitrag Kt.s habe allein der Vermeidung einer wirklichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus gedient, wurde damals im KB beinahe nur von der damaligen Frankfurter Gruppe geteilt. Heute kann sie als erwiesen gelten. In ak 337 wiederholte Kt., anläßlich einer Veröffentlichung Oliver Tolmeins in „Konkret", seine „Quellenkritik". U.a. schrieb er: "... *die Artikelüberschrift ist frei erfunden. Sie steht weder im ND vom 21. August 1968 noch an anderen Tagen dieses Zeitraums. Es gibt auch keine Aussagen mit ähnlicher Tendenz im damaligen ND, weder in Überschriften noch Artikeln und Kommentar. Selbst die angebliche Schlagzeile aus dem „Völkischen Beobachter" ist frei erfunden.*" (S.34) Neben Broder unterstellte Kt. nun auch Simon Wiesenthal, der 1968 in einer Dokumentation Kontinuitäten von NS-Antisemiten in die Redaktionsstuben des „Neuen Deutschland" hinein nachgewiesen hatte, antisemitische Tendenzen jener Zeitung im Zeichen des Kalten Krieges bloß erfunden zu haben. In „Konkret" 2/92 wies Oliver Tolmein nach, daß zwar nicht das exakte Zitat, wohl aber die Formulierung, in Prag hätten „*zionistische Kräfte die Führung übernommen*", im ND vom 25. 8. 1968 den Leitkommentar pointierte. Daß das „Neue Deutschland" antisemitisch argumentierte, konnte Kt. offensichtlich aus einer ausgeklügelten Vermeidungsstrategie oder aus eigenen Ressentiments nicht wahrnehmen.

Abwehr notwendiger Selbstreflexion prägte Kt.s Reaktion auch, als in der Gruppe K Auseinandersetzungen um die Relevanz der Antisemitismusfrage für den Golfkrieg geführt wurden, und in diesem Kontext max. in ak 329 die ehemaligen Haltungen des KB bezüglich Israels analysierte. In den Folgenummern erschien weder eine zustimmende noch eine ablehnende Antwort, sondern ein länglicher Artikel Kt.s zur Geschichte des Zionismus, der in seiner ihrer Hauptaussage zu belegen suchte, daß die Staatsbildung Israels als letztlich vom Holocaust unabhängig anzusehen sei. Nur kurze Absätze widmete die umfassende Darstellung der Zeit von 1933-45.

Resumee

Ist also die Debatte um antisemitische Tendenzen des „Antizionismus" der 70er Jahre in unserem engeren Umfeld keinesfalls akademisch, sondern von Brisanz, so gilt das umso mehr für die Strömungen der radikalen Linken insgesamt. Es ist zu hoffen, daß Diskussionen um die Erklärung der RZ diesen Punkt nicht auslassen. Heute, da Deutschland wieder Großmacht wird, ist für die Reetablierung einer radikalen Linken wesentlich, sich einer Analyse deutscher Vergangenheit zu stellen, die ehemals unbearbeitete Aspekte, wie die Frage einer Analyse des Antisemitismus, mit einbezieht. Ohnehin erweisen Debatten um Rassismus, Wiedervereinigung etc., daß Fragen der Stellung gegenüber Kontinuitäten aus der NS-Zeit — die in allen Fraktionen durch theoretische Defizite geprägt sind — sich immer wieder als relevante Streitpunkte erweisen und auch die radikale Linke fraktionieren.

Ob sich die Linke in Deutschland insgesamt vom Begriff „Antizionismus" verabschieden sollte, ist unseres Erachtens eine Auseinandersetzung wert. Es gibt eine antisemitische Tradition des Antizionismus, die allzu oft unter „linken" Vorzeichen anzutreffen war und ist; die Relativierung der Shoah und der Rekurs auf antisemitische Muster ist für sie kennzeichnend. Dieser Teil linker Geschichte muß kritisch aufgearbeitet werden, ein so besetzter Antizionismus muß aus linken Zusammenhängen verschwinden.

Die Gruppe K — als Mitbetreiberin des ak — befindet sich aktuell in der schwierigen und ärgerlichen Situation, daß sich die mitherausgebende Gruppe „Mehrheit" gegenüber dieser Problematik in Diskursverweigerung übt, was geeignet ist, den ak als zweideutiges Journal erscheinen zu lassen: Hier wird die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und der eigenen Geschichte als wichtiges Thema hervorgehoben, dort werden Vermeidungsstrategien oder Schlimmeres immer sichtbarer. Inwieweit ein solcher Zustand tragfähig ist, wird die Zukunft erweisen.

Jw./Be., Gruppe K

Anmerkungen:

(1) Habesch, Generalsekretär der PFLP, erklärte nach der Entführungsaktion, „eine Gruppe Jugendlicher, die vor einiger Zeit mit der PFLP gebrochen haben", sei für die Entführung verantwortlich. Er dementierte die Aussagen des Kommandos, der PFLP anzugehören. (vgl. ak 85, 26.7.76, S.2)

(2) Dieser Ansatz wurde in der Filmkritik „Pretty Woman und die Logik des Antisemitismus" (ak 334, S36f) kurz vorgestellt. Im nächsten AK wird eine Zusammenfassung im Kontext eines Interviews mit M. Postone erscheinen. Der Aufsatz ist in der Nullnummer der „Bahamas" (Zirkular der Gruppe K), sowie in der letzten Ausgabe von „Kritik und Krise" (ISF Freiburg) dokumentiert

Antirassistisches Zentrum

Antirassistisches Zentrum, c/o AStA-Villa, Marchstr.6,
1000 Berlin 10, Tel: 314 21041, FAX: 312 1398

Berlin, den 2.3.92

Presseerklärung

Flüchtlinge kämpfen weiterhin für eine Aufenthaltsgarantie in Berlin !
Sog. "Runder Tisch" verhandelt unter Ausschluß von Flüchtlingen und UnterstützerInnen über das Schicksal der Flüchtlinge
Eine Verteilung der Flüchtlinge nach Brandenburg ist keine "Lösung"!

Heute, am Montag, den 2.3.1992, findet im Rathaus Charlottenburg ein sog. "Runder Tisch" statt, zu dem die Charlottenburger Bürgermeisterin Monika Wissel eingeladen hat. TeilnehmerInnen des Runden Tisches sind u.a. Almut Berger (Ausländerbeauftragte von Brandenburg), VertreterInnen des Landessozialamts, des AK "Asyl in der Kirche", des Flüchtlingsrats und der TU, die über eine "Lösung" für die über 100 Flüchtlinge in der besetzten TU entscheiden wollen. Die Flüchtlinge aus der besetzten TU und UnterstützerInnen sind zu diesem Runden Tisch nicht eingeladen worden.

Die Flüchtlinge und UnterstützerInnen fordern weiterhin eine Aufnahmegarantie in Berlin. Die Flüchtlinge werden weder den Kampf um eine Legalisierung in Berlin aufgeben, noch sich auf Zwangsverteilungslösungen seitens der staatstragenden Asylinstitutionen wie Flüchtlingsrat und "Asyl in der Kirche" einlassen. Diese Lösungsvorschläge rechnen mit der Erschöpfung der Flüchtlinge nach 4 Monaten Ungewissheit und ständigen Druck seitens der rassistischen Betonfraktion im Innensenat.

Die Anwesenheit der Ausländerbeauftragten von Brandenburg, Almut Berger, läßt die Flüchtlinge und UnterstützerInnen befürchten, daß die am Runden Tisch vertretenen Institutionen, eine Verteilung der Flüchtlinge nach Brandenburg als "Lösungsvorschlag" präsentieren werden, anstatt sich für die Aufnahmegarantie der Flüchtlinge in Berlin beim Senat einzusetzen.

Die Ablehnung der meisten Flüchtlinge für eine derartige "Lösung" basiert zum einen darauf, daß viele von ihnen aus Lagern und Heimen in Brandenburg aufgrund der dort erlebten rassistischen und faschistischen Angriffe nach Berlin geflohen sind - und diese Angriffe finden auch weiterhin statt. Zum anderen ist die juristische sowie soziale Infrastruktur für Flüchtlinge in Brandenburg nach wie vor nicht ausreichend, um einen fairen Verlauf der Asylverfahren für Flüchtlinge zu garantieren.

VertreterInnen der Flüchtlinge an der besetzten TU werden heute ihren Protest gegen die Verfahrensweise des Runden Tischs im Rathaus Charlottenburg darlegen.

Wir fordern:

Aufnahmegarantien für alle Flüchtlinge an der TU in Berlin !
Stop der Zwangsverteilungen !
Stop der Abschiebungen !

Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten in Syrien

Komitees zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten und Menschenerechte in Syrien
c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

oder Riadh Odeh, Tel. 06131/625369

Comités de défense des libertés démokratiques et des droits del'homme en Syrie (CDF)
27, Rue des Quatre moulins
27400 Louviers
France

Haitham Manna'a Tel. 0033/146541913

Presseerklärung Bonn, Montag, 24.02.91, 9:00

Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der BRD (UNHCR) besetzt! * "Komitee zur Unterstützung der Flüchtlinge" besetzt zur Unterstützung der Flüchtlinge in der Berliner TU und der Norderstedt-Flüchtlinge das Büro des UNHCR in Bonn, Rheinallee 6! * Das Komitee stellt an den Leiter des Büros Herrn Koisser folgende Forderung:
"Der UNHCR soll sich öffentlich für die freie Wahl des Aufenthaltortes und gegen Zwangsverteilung der Flüchtlinge aussprechen und dies in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen und den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Engholm kundtun".*

Seit heute morgen, 9:00 Uhr wird das Büro des UNHCR von einer Gruppe deutscher Flüchtlingsunterstützerinnen besetzt gehalten. Sie fordert von demUNHCR sich direkt und öffentlich für die Forderungen der Flüchtlinge einzusetzen. Die Gruppe beruft sich mit ihrer Aktion auf die Zusage Herrn Koissers, für die Interessen der Flüchtlinge einzutreten. Diese Zusage wurde im November 1991 gemacht. Seitdem gab es vom UNHCR nur Vorschläge, die an den Forderungen und existentiellen Interessen der Flüchtlinge vorbeigehen, wie z.b. die nicht zu akzeptierende Verlegung nach Brandenburg. Damit kommt der UNHCR seiner Aufgabe nicht nach. Gemäß seiner Satzung hat der UNHCR zwei Hauptfunktionen zu erfüllen: *"international Rechtsschutz zu gewähren und für ihre Probleme "dauerhafte Lösungen zu suchen". (...) Flüchtlinge zu schützen. Dies betrifft ihr Leben, ihre Sicherheit und Freiheit. dies heißt auch, Flüchtlinge davor zu bewahren, in ein Land zurückgeschickt zu werden, wo ihnen Verfolgung droht. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben des UNHCR, die Rechte von Flüchtlingen in Lebensbereichen wie Unterbringung, Ausbildung, Beschäftigung und Freizügigkeit zu fördern". (aus: UN-Basisinformation).*
Unter anderem auf diese Aufgabenstellung des UNHCR zielen die Forderungen der Flüchtlinge ab.
Hauptforderungen der Flüchtlinge:
- Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung für Alle!
- Freie Wahl des Aufenthaltsortes!
- Keine Zwangsverteilung in die Ex-DDR!
- Keine Kasernierung in Sammellagern!
- Keine Abschiebungen!

Hintergründe:
Die Flüchtlinge, sind aus verschiedenen Gebieten der Ex-DDR vor faschistischen Angriffen geflohen oder ha' en sich gegen Zwangsverschiebungen in diese Gebiete zu Wehr gesetzt. In Berlin wurden am 24.10.91 elf Räume in der TU und einige Räume des ASTA besetzt und ein Antirassistisches Zentrum errichtet. Dort haben mitlerweile 100 Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Von dort aus wird Öffentlichkeitsarbeit betrieben und werden antirassistische Aktionen koordiniert. Das Zentrum bietet eine bisher einzigartige Möglichkeit für die Selbstorganisierung von Flüchtlingen.
Die Flüchtlinge, in Norderstedt, die in den letzten Monaten unter schwierigsten Bedingungen in Kirchen lebten, sind seit dem 19.02.91 wieder auf der Flucht. Sie waren aufgrund einer bevorstehenden polizeilichen Räumung dazu gezwungen aus der Schalom-Kirche in völlig ungesicherte, illegale Verhältnisse zu fliehen.

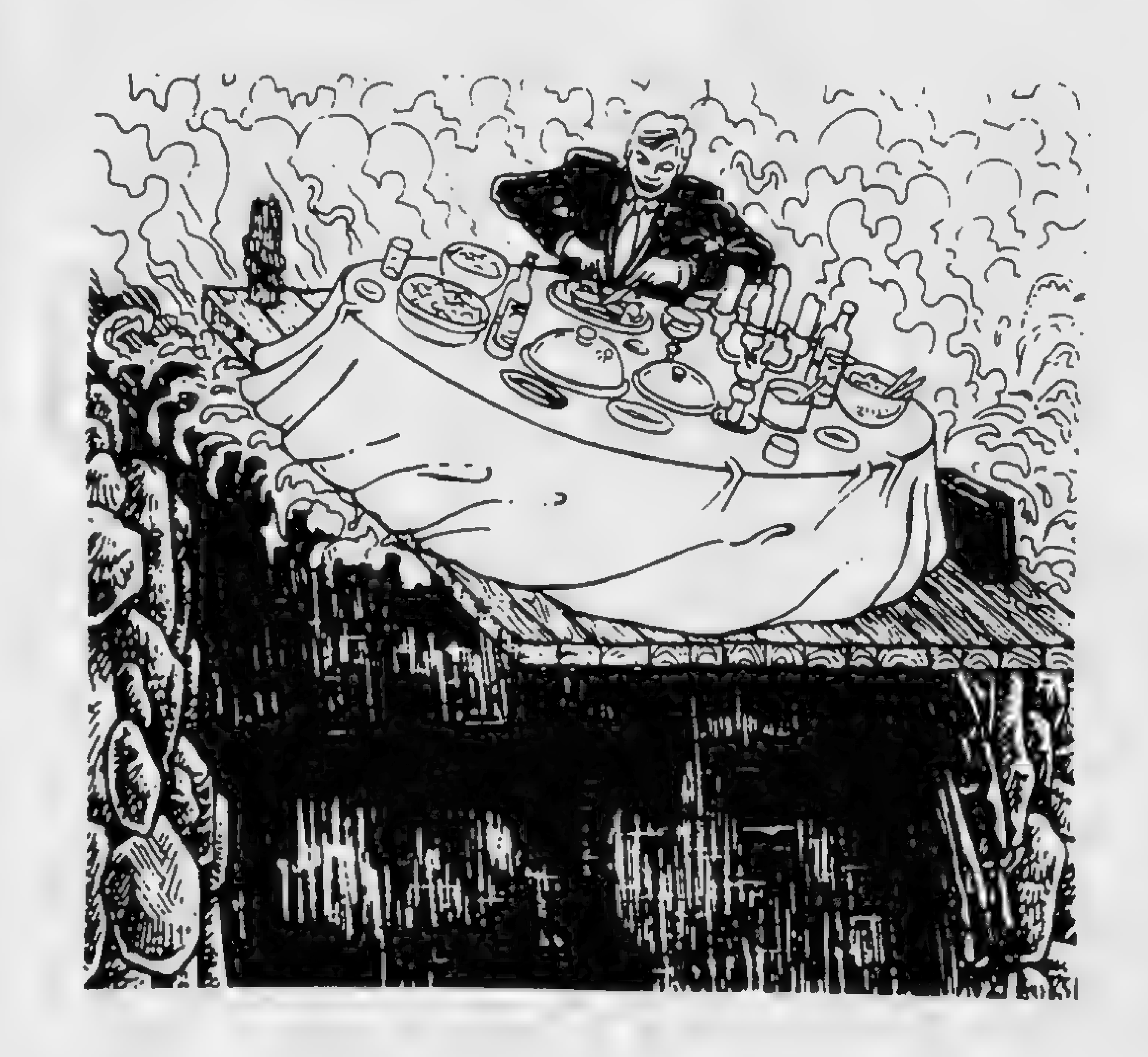
Die Situation der Flüchtlinge in Berlin, die der in Norderstedt, sowie die Situation aller Flüchtlinge, die zuerst aus ihren Heimatländern fliehen MUßTEN und die dann aufgrund von massiven und wiederholten faschistischen Angriffen die Ex-DDR verlassen MUßTEN ist nicht länger hinzunehmen. Es müssen Lösungen im Sinne der Interessen und Forderungen der Flüchtlinge gefunden werden!

Weitere Informationen: Über Berlin: Antirassistisches Zentrum, Tel.: 030/31424437, Norderstedt: 04321/45927, Über die Besetzung: Vor Ort und Tel.: 0228/364011
Bonn, 24.02.1992

Erlärung einiger UnterstützerInnen zum 5-monatigen Widerstand der Norderstedter Flüchtlinge gegen faschistische Mobs, rassistische Flüchtlingspolitik und ihrem Kampf für das Selbstbestimmungsrecht für sie und alle Flüchtlinge.

Der mehr als 5-monatige kollektive und öffentliche Kampf der Flüchtlinge um Bleiberecht in Schleswig-Holstein, den wir von Anfang an solidarisch unterstützt und begleitet haben, ist so beendet worden,wie er begann: Mit einer von den Flüchlingen selbstbestimmten Entscheidung, sich nicht auch noch dem bundesdeutschen Polizeiterror auszusetzen und jetzt Wege zu gehen, die tausende von Flüchtlingen in der BRD zur Zeit beschreiten. Auch diesen, jetzt eher individuellen kampf der Flüchtlinge gegen den alltäglichen und staatlichen Rassismus werden wir begleiten, soweit es uns möglich ist.
Wenn die rassistische Politikerkaste und ihre Handlanger in Kirche und Medien jetzt von einem späten Sieg der Vernunft fabulieren, sagen wir, daß nur die Flüchtlinge selbst beurteilen können, was für sie vernünftig ist, daß wir allerdings die Flüchtlinge von Anfang an unterstützt haben, weil wir diesen Kampf vernünftig und richtig finden.
Daß die Flüchtlinge ihre Forderungen nach Bleiberecht in Schleswig · Holstein und Selbstbestimmungsrecht aller Flüchtlinge letztendlich nicht durchsetzen konnten, war von Anfang an wahrscheinlich und hat seine Ursache in der Brisanz der Konsequenzen, die ein genereller Erfolg des Kampfes hätte. Die Funktionsfähigkeit des politischen Asylrechts basiert darauf, daß Flüchtlinge eine rechtlose Manövriermasse sind und bleiben. Die staatliche Asylpolitik zielt darauf ab, genau diesen Zustand zu bewahren. Ein Teil dieser Strategie ist es, Flüchtlinge in Sammellagern unterzubringen, ihren Aufenthaltsort behördlich festzulegen und ihren Bewegungsspielraum auf einen bestimmten Landkreis zu beschränken. Flüchtlinge, die sich wehren, werden von der ganzen Macht der staatlichen Repression betroffen. Im Fall Norderstedt gab es dafür zwei Ansätze: Die SPD-Landesregierung von Schleswig-Holstein betrieb eine monatelange Zermürbungspraxis, indem sie sich durch Nichtverhalten und Verschiebung des Konfliktes aus der Verantwortung zog, um die Flüchtlinge dann still und heimlich unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit abschieben zu können; die CDU-Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere Innenminister Diederich schlug mit offen faschistischen Äußerungen zu. In der letzten Erklärung aus Schwerin wird den Flüchtlingen die sofortige Abschiebung angedroht. Sie wollen " jede rechtliche Möglichkeit ausschöpfen, um alle bis zuletzt in die Affäre verstrickten Asylbewerber auszuweisen und abzuschieben ". Gleichzeitig verbreiten sie weiter die Lüge, der faschistische Angriff in Greifswald wäre gestellt gewesen. " In gleicher widerlicher Manier, wie Asylbewerber uznd Unterstützer seinerzeit in Greifswald einen Überfall als Grund zur Flucht inszenierten, haben sie sich in Norderstedt als das verabschiedet, was sie wirklich sind: rücksichtslose beziehungsweise verführte Straftäter " (Pollen, CDU-Innenstaatssekretär Schwerin, KN v. 21.2.92).

Von den Flüchtlingen mußte es nicht benannt werden, auch weil es nicht den Hauptinteressen der Flüchtlinge entsprach: Alle vor Krieg, Verfolgung, Hunger, Armut und Verelendung fliehenden Menschen besitzen die Legitimität, die politische Stabilität und den wirtschaftlichen Reichtum hier durch ihre Anwesenheit in Frage zu stellen und daran teilzuhaben, solange die imperialistische Weltordnung nicht beseitigt ist. Die Ökonomien Europas basieren auf der seit Jahrhunderten andauernden Ausplünderung und Unterdrückung anderer Regionen und der dort lebenden Menschen dieser Welt. Diese Ausplünderung und Unterdrückung führt logischerweise dazu, daß den Menschen in diesen Regionen ihre Existenzgrundlage entzogen wird. Daß, was Jansen die Verteidigung des politischen Asylrechts nennt, ist im Kern die Verteidigung des Zustandes der Massenvernichtung durch die räuberische Weltwirtschaftsordnung, deren Hauptprofiteur unter anderem die BRD mitsamt aller sogenannten Deutschen ist.



Aus diesen grundsätzlichen Zusammenhängen heraus erklärt sich auch die Schärfe, mit der auch die kleinste Regung von Widerstand gegen diesen Zustand bekämpft wird. Die Norderstedter Flüchtlinge und wir als ihre UnterstützerInnen haben daß von Anfang an sehr deutlich zu spüren bekommen. An der Bekämpfung der legitimen Forderungen der Flüchtlinge, als Menschen wahrgenommen und behandelt zu werden, haben sich praktisch alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt. Von Faschisten tyrannisiert, von Christen zu Opfern degradiert, von der Bevölkerung ignoriert, von Kapitalisten ausgeplündert, von Politikern für minderwertig erklärt, sollen die Flüchtlinge letztendlich von Gerichten abgeschoben werden. Dabei haben sich die bürgerlichen Medien und die Kirche besonders hervorgetan.

Zu den bürgerlichen Medien muß nicht viel gesagt werden, sie haben ihre Aufgabe, durch Lügen ,Verdrehungen und Hetzkampagnen die herrschende Gesellschaftsordnung zu verteidigen, blendend erfüllt und sich für kommende Aufgaben bestens empfohlen.
Zur Kirche muß wohl etwas mehr gesagt werden, gerade auch weil die Abschließenden "Verwüstungen" der Vorwand für ein verschärfte Kriminalisierung und Hetze sein werden. Die Verantwortlichen der Anscharkirche in Neumünster haben sich von Anfang an als ein Sprachrohr der Schleswig Holsteinischen Regierung begriffen, auch wenn sie sich den Anschein der VermittlerInnen gegeben haben. Ihr Verhalten hat letztendlich dazu geführt, daß die Flüchtlinge genau die Situation ertragen mußten, die sie hauptsächlich veranlasst hatte, nicht in die Ex-DDR zu gehen. Sie wurden ungeschützt einem faschistischen Mob ausgesetzt, der letztendlich nur durch Selbstverteidigung an Mord und Totschlag gehindert wurde. Dieser Verantwortung hat sich die Kirche später nie gestellt, warum auch, Opfer sind ja genau das, was eine Kirche braucht, um überhaupt ein Existenzrecht zu haben. An dieser Einstellung den Flüchtlingen gegenüber hat sich auch nach dem Umzug in die Schalom-Gemeinde prinzipiell nichts geändert. Die am Anfang der Besetzung ziemlich freundliche Aufnahme änderte sich sofort, als die Kirche erkennen mußte, daß die Flüchtlinge nicht bereit sind sich von allen möglichen Menschen als Opfer bemitleiden zu lassen. Sie mußten im Gegenteil feststellen, daß die Flüchtlinge bereit sind, für ihre Rechte als Menschen auch gegen den rassistischen Konsens dieser Gesellschaft zu kämpfen und nicht zu akzeptieren, daß nur "Deutsche" hier was zu sagen und zu fordern haben. Ab diesem Zeitpunkt hat die Kirche nichts unversucht gelassen, den Flüchtlingen durch psychologischen und materiellen Terror die Energie und Perspektive für einen wie auch immer gearteten Erfolg zu rauben. Das ging zeitweise so weit, daß es für uns und die Flüchtlinge unmöglich war, wieder an die Auseinandersetzung mit der Regierung zu denken, weil die Kirche sich Tag für Tag und Stunde für Stunde eine neue Schikane hat einfallen lassen. Die Kirche hat wiedereinmal sehr deutlich gezeigt, daß sie sich in einer Auseiandersetzung, in der eine Entscheidung verlangt wird, immer für die Seite der Herrschenden entscheiden wird. Als Hort des Schutzes für Verfolgte und Geknechtete kann die Kirche der Bundesrepublik sich nicht mehr aufspielen, dazu hat sie sich als opportunistisches Instrument des staatlichen Rassismus zu weit aus dem Fenster gehängt. Die schleswig-holsteinische Regierung kann sich nicht zu letzt bei der Kirche bedanken, daß am Ende "nur" noch 20 Flüchtlinge die Kraft besaßen, sich dem Druck der gesellschaftlichen Kräfte zu widersetzen. Wir als UnterstützerInnen, die wir den Druck, unter dem die Flüchtlinge ständig standen, miterlebt haben, haben uns bei verschiedenen Entscheidungen, nicht nachzugeben, immer wieder gefragt, woher die Flüchtlinge die Kraft nehmen, dies durchzustehen.

Daß die Flüchtlinge sich immer wieder gegen Angriffe durch die Kirche wehren mußten, passierte gegen ihren erklärten Willen und ist ein besonderes Kapitel diese Kampfes.
Die "Verwüstungen" in der Kirche, mit denen die Flüchtlinge nichts zu tun haben, sind die verdiente Quittung von uns Autonomen für die ständigen Erniedrigungen, Demütigungen und Schikanen der Kirche. Die Flüchtlinge haben immer versucht, die Auseinandersetzungen mit dem Schalom abzuschwächen, weil der Kleinkrieg mit der Kirche drohte, den Hauptkonflikt mit der Landesregierung zu überdecken. Sie haben uns gebeten, die Provokationen der Kirche zu schlucken und dementsprechend haben wir uns im Interesse der Flüchtlinge verhalten und uns dauernd stark zurückgenommen. Insofern waren die Verwüstungen in der Kirche für uns ein Ausdrck unserer Wut, die rausmußte, um die Zeit in der Kirche erträglicher zu machen. Trotzdem ist es bedauerlich, daß wir mit dieser abschließenden Aktion den direkt Verantwortlichen für den institutionellen Terror gegen Flüchtlinge nicht annähernd soviel schaden konnten, wie wir mit dieser abschließenden Aktion hoffentlich der Kirche geschadet haben, deren gängige Praxis es immer schon war, für die Opfer zu beten und die Waffen, mit denen die Opfer prodziert werden zu segnen. Widerspruch: Die fehlende Vermittlung gegenüber den Flüchtlingen stellt für uns diese Aktion zu diesem Zeitpunkt insgesamt in Frage.


Die Schalom-Kirche am ersten Tag nach der Besetzung bot ein Bild der Verwüstung. Auch das „Hungertuch" aus Haiti, gemalt für die Meditation in der Passionszeit, wurde zerschnitten. Foto: kad

Keine Spur von den Schalom-Flüchtlingen

Auch wenn die zentralen Inhalte und Forderungen der Flüchtlinge nicht durchgesetzt werden konnten, unter anderem auch deswegen, weil große Teile der noch existierenden Linken die Brisanz der Auseinandersetzung nicht begriffen haben und durch Nichtverhalten zu diesem Kampf "geglänzt" haben, ist dieser kollektive und öffentliche Kampf der Flüchtlinge nicht mit einer Niederlage beendet worden. Die letzte gemeinsame Entscheidung der Flüchtlinge war ein Schritt, ihre Aktion nicht in einen Akt der Unterwerfung münden zu lassen, wie es von den Herrschenden gewollt war.

Eine Annahme des "Angebots" der Kirche wäre eine solche Unterwerfung gewesen, da dieses "Angebot" keine eigenständige Perspektive mehr beinhaltete. Das Haus in Hoisdorf war bis zum Ende des Verwaltungsverfahrens, d.h. bis zur ersten Anhörung und damit für die meisten nur für ein bis zwei Wochen befristet. Gleichzeitig wären die Füchtlinge vollständig von ihren solidarischen UnterstützerInnen isoliert worden. Das Angebot zielte nur darauf ab, die Flüchlinge und ihren Kampf aus der Öffentlichkeit herauszunehmen, sie in die Abhängigkeit der staatstragenden Kräfte zurückzubringen und so ihren Kampf zu brechen. Deswegen war das "Angebot" keine Alternative.
Mit der Ablehnng von Hoisdorf war klar, daß der Kampf vor seinem Abschluß stand. Es gab nur noch zwei Möglichkeiten, die öffentliche Aktion gemeinsam zu beenden: Entweder eine gemeinsame Erklärung zu schreiben und die Kirche zu verlassen, oder sich von den Bullen räumen zu lassen, um damit deutlich zu machen, daß ihr Kampf nur durch polizeistaatliche Gewaltanwendung beendet werden kann.
Die ursprüngliche Entscheidung, nur unter Bullengewalt aus der Kirche rauszugehen, wurde von den Flüchtlingen verworfen, nachdem sich abzeichnete, daß eine Räumung sich noch Tage hinziehen würde. Damit wäre ein Verbleiben in der Kirche lediglich dem Verhalten eines Kaninchens gleichgekommen, das auf die Schlange starrt - unter anderem auch deshalb, weil es in dieser Zeit keine politischen Handlungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten mehr gab. Damit hätten die Flüchtlinge sich selber zu Opfern degradiert.
Durch die selbstbestimmte Art und Weise, wie dieser Kampf zu einem Ende geführt wurde, ist die Perspekive für andere selbstorganisierte Flüchtlinge, daß öffentlicher Widerstand gegen die rassistische Flüchtlingspolitik von den direkt Betroffenen selber möglich ist und nicht in einer absoluten Katastrophe enden muß, aufrecht erhalten worden.
Damit ein solcher Kampf über so lange Zeit in dieser Form durchgehalten werden kann, braucht er kontinuierliche Solidarität.
Die Grundlage der Unterstützungsarbeit bildet der Anspruch, die Flüchtlinge als selbstbestimmt denkende und handelnde Menschen anzuerkennen und auf der Grundlage ihrer Entscheidungen zu arbeiten. Um in der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen ein solidarisches Verhältnis aufzubauen, ist die Bereitschaft Voraussetzung, sich mit den eigenen Rassismen auseinanderzusetzen.
Dabei können wir heute nicht absehen, inwieweit es uns gelungen ist, diese Rassismen überhaupt nur offenzulegen. Auf jeden Fall hat sich innerhalb dieses Kampfes für viele UnterstützerInnen, die sich teilweise mit total viel von ihrem Leben und ihrer Kraft in diesen Kampf gehängt haben, in vielen Bereichen die Herangehensweise und der Blickwinkel geändert. Das kann sich dann z.B. daran festmachen, daß eigene Aktionen und Aussagen durch Übersetzungen transparent gemacht werden. ...Und vielleicht schaffen wir es irgendwann, den Anspruch, Flüchtlinge voll und ganz als Subjekte wahrzunehmen, in Realität umzusetzen. Denn Flüchtlinge tatsächlich als Subjekte, als selbständig denkende und handelnde Individuen wahrzunehmen, ist nicht einfach mit dem Willen zu schaffen, sondern erst mit der Bereitschaft, die eigenen rassistischen Denkstrukturen zu erkennen und zu bekämpfen; mit der Bereitschaft, die Privilegien, die wir als weiße, europäische Frauen und Männer haben, nicht zu verteidigen, sondern bewußt darauf zu verzichten.
Was mit zunehmender Dauer des Kampfes und im engen Zusammenleben immer wichtiger wurde, sind die persönlichen Beziehungen. Deren Stellenwert ist total schwer zu beschreiben, aber klar ist, daß wir ohne diese intensiven Beziehungen vielleicht gar nicht in der Lage gewesen wären, den Kampf der Flüchtlinge solange mit teilweise unserer ganzen Kraft und Zeit zu unterstützen. Und es tut noch mal zusätzlich weh zu sehen, wie mit Flüchtlingen hier umgegangen wird, wenn das inzwischen Menschen sind, zu denen Beziehung da ist.
Dadurch wird die Wut und die Entschlossenheit, Widerstand zu leisten, nur noch größer.

Freie Wahl des Aufenthaltsortes - keine Zwangsverteilung

Bleiberecht füt alle - Offene Grenzen

Selbstbestimmung für jedeN

Die letzte Erklärung der Flüchtlinge aus der Shalomgemeinde/Norderstedt vom 19.2.92

Wir, die sich seit dem 8.2.92 im Hungerstreik befindenden Flüchtlinge in Norderstedt, haben am 17.2.92 ein Ultimatum von dem Kirchenvorstand der Shalomgemeinde erhalten. Durch dieses Ultimatum wurde uns ein Kirchenhaus in Schleswig Holstein mit einer Zeitbegrenzung bis Ende des Verwaltungsverfahrens angeboten. Außerdem wurden einige Bedingungen wie: "UnterstützerInnen werden im Haus nicht geduldet" gestellt. Wir wurden bedroht, sofern wir dem Ultimatum nicht nachkämen, würde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen uns gestellt. Daraufhin haben wir unsere Forderung:

"Bleiberecht in Schleswig Holstein
bis Ende unseres Asylverfahrens"

wiederholt, und gleichzeitig unsere Bereitschaft erklärt, zu diesem Haus umzuziehen, wenn die Kirche die Zeitfrist, unserer Forderung entsprechend, ändert und unser Recht auf selbstbestimmte Kontakte zu unseren UnterstützerInnen akzeptiert. Der Kirchenvorstand hat unsere Bedingungen bezüglich ihres Ultimatums abgelehnt.
Nach Ablauf der Frist hat die Kirche gegen uns Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt und damit die polizeiliche Räumung eingeleitet.
In den kommenden Stunden hat das Innenministerium erklärt, daß die Flüchtlinge unverzüglich und ausschließlich an den ihnen ursprünglich zugewiesenen Ort, also nach Mecklenburg Vorpommern gebracht werden.
Wiederholt zeigt dies deutlich, wie Kirche und Staat gegen Flüchtlinge Hand in Hand arbeiten. Durch dieses Vorgehen wurde uns Flüchtlingen die letzte Möglichkeit gemeinsamen Widerstandes, des Hungerstreiks in der Shalom-Kirche genommen.
Wir wollen unser Schicksal und unsere Zukunft nicht durch die Polizei bestimmen lassen. Wir wollen selbst bestimmen. Darum haben wir die Kirche verlassen.
Von nun an werden wir als einzelne in Schleswig-Holstein bleiben und den Kampf für unsere Forderungen soweit möglich, fortsetzen.
Wir werden uns jetzt der Karavane von tausenden von Flüchtlingen anschließen, die nach ihrer Zwangsverteilung in die EX-DDR, aufgrund der dortigen Bedingungen fliehen und in den alten Bundesländern, beispielsweise Schleswig-Holstein, leben.
Viele von uns Norderstedtern Flüchtlingen haben jetzt Anhörungsverfahren bekommen. Wir werden unseren Asylverfahren folgen und uns für die Anerkennung unseres Asylgesuches bemühen, so wie wir es immer wieder gesagt haben.

Der Kampf der Norderstedter Flüchtlinge geht auf anderer Ebene weiter und braucht auch weiterhin unsere Solidarität. Das heißt z.B. auch, daß weiterhin viel Geld gebraucht wird, um neben politischen Aktivitäten vor allem den Lebensunterhalt der Flüchtlinge zu finanzieren. Also:

Spendenkontos:
Postgiroamt Hamburg
Infoladen Omega Stichwort "ASYL"
Kontonr. 164 68-203
BLZ 200 100 20

Postgiroamt Hamburg
Perschewski
Kontonr. 635806-208
BLZ 200 100 20



DEBATTE

werte wildcat,

die antwort auf euren brief an mich in der WC 57, in dem ihr das 3:1-papier kritisiert, kann leider nur verärgert ausfallen. ihr haltet euch nicht an euren vorsatz, »den text so zu kritisieren, daß eine weitere diskussion möglich ist«, wenn ihr mir, bzw den 3:1-diskutantInnen, gleich im vorspann »pomphafte reden« nachsagt, oder leserInnen des papiers als etwas blöde (»ächt total wichtig«) hinstellt, zudem eine denkblase noch mit »aber groß von einer leeren aufgeblasenheit« füllt. die auflagenhöhe der WC, eure anzahl und eure verankerung in fabriken ist nun doch nicht so, daß ihr euch auf die hohe katze setzen könntet. wie auch andere revolutionäre/linke projekte lebt ihr in schwierigen zeiten – wahrlich kein anlaß für laute töne.

3:1 soll ein Beitrag zur kritik linker schwächen sein, theoriekritik und praxiskritik. ein diskussionspapier ohne absolute wahrheiten und anspruch auf unwidersprüchlichkeit. also kein »kampf gegen windmühlenflügel« (WC 57), sondern gegen realitäten. wer's nicht glaubt, sollte 3:1 wirklich in ruhe nochmal lesen. wieso wir gängige klassenbegriffe auseinandernehmen, steht ausführlich im papier; ihr geht nicht darauf ein, zitiert nur ausrißartig. ihr unterstellt, wir seien auf der suche nach einem revolutionären subjekt; in 3:1 steht hingegen, wieso wir diese suche nicht mitmachen. ihr schreibt, das denkmodell einer »netzförmigen herrschaft« sei statisch – grade die veränderungen von herrschaft und »netz« betonen wir tatsächlich. ihr meint, dieses »netz« lasse keinen feind mehr erkennen, den es zu zerstören gilt; im papier wird ganz im gegenteil der feind als mehrfacher identifiziert und genauer bestimmt. herrschaft ist für uns nicht der zentrale begriff, wir ihr falsch zitiert, sondern ein zentraler begriff, der zudem in 3:1 über mehrere absätze noch erläutert wird.

eure kritik lebt leider von unterstellungen, die in 3:1 keine grundlage finden.

das wiederum herausgerissene zitat der günter-sare-gruppe über »klassenzerstückelung« benutzt ihr uns »objektivistische analyse« zu unterstellen. dabei betont 3:1 die bedeutung des verändern und sich veränderns von strukturen und verhaltens von revolutionärInnen, z.B. im exkurs zur kpd-linie oder in der kritik an autonomen binnenstrukturen.

euer hinweis auf italienische diskussionen der 60er Jahre ist neben der zeit. tronti in ehren, aber wieso in den 70er Jahren die italienische frauenbewegung einige linke – auch operaistische – gruppen aufmischte und wieso die italienische militante linke in den letzten zwei jahren von rassistischen ausbrüchen überrascht wurde, erklärt er bestimmt nicht.

sehr einig bin ich mit eurem satz: »... die vielen verstreuten kämpfe in ihrer ganzen widersprüchlichkeit zu entdecken und zu verstehen; um eingreifen zu können. uns bleibt nichts anderes übrig, als uns auf die wirkliche welt mit ihren widersprüchen einzulassen und dort anknüpfungspunkte für revolutionäre tätigkeit zu suchen.« eben dafür ist der triple-oppression-ansatz besonders gut geeignet!



deswegen sind wir bei der frage nach »objektiv vorhandener macht« (bitte ausführlich nachlesen in »metropolen(gedanken)« seite 30) nicht so einfach bei »der arbeiterklasse« gelandet, wie ihr rasant schließt, sondern ganz bewußt bei den »gesellschaftlichen akteurInnen, die die objektive macht haben (können), die herrschende ordnung umzuwälzen«. diese »gesellschaftlichen akteurInnen« umstandslos als geschlechtslose und »rassen«-neutrale »arbeiterklasse« zu verstehen, ist ausdruck eurer »weißen flecken«.

eure behauptung, daß proletarierInnen meist dort die besten kampfbedingungen hätten, wo »das kapital sie zusammengebracht hat« ist die bemerkenswerteste einschätzung von migration auf diesem erdball, die ich bisher gehört habe. »um kämpfen zu können, gehen sie dorthin, wo sie bessere bedingungen erwarten.« (WC 57) die flucht vor krieg, hunger, folternden diktaturen in einen marginalisierten metropolenkampf als eigenen wunsch und nicht als zwang darzustellen, grenzt an zynismus. auch euer satz »viele frauen verlassen das haus und suchen sich eine arbeit (...) sie suchen veränderung« ist eine merkwürdige darstellung, sollte sie frauenspezifische fluchtgründe umschreiben sollen.

abstraktionen wie »die männer« oder »die weißen frauen« usw. die ihr als »quasi-biologische« kategorien sehr richtig benennt, werden in 3:1 konsequent angegriffen, wenn alle diese abstraktionen auf ihre »konkrete zusammensetzung« aus geschlecht, klasse und »rasse« hin untersucht werden. dies ist kein rückzug auf »moral«, denn die triple-oppression-analyse beruht auf materiellen herrschafts-, ausbeutungs- und unterdrückungsverhältnissen. das einzige, was als »moral« zu verstehen sein kann, ist die aufforderung zur solidarität.

ein besonderer schnitzer in eurem brief: den wieder aus zwei längeren absätzen herausgerissenen satz (seite 36 in »metropolen(gedanken)«) »von 'rassenbewußtsein' motivierte kämpfe sind als Schwarze kämpfe antirassistisch« kommentiert ihr urkomisch mit: »lass die armen Schwarzen ruhig mal rassistisch sein« (WC 57). Nach 500 jahren weissem rassismus mit millionen Schwarzen opfern müßt ihr ausdrücklich darauf hinweisen, daß auch Schwarze »rassistisch« sein können. das entspricht hinweisen darauf, daß »auch frauen männer schlagen«, »auch kapitalistInnen arbeiten«, »auch jüdInnen deutsche umgebracht haben«. diese drei hinweise wären euch sicher nicht unterlaufen – wieso aber grad jener?

im letzten absatz eurer kritik schreibt ihr, 3:1 würde die tendenz der autonomen linken, sich in lauter »mikrowidersprüche« (da höre ich bei diesem schönen neuen begriff die alten »nebenwidersprüche« aber trapsen!) zu verrennen und sich von jeder sozialen realität abzukoppeln, verstärken. tatsächlich wird partikularismus und atomisierung der linken in individuen in 3:1 kritisiert; verweise auf die klassenlage der autonomen linken, nachdrückliche hinweise auf die notwendigkeit von organisierung entlang authentischer unterdrückungsverhältnisse, bzw auf deren grundlage noch darüberhinaus zu einheiten gegenüber einem vollständiger definierten feind. (seite 51-58 in »metropolen(gedanken)«)

und wie könnt ihr damit leben, daß genau diese autonome linke die masse der WC-leserInnen stellt?

klaus viehmann,
knast werl,
ende dezember 91

p.s. da ich aus knast-technischen gründen die WC nicht mehr im abo, sondern einzeln von nem laden bekomme, habe ich die wc 57 erst spät erhalten und konnte nicht vorher schreiben. falls ihr diese antwort nicht in der WC 58 noch unterbringen könnt – was ich will! – wird sie noch an die interim geschickt.

apropos Arbeitskämpfe;
dieses Flugblatt haben wir eine Woche lang vor dem Taxidienst am Südstern verteilt. Es ist zwar ziemlich defensiv formuliert, beschreibt aber trotzdem ungefähr die Auseinandersetzungen, die wir in den letzten Monaten mit dem Betrieb geführt haben. Vielleicht habt ihr Lust es zu bringen.

MITTEILUNG AN ALLE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN DES TDS

In den letzten Wochen hat der Taxidienst am Südstern einer Fahrerin und zwei Fahrern gekündigt. Andere erhielten dubiose Schriftstücke, in denen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen angekündigt wurden.
Wir wollen mit diesem Flugblatt die Ereignisse der letzten Monate noch einmal schildern und richtigstellen, da im Büro falsche Informationen und zum Teil auch Lügen verbreitet worden sind. Jürgen Arndt phantasiert öffentlich von einer Gruppe, die seinen Betrieb "unterwandert" hätte. Tatsächlich scheint es sich bei den Maßnahmen der letzten Wochen , um eine späte Rache dafür zu handeln, daß sich der TDS vor 1 1/2 Jahren gezwungen sah, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle Beschäftigten zu finanzieren. Ein Rechtsanspruch, von dem neu anfangende Fahrerinnen und Fahrer immer noch nicht benachrichtigt werden.
Die Lohnfortzahlung wird inzwischen von sämtlichen Kreuzberger Taxibetrieben bezahlt, und ist längst nicht mehr rückgängig zu machen. Stattdessen versucht der Betrieb seine Gewinne durch andere Maßnahmen in die Höhe zu schrauben. So z.B. durch
-die ungenügende Wartung und Reinigung der Taxen,
-die Androhung, Fehlfahrten selbst bezahlen zu müssen,
-die Einführung eines Kilometerschnitts,
-eine dem Umsatz entsprechende Vergabe der Taxen,
-und nicht zuletzt durch die drei Kündigungen.
Wir wollen die ohnehin angespannte Situation im Betrieb nicht unnötig verschärfen. Jedoch ist Jürgen A. zu einem Gespräch über die ausgesprochenen Kündigungen nicht bereit. Er zieht sich in seine Schmollecke zurück und stellt sich selbst als Verfolgten dar, während er es ist, der gleichzeitig neue Verschärfungen einführt.
Dieses Flugblatt, das bisher von ca. 20 Fahrerinnen und Fahrern getragen wird, ist ein nochmaliger und letzter Versuch die derzeitige Konfrontation am TDS zu entschärfen. Hierzu apellieren wir an die Vernunft von Herrn Arndt. Deshalb wollen wir hiermit die Diskussion über die Ereignisse der letzten Wochen verbreiten. Wir wollen die von den Kündigungen betroffenen in diesem Konflikt nicht alleine lassen, und dem Hirngespinnst der "radikalen Gruppe, die mich ruinieren will" ein Ende bereiten. Hierzu ist eine Veröffentlichung der Ereignisse unerläßlich.

-Im Okt 91 wurde ein Kollege, der regelmäßig Do und Sa arbeitete, während seiner Schicht über Funk ins Büro zitiert. Ohne Vorwarnung wurde ihm dort mitgeteilt, daß er ab sofort kein Auto mehr bekommen würde. Begründung: dreimaliges Absagen der Schicht in 2 Monaten. Die drei Absagen resultierten aus einer chronischen Krankheit, die dem Betrieb (dummerweise!) nicht durch einen Gelben Schein angezeigt worden ist. Trotz mehrmaligen Anfragen kam ein Gespräch mit Jürgen A. erst nach mehreren Wochen zustande. Da Jürgen A. bei diesem Gespräch keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen ließ, klagte der Kollege gerichtlich auf Wiedereinstellung. Wir werden ihn dabei unterstützen!

-Diese Kündigung war der Anlass dafür, daß wir uns im Dez zu einer FahrerInnenversammlung getroffen haben. Es bestand Einvernehmen darüber, daß die Kündigung nicht hingenommen werden kann, und daß es auch an anderen Punkten einer dringenden Änderung bedarf. Die übrigen Forderungen, über die wir ein Gespräch mit der Betriebsleitung führen wollten, waren folgende:

-Ausgleich für den Wegfall der Berlinzulage
-Bezahlte An- und Abfahrten (insbesondere für Frauen)
-Auszahlung der uns rechtmäßig zustehenden Leistungen wie Urlaubsentgeld, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld
-Sicherere Gestaltung der Schlüsselübergabe in der dunklen Toreinfahrt.

Hinzu kommt eigentlich noch die Forderung nach einer besseren Pflege der Taxen. Gerade in den Wintermonaten ist der Zustand der Taxen saumäßig. Unseren Kollegen, der mit der Reinigung beauftragt ist, trifft dabei keine Schuld. Er ist selbst völlig unterbezahlt. Die Betriebsleitung ist für die Reinigung der Taxen verantwortlich. Die derzeitige Regelung führt dazu, daß wir bei jeder zweiten Schicht durch die Waschanlage fahren müssen und dadei unbezahlt arbeiten. Eine **Bezahlung der Arbeitszeit, die für die Reinigung beansprucht wird** ist deshalb unerläßlich.

-Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, sind wir dann zu zwölft ins Büro gegangen. Susanne, die uns ja vor einiger Zeit als neue Geschäftsführerin vorgestellt wurde, gab dabei zu erkennen, daß eine Rücknahme der Kündigung nicht in Betracht komme. Zumindest gestand sie ein, daß die Form der Kündigung nicht ganz korrekt gewesen sei. Außerdem sicherte sie bei dem gemeinsamen Bürobesuch zu, daß sie die Resolution an Jürgen weitergeben wird und ein weiteres Gespräch Anfang Januar stattfinden soll.
Diese Zusage wurde vom TDS nicht eingehalten. Heute wissen wir, daß wir dadurch von Anfang an verarscht wurden. Während wir wochenlang auf einen Gesprächstermin warteten, schuf der TDS Fakten.

-Am 1.1.92 wurde einem weiteren Fahrer fristlos gekündigt. Die Begründung ist diesmal ein angeblich zu schlechter Kilometerschnitt. Der betroffene Fahrer, der erst vor kurzem seinen P-Schein gemacht hat, bat mehrmals um ein klärendes Gespräch mit Jürgen A., da er von einem angeblich existierendem "Mindestkilometerschnitt" nie informiert worden ist. Der TDS lehnte ein Gespräch ab. Für uns gilt weiterhin: **kein Kilometerschnitt**

-Eine Woche später bekamen vier Fahrerinnen einen Brief vom TDS, durch den eine Veränderung ihrer Verträge angekündigt wurde. Der Inhalt: "Liebe Kollegin, ... Ich bitte daher um Verständnis, daß künftig Fehlfahrten grundsätzlich nicht mehr anerkannt werden, es sei denn, es wird ein Polizeiprotokoll über eine Fahrgeldunterschlagung vorgelegt." Dieses Schreiben ist unseriös. Es bleibt dabei:
Jede Fehlfahrt wird auf Heller und Pfennig abgerechnet.

-Im Dezember gab der TDS unerlaubt Daten einer Fahrerin an die Polizei weiter. Und das auch noch über Telefon. Mit dem entsprechendem Vorfall hatte die Fahrerin allerdings nichts zu tun, da sie eine ganz andere Taxe gefahren war. Daraufhin beschwerte sie sich schriftlich und erhält 2 Tage später folgende Kündigung: "Liebe Kollegin, ... Zu diesem Maßnahmenkatalog gehört auch die Änderung der Beschäftigtenstruktur. Ich bitte daher um Verständnis, daß wir dich bei der Vergabe der Fahrzeuge nur noch bis zum 31. Januar 1992 berücksichtigen können und nach diesem Zeitpunkt die Zusammenarbeit aufkündigen müssen." Wir fordern vom TDS:
Sofortige Rücknahme aller Kündigungen

Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer Kampagne des TDS durch die der Betrieb umstrukturiert, und die Gewinnspanne wieder erweitert werden soll. Wenn wir uns jedoch die florierenden Nebentätigkeiten von Herrn Arndt anschauen, können unsere Fahreinnahmen dermaßen schlecht nicht sein. Unsere Arbeit hat ihm den Einstieg in die Versicherungsbranche ermöglicht; die kaputten Wirbelsäulen werden im arndtschen Bettenkonzern 'Schlafwandel' vergoldet, und die familieneigene Tauchschule auf Curacao dürfte auch nicht im Lotto gewonnen sein.
Von der Betriebsleitung wird zum Teil eine andere Darstellung der Ereignisse verbreitet. Jede und jeder bekommt eine andere Geschichte aufgetischt. Für den einen ist jederzeit ein Taxi bereit, die andere muß sich zwei Wochen vorher anmelden. **Uns reichts!!** Wenn die Betriebsleitung zu ihren Informationen stehen kann, soll sie diese auch für alle öffentlich vertreten.

Wir arbeiten nicht aus Spaß und lassen uns erst recht nicht unsere Standards zurückschrauben.
Wir wollen unsere Erfahrungen austauschen, damit wir dem Betrieb nicht vereinzelt ausgeliefert sind.
Die sofortige Zurücknahme aller Kündigungen ist für uns eine Voraussetzung für jede weitere Gesprächsbereitschaft.

...und das ist erst der Anfang...

Erster NOlympics-Prozeß wegen angeblichem "Schweren Landfriedensbruch pp"

Fr. 13. März 92

Mo 16.9.91. Der erste Tag der Nolympia-Woche anläßlich des IOC-Besuchs geht zu Ende. Die Demo hat sich vor knapp 3 Stunden unter massiver Bullenpräsenz vor dem Grand Hotel "selbst" aufgelöst, nach Rangeleien vor der Staatsoper verschiebt sich das Geschehen allmählich auf den Alex, wo wenige hundert Leute sich dann noch das übliche Katz-und Mausspiel mit den Bullen liefern.

Mit 5 Leuten verlassen wir den Alex zu Fuß Richtung Westen. Unter den Linden treffen wir einige andere Leute, die in die gleiche Richtung unterwegs sind. Ein junger Mann kehrt uns nach vergeblichen Anlabereien enttäuscht den Rücken und steigt in die nächste Wanne ein, die vorbeikommt. Rund 1.500 Bullen bevölkern den ansonsten fast ausgestorbenen Kiez. Der Film wird immer seltsamer. Ein weiterer junger Mann (im Szene-Outfit) stößt zu uns und erzählt uns permanent, obwohl er von mehreren Leuten mißtrauisch abgewiesen wird, daß in der Staatsoper jetzt Pause sei und das doch die Gelegenheit wäre, da jetzt reinzukommen (das IOC verbringt dort gerade einen gehobenen Kultur-Abend).

Wir gehen natürlich nicht zur Oper, erstens wollten wir da sowieso nicht hin und wenn, dann hätten wir es spätestens jetzt gelassen, nachdem klar ist, daß sie uns genau dort hinhaben wollten. Die Absicht ist einfach klar wie nur was. Deshalb wechseln wir ein ganzes Stück vor der Staatsoper (vor der dutzende behelmte Bulle Objektschutz stehen) die Straßenseite, was der Objektschutz zu verhindern sucht. Aus der sich daraus ergebenden Rennerei gehen wir -erstmal- als die Schnelleren hervor und sammeln uns vor der Humbold-Uni.

Erst als uns dort jemand allen Ernstes und mit Feuereifer versucht Pflastersteine zu verkaufen (4 Stück 2.-), während aus Richtung Alex 50-100 Bullen auf uns zugerannnt kommen, kapieren wir endlich, daß sie uns auf jeden Fall abgreifen wollen, nicht nur an der Oper. Zu spät allerdings. Massenhaft Bullen und Wannen, die plötzlich aus dem Nichts auftauchen als hätten sie nur auf uns gewartet (haben sie wohl auch!), drängen uns in die Universitätsstrasse, von deren anderem Ende - welch ein Zufall - auch schon diverse Wannen kommen. Der verwilderte Garten der Uni wird mit Suchscheinwerfern ausgeleuchtet um uns aus den Büschen zu zerren.
Eine völlig unbeteiligte Gruppe von Leuten steigt aus einem gerade geparkten Auto und wird gleich mitfestgenommen (Anzeige: Landfriedensbruch), wie überhaupt alles, was sich gerade in der Straße befindet und nicht uniformiert ist. Darunter Anwohner, Kinder und ein sportbegeisterter Olympia-Fan.

Am nächsten Tag lesen wir in der Zeitung wir hätten die Staatsoper stürmen wollen. Was'n Zufall. 30 Leute sind in Endeffekt festgenommen worden. Alle potentiell unbeteiligten Zeugen sind als "beteiligt" abgestempelt: Eine Anzeige wegen Landfriedensbruch bekommen alle, einige wegen Schweren Landfriedensbruch. Eine Frau landet im Krankenhaus, der Rest in Moabit -eine Nacht und einen Tag lang- die üblichen Schikanen, ED-Behandlungen und Vernehmungen ohne Ende.
So dreist die ganze Sache auch ist, es ist IHNEN tatsächlich nicht zu lächerlich Leute deswegen mit monatelangen Meldeauflagen zu belegen und zu bespitzeln und jetzt auch noch Prozesse anzufangen.

Das ist erst der Anfang.
Für Olympia in Berlin wird hier eine Repressionswelle ins Rollen kommen, gegen die Vorkommnisse wie die oben geschilderte Szenerie höchstens noch zu belächeln sind. Was für ein Boom an High-Tech-Überwachung und Allroundbespitzelung uns allein die Bewerbung zur Olympiade bringen wird (auch wenn der Zuschlag dann doch an eine andere Stadt geht) läßt sich erahnen, wenn Diepgen schon jetzt voller Stolz -selbstverständlich auch für das Vorfeld der Spiele- die "enge Kooperation mit den für Sicherheit zuständigen nationalen und internationalen Behörden" ankündigt, ganz abgesehen von der mal eben nebenbei erwähnten "personellen Verstärkung aus Bund und Ländern sowie der Bundeswehr". Und damit das Ganze nicht gar so brutal klingt, wird noch betont, daß die Olympische Familie nicht nur "wirksam" sondern v.a. auch "dezent" geschützt werden soll -"Voraussetzungen hierfür werden bereits bei Bau und Modernisierung der künftigen Olympiastätten durch die Berücksichtigung entsprechender Anlagen geschaffen"...

wir wissen, was wir zu tun haben ...

Laßt uns gemeinsam dafür sorgen, daß SIE diesen Auftakt olympischer Repression nicht ungestört begehen können -spucken wir ihnen schon bei der Eröffnungsveranstaltung in die Suppe! Auf daß ihnen ihre Lügen im Halse steckenbleiben ...

Prozeß
Freitag, 13. März 9 Uhr
Moabit
Turmstr. 91
Raum 1/456

Fackeln für Olympia

Also: FREITAG, DER 13. - NOLYMPICS-TAG !!!!!!!!!!!

Morgens zum Prozeß und nachmittags (17.30 Uhr) zur definitiven Anti-Olympia-Party rund um die HDK. Dort wollen wir mit unseren allerliebsten Freunden Willi Daume, Eberhard Diebchen, Wolli Nagel und anderen heiß ersehnten Gästen die Ausstellungseröffnung "Schinkelwettbewerb Olympia-Feststadt Berlin 2000" feierlich begehen!

OLYMPIADE IN B...?

Unser kleiner Buch-Tip zu Nolympia

In diesen Tagen haben wir unsere "Streitschrift": "schMächtige Körper - Anti-Olympisches", in guten Buchläden und Kneipen ausgelegt. Demnächst wird ein weiterer Reader zu diesem Thema vom AOK herausgegeben. Zwei Broschüren, davon eine "inhaltliche" von einer Minderheit im AOK (die Mehrheits-Broschüre soll "informativ" sein) - das ist kein Zufall:
Unser Beitrag sollte eigentlich in einem AOK-Reader enthalten sein. Insbesondere an den letzten beiden Teilen unseres Textes machten sich im AOK aber inhaltliche Unterschiede fest. Die "Mehrheit" benutzte diese, sich mit der Absicht, diesen Teil nicht abzudrucken, durchzusetzen.

In der heftig geführten Diskussion wurde klar, daß Sprache und Inhalt des Textes insgesamt abgelehnt wurden. "Satz für Satz, Wort für Wort", sollte nach einem an diesem Punkt nicht möglichen "Konsens" gesucht werden. Die Entschiedenheit und Vehemenz, mit der der Abdruck des Textes verweigert wurde (Hauptargument: wir würden eine straighte Faschisierungsthese aufstellen), hat uns dann schon überrascht. Zwei Drittel des AOK legitimierte ihr Vorgehen über eine Mehrheitsentscheiung. Diese Art von Nicht- (oder besser: Un-) Auseinandersetzung sind wir nicht bereit zu akzeptieren. Unserer Position, daß sich in einem Reader eines solchen Zusammenhangs auch unterschiedliche politische Positionen wiederfinden müßten, so sie vorhanden sind, konnten und wollten die Mehrheits-AOKlerInnen nichts entgegensetzen: gleich mehrere erklärten ihre Ablehnung mit dem Argument, für ein eigenes (Positions)papier zu unserem Text keine Zeit zur Verfügung zu haben. Weil dem so sei, werde es mit dem Text keinen gemeinsamen Reader geben können.

Hinter dieser anstrengenden pseudo-formalen Debatte stehen zwei unterschiedliche politische Herangehensweisen. Innerhalb des AOK gibt es eine breite Tendenz, sich einen Schleier von Mehrheiten (von SchrebergärtnerInnen bis zur PDS) aufzubauen, mit denen Olympia 2000 zu verhindern wäre. Da diese Klientel nur über ihre Scholle, und konkrete Umstrukturierungen in ihrem Kiez anzusprechen sind, müßte angeblich hier der Hebel angesetzt werden und jede weitere Thematik, die sie vergraulen könnte, vermieden werden.
Unsere Absicht war und ist hingegen der Versuch, am Beispiel Olympia 2000 unter uns einen (den seit 1989 veränderten Gegebenheiten) angemessenen eigenen Politikansatz zu diskutieren, darüber Klarheit zu kriegen, und uns nicht von vornherein an Bündnisfragen abzuarbeiten.
Wir meinen, anstatt die Zustände in diesem Land mit einem Schleier zu überdecken, ist diesem Volke ein Spiegel vorzuhalten. So haben wir versucht, die Zusammenhänge der Nazi-Olympics mit einer Neu-Inszenierung aufzuzeigen, wo eine brisante Mischung aus Medien, nationalen Sinngebungsversuchen und dem kultischen Ort der ersten Spiele vor dem Hintergrund des Zustandes der wiedervereinigten Nation möglich wäre. Diese Realitäten können und wollen wir nicht verschweigen.

Schärfer: Der starre Blick auf die Scholle des Laubenpiepers innerhalb des AOK verhindert die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema, und (schlimmer): sie ist auch nicht erwünscht.
So ist es für uns nicht zufällig, daß gerade die Auseinandersetzung mit den Spielen 1936 im faschistischen Deutschland und deren Konsequenzen für eine Anti-Olympia-Diskussion nicht stattfinden soll. Gleichzeitig wird aber festgestellt, daß ohne Alibitext zum Thema man/frau nicht vor die Sceneöffentlichkeit treten kann. Dieses Alibi wollten wir so nicht liefern (Um uns keinem Erpressungsvorwurf auszusetzen, haben wir trotzdem zugestimmt, daß unser Test ohne seine Schlußfolgerungen und Ergebnisse in dem "Mehrheitsreader" abgedruckt wird).
Wir wollen aber unseren Text nicht zerreißen lassen und haben deshalb den vollständigen Text als AOK/Opposition veröffentlicht.

Ohne den Willen zu inhaltlichen Auseinandersetzungen, ohne den Willen, unsere Positionen auch gegen wahrscheinliche Mehrheiten zu behaupten, bleibt uns nur der Frust, nach acht Jahren abermals "verloren", - und nicht mal zu den eigenen Sachen gestanden zu haben: ob überhaupt "gewonnen" werden kann, steht ohnehin in Zweifel.
Mit dem Abarbeiten an Bündnissen, mit dem - uneingestandenen aber faktischen - Zugeständnis, die gefundenen BündnispartnerInnen inhaltlich nicht in Verlegenheit zu bringen, werden wir nicht erst in acht Jahren mit der Zunge den Fußboden lecken.

Wir würden das einzige Pfand, unser Wissen und Tun, aufgeben. Ohne Kopf und Hände aber wollen wir nicht leben.

A O K /Opposition (kleine winzige Minderheit)

aus "telegraph" Nr.3/92

HUT AB GENOSSEN !

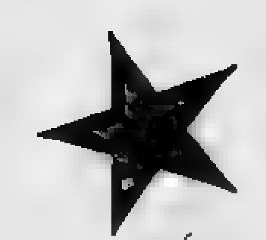
"Die Kampagne gegen das ehemalige MfS" werde dazu beitragen, so schreiben Stasi-Generäle in einem Brief an den Präsidenten des Verfassungsschutzes Werthebach, daß auch die westlichen Geheimdienste Sympathien im Volk verlören. Eines Tages werde die Forderung laut werden, "die noch existierenden Dienste abzuschaffen und Einsicht in die dort gespeicherten Namen und Daten zu erhalten."
Besser könnten wir eine der wesentlichen Intention für unsere Aufarbeitung des Komplexes Staatssicherheit auch nicht formulieren.
Nach jeder neuen "Enthüllung" hören wir von Menschen aus der Ex-BRD, die sich selbst als links bezeichnen, die Vorwürfe, wem nützt die "Stasihysterie", das lenkt nur von wesentlichen aktuellen Problemen ab, bis hin zum Vorwurf wir seien die "Totengräber des Sozialismus" (K.Croissant).
Nun wissen wir von Till Meyer (ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni, TAZ-Redakteur und Stasimitarbeiter) wie er und andere "Westrevolutionäre" GEGEN uns, die DDR-Opposition vorgegangen wäre. "Härter als die Stasi und unter Umständen mit Waffengewalt". Deutlicher hätte der "Kämpfer für eine gerechte Sache" die geistigen Wurzeln nicht interpretieren können- die Stalins. Eine Aufarbeitung des Stalinismus, das zeigt die Stasidiskussion, hat sich in der Praxis der BRD-Linken nie wirklich niedergeschlagen.
Vom Westen aus wurde die Opposition in Ost- und Mitteleuropa zu keiner Zeit in ihrer unterschiedlichsten Vielseitigkeit wahrgenommen. Einzig konterrevolutionäre Aspekte wurden ihr zugeschrieben.
Die Schlußfolgerung ist dann auch logisch. Das Beste für die Ostdeutschen wäre, die "Hexenjagd" (übrigens eine infame Beleidigung für die von der Inquisition verfogten Menschen, sie verbal gleichzusetzen mit Spitzeln und Despoten) , das Wühlen in der Vergangenheit einzustellen und die Akten zu schließen. Hier ist man sich dann komischerweise einig mit Diestel, Süßmuth und Co, mit den BRD Geheimdiensten, was, wenn ich mich richtig erinnere, als Klassenstandpunkt bezeichnet wird. Irgendwo ist das alles auch verständlich. Eine andere Position würde ja heißen über eigenes Denken und Verhalten, über eigene Enttäuschungen und Fehler, eben über die eigene Vergangenheit nachzudenken. Und das schmerzt.
Auch von anderen "fortschrittlich denkenden" Menschen werden immer nur unüberlegte Äußerungen einiger DDR-Oppositioneller zur Kenntnis genommen, anstatt prinzipiell über Staatssicherheitsdienste nachzudenken.
Empfohlen sei deshalb auch für sie vier Fragen von Wanja Abramowski (ehemaliger Hauptmann des MfS und seit 1989 Mitglied des Neuen Forum).

- Durfte die DDR überhaupt einen Geheimdienst haben ?
- Hatte die DDR ein historisches Existenzrecht ?
- War " Sozialismus" ohne Unterdrückung machbar ?
- Welche Mittel darf ein Mensch, ein Staat zur Durchsetzung politischer Ziele nicht anwenden ?

Diese Fragen sind nicht nur für das Verstehen des Staates DDR und der gesamten Entwicklung der sozialistischen Bewegungen, Parteien, Staaten in diesem Jahrhundert wichtig, sondern vor allem auch für die Zukunft.
Eine verklärte Einstellung zur ehemaligen DDR verwundert um so mehr. Die Tatsache, daß die DDR überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun hatte wird verdrängt. Schalk war der BusenFREUND von Strauß. Mielke ein Sozialisten- Schlächter vom spanischen Bürgerkrieg bis Oktober 1989. Die Staatssicherheit arbeitete mit westeuropäischen Faschisten zusammen und verweigerte jüdischen Organisationen den Einblick in die Kriegsverbrecherarchive.
Dies alles ist längst bekannt, aber ohne Auswirkungen auf das Denken linker Gruppen. Die Einen verwechseln immer noch demokratischen Sozialismus mit bürgerlicher Demokratie, die Anderen lehnen Selbstkritik aus Angst vor Anfeindungen und Selbstzerfleischung ab.
Das die Systemerhalter der bürgerlichen Gesellschaft, von Journalisten bis zum Bundestag, versuchen, den Kalten Krieg im Nachhinein zu gewinnen, ist klar. Ein "Sieger" braucht Verlierer. Denen wird mit unglaublicher Peinlichkeit noch das Totenkleid geklaut. Einem halbtoten Ex-Minister, ehemaliger Verhandlungspartner nun ohne Macht, stiehlt man im "Goldenen Knast" seinen Lederhut. Über solche kindischen Aktionen, könnten wir lachen, schickten sich die Rächer nicht an, ernsthaft und tödlich, die Welt zu regieren.
Der Begriff "DDR-Identität" (die meisten Ostdeutschen verstehen dies nicht als nachträgliche Akzeptanz der ehemaligen DDR-Regierung) läßt scheinbar die "Sieger" immer noch im Schlaf erschaudern. Natürlich sind die "Sieger" vehement bemüht, die "Enthüllungen" auf das Gebiet der Ex-DDR zu beschränken.
Schwieriger wird es mit Tendenzen unter ostdeutschen Oppositionellen. Oft scheint es vor allem darum zu gehen, alte Rechnungen zu begleichen und die eigene Rolle in der Zeit der Opposition aufzuwerten. Von historischer Aufarbeitung und Weiterführung des Kampfes gegen momentan bestehende Geheimdienste keine Spur- dafür aber ist die radikale Offenlegung des Komplexes Staatssicherheit eine Voraussetzung und Chance!

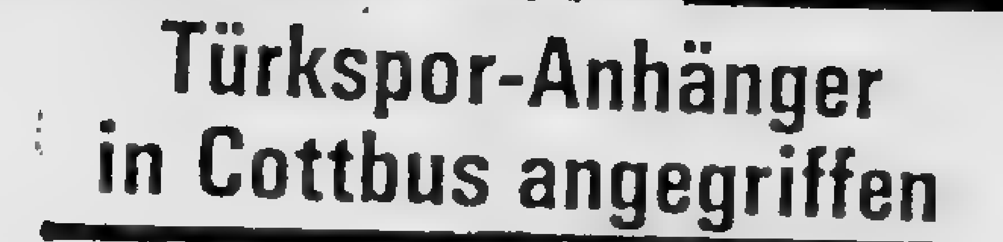


NAZI-TERROR IN COTTBUS!!



Türkische Fußballklubs aus Berlin in Nöten

„Man muß um sein Leben fürchten"



Türkspor-Anhänger in Cottbus angegriffen

FUSSBALL/KRAWALLE

Türkische Klubs leben in Angst

Der Schock sitzt tief. „Es ist eine traurige Entwicklung, daß eine Fußball-Mannschaft mit Angst vor Ausschreitungen zu einem Auswärtsspiel reisen muß", sagt Wolfgang Sandhowe, der deutsche Trainer des Oberligisten Türkspor, erschüttert nach den Ereignissen am Sonntag. Jagdszenen in Cottbus: Eine Gruppe von rund 150 rechtsradikalen Hooligans griff unter dem Ruf „Türken raus" die aus Berlin angereisten Türkspor-Fans mit Feuerwerkskörpern an. Nur unter Einsatz zusätzlicher Kräfte konnte die Polizei nach der Halbzeitpause die Eskalation der Gewalt verhindern.

„Aus Sicherheitsgründen wurden unsere Anhänger nach dem Schlußpfiff in das Sport-Casino gebracht, bis die Hooligans abzogen. Unser Mannschaftsbus erhielt bis zur Autobahn Polizeischutz", berichtet Sandhowe, der den Verantwortlichen von Energie Cottbus „ein ganz hervorragendes Verhalten" bescheinigt.

Die Angst bleibt dennoch. „Am 15. März müssen wir nach Magdeburg. Als ich dort im Herbst ein Spiel beobachtete, wurde mir bereits Gewalt angedroht", erklärt Sandhowe. Am 8. März tritt Türkiyemspor, ein Klub mit einem großen Fan-Potential, in Cottbus an. Sandhowe: „Auch für dieses Spiel hat die Hooligan-Szene Aktionen angekündigt. Die Polizei sollte gerüstet sein." *H. Bläsig*

BERLINER MORGENPOST 18.2.92

Ein Tag nach dem St-Pauli gegen Hertha BSC muß Türkiyemspor zu einem Auswärts-Spiel nach COTTBUS reisen. Diese Stadt ist eine der Faschisten-Hochburgen der östlichen Bundesländer. In Cottbus ist das Zentrum der "DEUTSCHEN ALTERNATIVE" um die Nazi-Köpfe RENE KOSWIG und ERWIN HÜBNER. Gerade in dieser Gegend ist die "DA" in der Lage, viele Leute für ihre Zwecke einzuspannen.

Zu spüren bekam dieses am 16.2.92 ein anderer türkischer Fußballverein aus Berlin, Türkspor. Die rd. 50 Anhänger wurden im Cottbusser "Stadion der Freundschaft" massiv von ca. 100 - 200 Nazis und Anhang bedroht. Die örtliche Polizei war - wieder einmal - völlig überrascht über die Ausländerfeindlichkeit ihrer Jugend und daher schlecht vorbereitet. Ihr gelang es nur mit Mühe, die Mannschaft und Fans von Türkspor zu schützen und in Sicherheit zu bringen (sprich: aus der Stadt zu eskortieren).

Für das Spiel gegen Türkiyemspor am 8.März (Beginn 14 Uhr) haben die Cottbusser Nazis weitere Aktionen angekündigt. Für uns Türkiyem-Fans bedeutet das, daß wir entweder aus Angst zu Hause bleiben oder uns nicht einschüchtern lassen und trotzdem nach Cottbus fahren. Bei den letzten Spielen von Türkiyemspor war dieses unter den Fans großes Gesprächsthema und die Meinungen darüber sind verschieden, aber viele werden trotz Ängste mitfahren. Wir fordern auch seit längerem jeden Fan auf, die Mannschaft nach Cottbus zu begleiten, denn je größer der antifaschistische Fan-Block, desto geringer ist die Gefahr von Nazi-Angriffen und desto größer ist für die Faschisten die Gefahr, selbst unter die Räder zu kommen.

Aus dieser Erkenntnis heraus fordern wir außerdem alle AntifaschistInnen auf, mit uns am 8. März nach Cottbus zu fahren, auf daß die "DEUTSCHE ALTERNATIVE" vollends unter die Räder gerät. Dazu gibt es die Möglichkeit, mit Fan-Bussen mitzufahren (Fahrpreis 20,-DM). Bus-Karten gibt es beim Reisebüro Özdemir, Kottbusser Str. 2. Die Busse sammeln sich vor der Fan-Kneipe "Zum Tor", Kottbusser Str. 6, und fahren <u>pünktlich</u> um 11Uhr los! Auch der Antifaschistische Fußball-Laden in der Brunnenstr.7 bietet für die Fahrt nach Cottbus Mitfahrgelegenheiten und Busse an. Alle Cottbus-FahrerInnen treffen sich am 8.3. um 10.30 Uhr in der Kottbusser Straße, wo wir weiteres Infomaterial verteilen werden. Bitte seid pünktlich!

Türkiyem-Fan-Club Kreuzberg
Antifaschistische Fussball-Fan-Initiative (A.F.F.I.) -Berliner Fussballfans gegen rechts



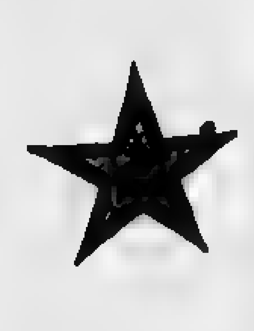
Jugendliche Ordner total überfordert

Über noch nicht erlebten Ausländerhaß klagten die Fans von Türkspor nach dem Spiel am vergangenen Sonntag in Cottbus. Wie ein ehemaliges Vorstandsmitglied, nach wie vor bei allen Spielen von Türkspor dabei, der Fußball-Woche mitteilte, waren die 40 – 50 türkischen Fans zunächst allein im Gäste-Block des Stadions untergebracht. Im Nebenblock standen rund 70 Hooligans und pöbelten, was die deutsche Sprache an Häßlichkeiten nur so hergibt. Später wurden die Fans von Türkspor auf die Tribüne gebeten, weil man von Cottbuser Vereinsseite glaubte, sie dort besser schützen zu können, doch die Folge war, daß China-Böller oder halbvolle Cola-Büchsen in die Gruppe flogen. Die wenigen Ordner, einige davon noch im jugendlichen Alter, waren total überfordert und hätten im Ernstfall keinen Schutz bedeutet.

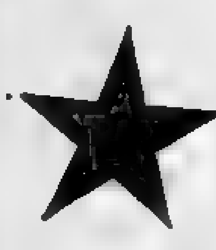
Lebensbedrohende Formen nahm dann die Aggression nach Spielschluß an. Die Hooligans hatten sich vor dem Stadion versammelt und warteten mit Wurfgeschossen aller Art, darunter auch große Steine, auf die türkischen Fans, die sich nicht zum Reisebus wagten. Die Polizei versuchte die Hooligans auseinander zu treiben, war dabei aber mit ihrer kleinen Besetzung überfordert, so daß es zu richtigen Jagdszenen kam. Erst weit nach Spielschluß konnten die türkischen Fans mit ihrem Reisebus und einigen PKWs, von der Polizei mit Blaulicht zur Autobahnauffahrt eskortiert, die Heimfahrt antreten. „Ich habe so etwas noch nicht erlebt", betonte Bülent Sabay, der vor allem die Klubleitung von Energie Cottbus kritisierte. „Man weiß doch dort, daß es eine Hooligan-Szene gibt und hätte viel mehr Polizei anfordern müssen." R.F.

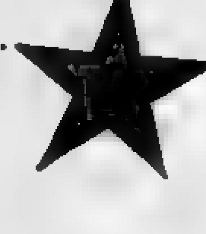
FUSSBALL WOCHE 24.2.92











IGFM - "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte "

WER VERBIRGT SICH DAHINTER !!!

Am 14. und 15.März beabsichtigt die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte " (IGfM) ihre Jahreshauptversammlung im "Bürgerhaus" Bensheim zu veranstalten und in diesem Rahmen auch ihr 20-jähriges Bestehen zu feiern.Da die wirklichen Ziele und Aktivitäten der rechts-konservativen bis faschistischen Organisation, mit diesem humanitär und harmlos klingenden Namen, kaum einem/einer bekannt sind, wollen wir uns im Folgendem bemühen etwas Licht in ihre üblen Machenschaften zu bringen.

ZUR GESCHICHTE DER IGfM

Die IGfM ging hervor aus dem NTS (Bund der Solidaristen), einem 1917 gegründeten revanchistischen Verband "weißer" Exilrussen.Während des 2.Weltkriegs kollaborierte der NTS offen mit den Nazi-BesatzerInnen in der Sowjetunion. NTS'lerInnen waren in der Zivilverwaltung zur Ausplünderung der besetzten Gebiete eingesetzt, betrieben Spionage für Rosenbergs Ost-Ministerium, führten Sabotage-Aktionen durch und beteiligten sich in Form einiger Gestapo-Trupps an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung, sowie der PartisanInnen-Bekämpfung.Diese Kollaboration wird auch nach dem 2.Weltkrieg vom NTS und seinen Nebenorganisationen als Suche nach einem sogenannten "dritten Weg" gerechtfertigt und gut geheißen.

Nach der Niederlage Nazi-Deutschlands und einem kurzfristigen Untertauchen der KriegsverbrecherInnen setzen die NTS'lerInnen ihre antikommunistische Arbeit unter der Schirmherrschaft der CIA und des IS (britischer Geheimdienst) fast nahtlos fort.Während die öffentliche Arbeit des NTS in den 50er und 60er Jahren in der Mitarbeit bei "Radio Liberty" in München, dem illegalen Sender "Radio Freies Rußland" und in der Publikation antikommunistischer Schriften über "Possev-Verlag" bestand, gab (gibt!) es im konspirativ-operativen Bereich eine gute Zusammenarbeit mit den Diktatoren in Südkorea, Taiwan, auf den Phillippinen und anderswo.

1972 rief der NTS zwecks besserer Beeinflussung der öffentlichen Meinung die "Gesellschaft für Menschenrechte" (GfM) ins Leben, die 1981 in IGfM umbenannt wurde.Die überwiegende Zahl der 13 GründungsmitgliederInnen sind ebenfalls NTS-Mitglieder oder stehen dem NTS nahe.

Die GfM dehnte ihre Aktivitäten sehr bald auf den gesamten Ostblock aus.Unter dem Deckmantel für "Bürgerrechte" zu kämpfen, versuchte sie auch in Zeiten relativer Entspannung den kalten Krieg zumindest ideologisch aufrecht zu erhalten.

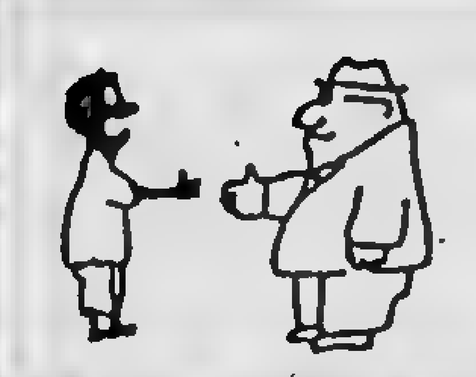
Ebenfalls wird auch heute noch versucht Neofaschistische Zirkel, wie z.B. die Russische Pamjat-Bewegung oder diverse alte Nazi-Kollaborateure, der westlichen Öffentlichkeit als Demokraten im gerechten Kampf gegen den Kommunismus zu präsentieren.

Zu Beginn der 80er Jahre gewann für die IGfM die Arbeit gegen nationale Befreiungsbewegungen im Trikont an Bedeutung.Zwar gab es schon vorher manipulierte, einseitige Berichte aus Guinea, Vietnam, Kambodscha, nun aber, mit der Ausweitung zur internationalen Gesellschaft, beschäftigte sich die IGfM verstärkt damit den imperialistischen Staaten im Kampf gegen die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen den Rücken zu stärken.

1986 betreibt die IGfM eine aufwendige Anzeigenkampagne gegen den Südafrikaboykott.Sie argumentiert, die Apartheid würde von den Herrschenden langfristig sowieso abgeschafft werden und Boykottmaßnahmen würden nur dem radikalen, kommunistischen ANC nützen.Die reaktionäre "Inkarta" wird von ihnen als wahre Befreiungsbewegung präsentiert, die Tatsache, daß die InkartaführerInnen lediglich Marionetten des südafrikanischen Geheimdienstes sind, ignoriert und verschleiert die IGfM.

Aber auch in allen anderen Regionen des Trikont bezieht diese Organisation Stellung, indem sie höchstens rechtsreformistische "Oppositionsgruppen" unterstützt,meistens jedoch die Diktatoren hoffiert.Die revolutionären Befreiungsbewegungen aber , ob FMLN in El Salvador, Swapo in Namibia, die Sandinisten in Nicaraqua, usw.werden durchweg als "Terroristen" bezeichnet.

Nach einem Treffen des IGfM Ehrenvorsitzenden Martin (Generalbundesanwalt a.D.) mit Chiles Diktator Pinochet berichtet Martin, daß Pinochet ein besorgter Landesvater und die Machtübernahme kein Putsch, sondern zur Rettung der Demokratie nötig gewesen sei.Auch gäbe es keine Folter in Chile.Zu Südafrika ließ Martin ebenfalls verlauten,es würde dort nicht gefoltert.





Außerdem seien die Farbigen selbst an ihren Lebensumständen schuld, da sie mit den Mächtigen nicht kooperieren würden.

Dies sind nur wenige Beispiele für die Zielsetzung der IGfM, die imperialistische Politik der Industrie-Nationen im Trikont zu unterstützen, die Liste ließe sich noch sehr weit fortführen...
Über zahlreiche Kontakte zu anderen rechten Organisationen , z.T. aber auch durch direkte Interventionen unterstützte (unterstützt!) die IGfM z.B. die Contras in Nicaraqua und die Rebellen in Afghanistan.Das einzige rechte Regiem was jemals von der IGfM kritisiert wurde, ist die Türkei; nicht aber wegen des Krieges gegen die KurdInnen, sondern "der Behinderung der Glaubensausübung"christlicher Minderheiten.Die KurdInnen, weil überwiegend linksorientiert, interessieren die IGfM nicht.

Die personelle Besetzung der IGfM ist, genau wie die Kontakte zu anderen Organisationen bzw. die Doppelmitgliedschaften , breit gestreut: Die Einflußmöglichkeiten reichen von rechten Organisationen, wie z.B. NPD, Wittikobund, Neue Rechte bis weit in die etablierten Parteien (hauptsächlich CDU und Junge Union) hinein.

Die Führung besteht aus,

dem Geschäftsführenden Vorsitzenden IVAN ARGUSOW (im zweiten Weltkrieg Angehöriger der Nazi-Gendamerie in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, beteiligt an der Verfolgung und Ermordung von JüdInnen und PartisanInnen
Ex-CIA-Mitarbeiter, Verantwortlicher für die IGfM--Zeitung "Menschenrechte"),
dem Generalbundesanwalt a.D. LUDWIG MARTIN (im 3.Reich Staatsanwalt in Nürnberg und Leipzig, als GBA verantwortlich für die Einführung der Isolationsfolter in BRD-Gefängnissen),
DR.REINHARD GNAUCK (beschäftigt an der "Deutschen Klinik für Diagnostik" die als Aktiengesellschaft geführt wird, HauptaktionärInnen die früheren GfM/IGfM-Vorsitzenden CORNELIA GERSTENMAIER und HELMUTH NITSCHE)
Vorstandssprecher JÖRN ZIEGLER (ehemaliges Mitglied des rechtsradikalen "Unabhängigen Schülerbundes" (USB), über den aktiven NPD-Funktionär FIEDLER und andere USB`ler-Innen gute Kontakte zum "Ostpolitischen Deutschen Studentenverband " (OSD) und zahlreichen anderen rechten Organisationen aus dem Dunstkreis revanchistischer Heimatvertriebener.

Kuratoriumsmitglieder sind unter anderem,

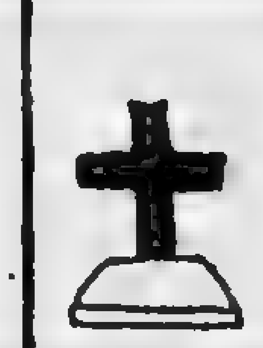
CONSTANTIN FREIHERR HEEREMANN (Präsident des "Deutschen Bauernverbandes", der den Rep`s 1989 zum Einzug in das Europa-Parlament gratulierte)
OTTO VON HABSBURG (Mitglied des Europa-Parlamentes für die CSU, Mitglied des Wittikobundes, Mitarbeiter des CEDI in Madrid (falangistische Propaganda), Mitglied des Zentralrates der Paneuropa-Union, Verteidiger des Smith-Regiems in Rhodesien, Mitherausgeber diverser ultrarechter Schriften, Befürworter der Todesstrafe, usw.)
PROF.DR.DIETER BLUMENWITZ (Mitvorstand des "Instituts für Völkerrecht" in Würzburg, NSDAP-Mitglied seit 1933, später aktiver SA-Mann, bis 1955 Vorstandsmitglied der "Abendländischen Aktion" über deren Manifest die Frankfurter Rundschau vom 20.02.1965 unwidersprochen schreibt: "Die "Abendländer" streben die Ablösung der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie durch einen autoritären Ständestaat klerikal-faschistischer Observanz an"; 1970 zusammen mit anderen CSU`lerInnen Hofamt der griechischen Faschisten-Junta, 1980 Hauptredner einer Propaganda-Veranstaltung für die chilenischen Junta, außerdem Referent für die "Hans-Seidel-Stiftung", Vertrauensmann der "Konrad-Adenauer-Stiftung" und Autor für die rassistische Paneuropa-Union)
PROF.DR.KLAUS MOTSCHMANN (Herausgeber der faschistischen Zeitschrift "Mut", Multifunktionär z.B. Hohenzollernkreis, rechtsklerikaler Vereinigung wie "Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland" etc.)
KLAUS HORTUNG (Autor in "Mut", Mitbegründer der "Konservativen Aktion", Autor in "Report" einer Zeitung der Vereinigungskirche C.A.R.P. (Moonsekte) einer der wichtigsten faschistischen Ideologen (Neue Rechte)

Außerdem noch im Vorstand sind

HELGA HALLER VON HALLENSTEIN (CDU-Stadtverordnete in Frankfurt)
Schatzmeister LEONID MÜLLER (Ex-CIA-Mitarbeiter,stellvertretender Vorsitzender der "Deutsch-Russischen-Gesellschaft", die als kulturell wertvolle Völkerverständigungsbewegung anerkannt ist, obwohl ihre Publikationen teilweise krasse revanchistische Propaganda, z.B. Verehrung des zu den Nazis übergelaufenen Sowjetgenerals Wlassow und seiner Truppen, enthalten.
PROF.DR.KONRAD LOW (Führungsgremium der "Konservativen Aktion")
NIKOLAUS FREIHERR VON SCHRENCK-NOTZING Mitherausgeber und Autor "Criticon" (Neue Rechte) unter dem Pseudonym Ignaz Seetaler Autor in der "Deutschen Nationalen Zeitung", Wittikone, etc, etc.)









Soweit einmal zur personellen Besetzung, auch hier ließe sich noch einiges an MitgliederInnen mit Kontakten oder sogar Doppelmitgliedschaften bei NPD, Reps und sonstigen faschistischen Organisationen aufzählen.

Angesichts der Breite des Feldes, welches der IGfM zur Einflußnahme zur Verfügung steht, wird natürlich klar, daß diese Organisation, wie auch alle angegliederten Gruppen und Grüppchen, keineswegs das kleine, unabhängige Häuflein von MenschenrechtlerInnen ist, als das sich die IGfM in ihren Publikationen gerne selbst darstellt. (Auch in seiner Einladung zur Veranstaltung in Bensheim verweist Argusow auf den "jahrelangen Kampf David gegen Goliat".)
Vielmehr ist dieser rechte Verein ein wichtiges Bindeglied zwischen offenkundig rassistisch und faschistisch orientierten Organisation und ihren geistesverwandten Mitgliedern in den etablierten Parteien oder in der Öffentlichkeit.

Auf Grund ihrer weitverzweigten Beziehungen und ihrer beruflichen Tätigkeit, ihren diversen Ämtern, usw, stehen der IGfM manigfaltige Möglichkeiten der Einflußnahme auf das öffentliche Bewußtsein offen.
Hochschulen, Presse, Medien, Parteien; es gibt kaum Bereiche des öffentlichen Lebens, über welche die IGfM nicht offen, oder wenn nötig verdeckt, ihre rechte Politik verbreiten könnte. Und genau das macht sie so gefährlich.

ZUKÜNFTIGE PERSPEKTIVEN DER IGfM

Oberflächlich betrachtet, scheinen viele bislang erwähnten Betätigungsfelder verschwunden zu sein: Die jahrelang bekämpften Systeme des Ostblocks bestehen nicht mehr, die angebliche Befriedung der Konflikte in Nicaraqua, Süd-Afrika, El Salvador und was die Medien sonst noch so präsentieren, mußte ja ein Engagement der IGfM auch überflüssig machen....

Es ist jedoch zu erwarten, daß die wahre Arbeit erst jetzt so richtig beginnt:
-Es gilt im Machtvakuum der Ostblockstaaten die ihnen genehmen Leute und Gruppen zu unterstützen und sich möglichst viel Einfluß zu sichern, ob "Christdemokraten", Rechts-konservative oder FaschistInnen ist da nicht so wichtig, Hauptsache nicht (mehr?) kommunistisch...
-Die Konflikte im Trikont sind keineswegs beendet. Durch das Wegfallen eines der zwei miteinander konkurierender Systeme, d.h. konkret die fehlende Hilfe der Sowjtunion für die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, ist eine Phase der Stagnation eingetreten.


Alle Gerüchte über Folterungen sind nichts als gemeine Propaganda!«

Da aber nicht zu erwarten ist, das die imperialistsichen Staaten nach über 500 Jahren Kolonialismus Grundsätzliches ändern werden, sind neue Konflikte in der 3.Welt vorprogrammiert und es besteht kein Zweifel daran, daß die IGfM ihre faschistischen Freund - Innen bei der Contra in Nicaraqua, den Todesschwatronen El Salvador, der Inkarta und anderswo weiterhin finanziell und ideologisch unterstützen werden. Es ist sicherlich mehr als eine nette Geste des Inkarta-Vorsitzenden und Chief-Ministers von "Kwazulu" (Bananenrepublik des Südafrikanischen Geheimdienstes) MANGOSUTHU G. BUTHELZI die Veranstaltung in Bensheim mit seiner Anwesenheit zu beehren....
-Doch auch die Abschottung des zukünftigen Vereinigten Europas gegen Flüchtlinge aus den Ländern der 3.Welt, bietet der IGfM wohl auch in Zukunft ein breites Betätigungsfeld, dem sie sich über ihre Kontakte zur Paneuropa-Union, zur "Neuen Rechten" und deren Zeitschriften "Mut" und "Criticon" sich wohl intensiv widmen wird.

ANTIFASCHISMUS:

AUF RECHTE SKINS UND OFFENSICHTLICH FASCHISTISCHE ORGANISATIONEN REDUZIERT ???

Faschismus und Rassismus, das ist nach dem allgemeinen Verständnis hierzulande, wenn FaschistInnen losziehen, AsylbewerberInnenheime anzünden, AusländerInnen verletzen und ermorden, ein FREY oder DECKERT etwas von "Deutschland den Deutschen" faselt....
Wenn die Bundesregierung aber immer diskriminierendere AusländerInnengesetzte beschließt oder demnächst die gesammte EG zur Festung Europa gegen die Betrogenen und Bestohlenen aus der 3.Welt ausgebaut wird, wenn täglich Flüchtlinge in die Hände ihrer Henker oder in den Hungertod abgeschoben werden, so wird das schlichtweg "demokratische Asylpolitik" genannt. So übel die Aktionen der offen agierenden FaschistInnen sind und so nötig es ist, daß sich möglichst viele Menschen solidarisch dagegen wehren :Der effektivere und für wesentlich mehr AusländerInnen gefährlichere Rassismus geht vom Staat aus. Rechte Schlägertrupps ermöglichen den Herrschenden sich als "nicht rechts", sondern "demokratisch" zu präsentieren, defacto aber unter der Hand die gleiche rassistische und sexistische Politik, nur eben hübscher verpackt, zu betreiben. Organisationen wie die IGfM, sowie deren Kontakte zu anderen Gruppierungen, unterstützen diese sogenannten Demokraten z.B. durch Pseudo-Menschenrechtsarbeit in den Fluchtländern, manipulierte Berichte über Situationen in der 3.Welt, pseudo.wissenschaftliche Studien ihrer zahlreichen ultrarechten Proffessoren, etc....

Die IGfM ist nicht auf Medien wie die "Nationalzeitung"oder noch unscheinbarere rechte Sektiererschriften angewiesen, sondern erhält auch in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" genügend Raum zur Verbreitung ihrer Propaganda. Ihre Argumentation unterscheidet sich dann auch qualitativ von den auf schlichtere Gemüter zugeschnittenen Gesabbel normaler FaschistInnenzeitungen.Für die meisten Menschen ist die eigentliche Strktur und Zielsetzung der IGfM ohne umfassende Hintergrundinformation nicht durchschaubar, darauf angesprochen was sie über die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" wissen, kommt, wenn überhaupt etwas kommt, zu 90%:"Das ist doch sowas wie Amnestie International, oder??

Diese Unwissenheit und wohl auch die Tatsache, daß die IGfM zwar krass rechts, aber nicht so offentsichtlich faschistisch agiert,waren wohl in der Vergangenheit die Gründe dafür, daß der Protest gegen ihre Veranstaltungen von wesentlich weniger Menschen (hauptsächlich von InsiderInnen aus Trikont-Soli-Gruppen) getragen wurde, als das z.B.bei offen faschistisch auftretenden Gruppierungen der Fall ist.

Wir halten es für falsch und unglaubwürdig anti faschistische und rassistische Arbeit nur auf die traditionellen FaschistInnen-Parteien und Organisationen zu beschränken und die Herrschenden plus ihre Lakaien nach Belieben schalten und walten zu lassen.

Wer mehr über die IGfM wissen möchte kann die 80seitige Doku"Propagandisten des Krieges,Hintermänner der Contra: IGfM" gegen 5 DM (briefmarken/Schein)anfordern bei: "GDF"/ c/o Infoladen Moskito/im AZ Heidelberg/Alte Bergheimer Str.7a/6900 Heidelberg

V.i.S.d.P.:St.Schorsch Am Rinnentor 1 6140 Bensheim

Deshalb rufen wir alle, die nicht länger einfach zusehen wollen, wie diese nadelgestreiften Ideologen der rechten unter dem Deckmantel der "Menschenrechtsbewegung" ihre menschenverachtende Politik betreiben

-KOMMT ZU EINER GEGENVERANSTALTUNG/KUNDGEBUNG AM SAMSTAG ,14.MÄRZ 1992 um 10.00UHR am MARKTPLATZ IN BENSHEIM
-VERBREITET DIESEN AUFRUF UND AUCH DIE INFORMATIONEN ÜBER DIE IGfM

Wir werden ihre Veranstaltung nicht verhindern können, aber wir können dafür sorgen, daß ihre üblen Machenschaften offensichtlich werden— also kommt ZAHLREICH!!

Autonome Antifaschistische Gruppen
Bergstraße / Rhein-Main / Rhein-Neckar

Neonazis machen Druck in Knästen:

Verschiedene neonazistische Organisationen verstärkten in den letzten Monaten ihre Agitation in den Knästen.
Mir sind Schriften aus dem Spektrum der "Nationalen Alernative","Nationalen Front" bekannt.
Schon immer hat es innerhalb der neofaschistischen Bewegung eine starke Unterstützungsarbeit für inhaftierte "Kameraden" gegeben. Allgemein bekannt ist hier ja die Arbeit der HNG ("Hilfs organisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige"). Sie halten Kontakt , versorgen "ihre Leute" mit Propagandamaterial und sorgen so für eine noch stärkere Einbindung in die militant rechtsextremistische Szene.
Die erhöhte Zahl von Festnahmen in Zusammenhang mit den rasssistischen Überfällen der letzten Monate dürfte der Anlaß für die in den Pamphleten formulierte "Offensive" sein.
Zitat aus einem Schreiben der "Hanseatischen Front"/Bremen, das von verschiedenen Gruppen aus dem NF/NA -Spektrum und der NSDAP/AO unterzeichnet ist:
"Desweiteren ist künftig der Knast neben Gewohnheitsverbrechern auch mit unseren Kampfaktivisten belegt. Dies bedeutet einen Rachefeldzug gegen Kinderficker und Drogendealer im Knast."
'Deutschland soll ja bekanntlich wieder sauber werden ' und jetzt soll in den Knästen 'aufgeräumt' werden.
Mit solchen Schreiben soll vorallem Druck ausgeübt werden:
"Da unsere einsitzenden Aktivisten Kontakte zur jeweils nächstliegenden Sturmtruppe unseren Bewegung unterhalten,ist von Gewalttaten gegen unsere Kameraden im Knast abzuraten! Sollte uns zu Ohren kommen, daß einem unserer Kameraden im Knast etwas zustößt, werden wir mit brutaler Härte gegen die Familie des Täters vorgehen!... Es ist die Zeit gekommen in der wir zur Waffe greifen. Innerhalb und außerhalb der Gefängnisse! Es ist eine Zeit angebrochen, in welcher Straftäter nun wirklich bestraft und nicht zur Erholung geschickt werden!".
Solche Schreiben gingen bundesweit an verschiedene Gefangenenzeitungen. Das Ziel ist klar ! Die Nazis setzen auf Einschüchterung - gerade, weil, was andere Berichte zeigen, ihre "Aktivisten" im Knast vielfach einen schweren Stand haben.
Solche Einschüchterungsversuche können jedoch nur dann Erfolg haben, wenn ihnen nicht kollektiv begegnet wird.

Deshalb macht solche Drohbriefe oder Angriffe von Nazis öffentlich!
Schreibt uns, wenn ihr solche "Post" erhaltet, wenn ihr von Nazi-Angriffen erfahrt.
Es steht zu befürchten, daß die Nazis den Druck auf ausländische Gefangene in den Knästen erhöhen wollen - Solidarisiert Euch !
Schaut nicht weg! - Greift ein!

Kein Fußbreit den Nazis - nirgendwo!

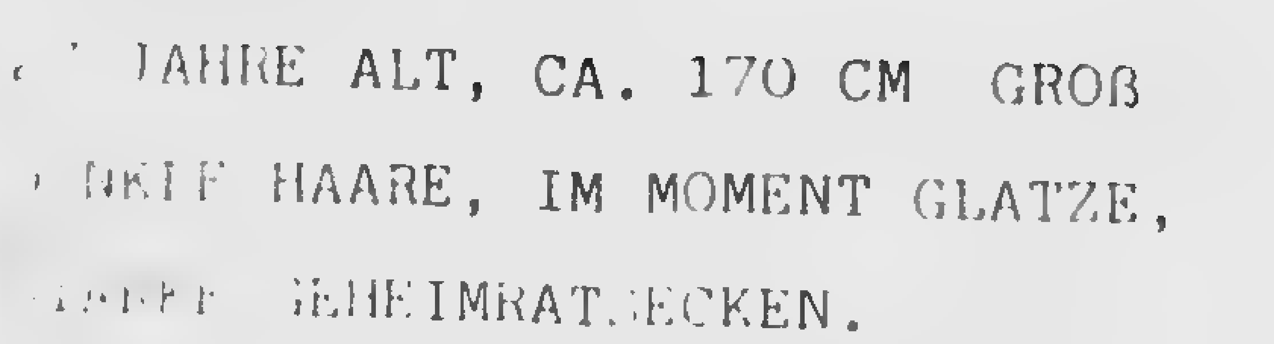
**Am Mittwoch,den Zwölften Februar Neunzehnhundertzweiundneunzig drangen wir in die Gebäude des Hühnerzucht- und Verarbeitungsmolochs ein.Wir legten die Eiersortier- undVerpackungsmaschiene lahm, indem wir die Leiterplatten aus der Maschiene und sämtliche ERsatzleiterplatten aus demSafe einzogen und später vernichteten.Dies dürfte ein schwwererSchlag für die Firma sein, da es sich hierbei um einen beträchtlichen materiellen Schaden handeln dürfte.
Unser Angriff richtet sich direktgegen Massenzuchtanlagen, die einzig und allein zum Zweck der Tierausbeutung und damit der Befriedigung der Macht und Profitinteressen des Menschen in diesemSystem dienen,einem System, in dem das Tier nicht als Lebewesen, sondern als Produkt angesehen wird.
Für Tiere ist jeden Tag TReblinka!Wo es um Tiere geht, wird jeder zum Nazi. Doch wir wollen das nicht einfach so hinnehmen. Es werden weitere Aktionen folgen.
Wir werden diese Maschinerie sabotieren, wo immer sich für uns die Gelegenheit ergibt und wir wissen, wir stehen nicht allein!**

Tierschutzgruppe

Broilerpower

Liebe TierschützerInnen!
Diesen Text wollten wir unkommentiert nicht abdrucken.. Euer Spruch zum "Hühner-KZ", der sinngemäß auch bei uns weit verbreitet ist, verharmlost völlig das Leiden von millionen von Menschen. Dieses wird (wie so oft) für andere Zwecke instrumentalisiert und damit die Ungeheuerlichkeit der Vernichtungspolitik im NS eingeebnet. -Natürlich taucht darin auch nicht die Widerständigkeit dieser Menschen auf. Iś

ACHTUNG VERGEWALTIGER



WERNER HEINEN
[illegible]IT. NAME: BONN
[illegible] JAHRE ALT, CA. 170 CM GROß
[illegible] HAARE, IM MOMENT GLATZE,
[illegible] GEHEIMRATSECKEN.
Er trägt meistens Chucks, helle Jeans, eine [illegible]t-weiße Baseball-Jacke und Kapuzen[illegible]. Die Kapuze hat er meistens auf. Er hat einen nach vorne gebeugten, schlurfenden [illegible]ng und ein blasses Gesicht. Bonn ist ein unscheinbarer Typ und macht eher einen zurückhaltenden und schüchternen Eindruck.

Er hat in der Nacht vom 22.2. auf den 23.2.92 in Hannover, auf dem Sprengelgelände (besetzte Häuser und Gelände) eine 16jährige Frau vergewaltigt und ihr anschließend so lange mit einem Knüppel auf den Kopf geschlagen, bis sie sich nicht mehr bewegt hat. Er mußte davon ausgehen, daß sie tot ist. Das ist zum Glück nicht passiert.
Er ist am 23.2. abgehauen und wurde noch einmal in Hannover gesehen. Wenn er sich nicht mehr in der Stadt aufhält, wird er wahrscheinlich nach Hamburg, Dortmund (bzw. Ruhrgebiet) oder in die Niederlanden abgehauen sein.
Auffällig ist außerdem, daß er auf Satanismus und Okkultismus abfährt, und Pentagramme in die Gegend kritzelt.

WENN ER GESEHEN WIRD, MELDET EUCH BITTE SOFORT BEI UNS !!!

WIR WOLLEN IHN AUF JEDEN FALL FINDEN !

SPRENGEL

Schaufelderstr. 29
3000 Hannover 1

IG-Metall-Vorstand schützt sexuellen Gewalttäter





Das nehmen wir Frauen nicht hin!

Schluß mit der Männerkumpanei!

Schluß mit der Anonymität!

DETLEF KUCHENBECKER

hat eine Frau unter Gewaltanwendung zu sexuellen Handlungen gezwungen.

Der Täter muß zur Verantwortung gezogen werden! Deshalb Schluß mit der Geheimnistuerei!
DETLEF KUCHENBECKER ist Pressereferent der IGM-Verwaltung in Berlin.
Zwar wurde er nach seiner Tat im Dezember '91 beurlaubt, aber nicht entlassen.
Es heißt, er bekommt eine gut dotierte Stelle in ORANIENBURG.
2/3 aller Frauen werden am Arbeitsplatz sexuell genötigt oder angemacht.
Die offizielle Gewerkschaftspolitik führt dagegen wohlklingende Kampagnen durch.
Die Realität ist ganz anders: die IGM-Frauen, die jetzt bezüglich KUCHENBECKER seine Entlassung fordern, sind einem Kesseltreiben ausgesetzt. Den Männern der Verwaltung geht es nicht um den Schutz der betroffenen Frauen (innerhalb der Gewerkschaft sind jetzt mehrere Vorfälle von sexueller Anmache und Belästigung bekannt geworden). Es geht den Männern um ihren eigenen Schutz. Sie bagatellisieren die sexuellen Übergriffe, schweigen sie tot, vertuschen sie. Sie decken sich gegenseitig oder bezichtigen die betroffenen Frauen der Schuld. Im Mittelpunkt stehen die sozialen Folgen für den Täter. Geschwiegen wird über die psychische Zerstörung, die sexuelle Gewalt für die betroffenen Frauen bedeutet.

Nennt die Täter beim Namen

Zieht sie zur Verantwortung!

KÜNDIGUNG SOFORT !



Dieses Plakat zierte-samt Sprühereien-die IGM-Verwaltungsstelle(Jacobstr.),sowie die DGB-Zentrale!
Da sich der IGM -Vorstand zu einer Tagung im Interconti einfand,sind wir da eben auch hin und haben Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Eiliges Protokoll zur Totalverweigerer-VV vom 25.2.92

Leider kam es wegen unterschiedlicher Erwartungen und mangelnder Vorbereitung zu keiner längeren inhaltlichen Diskussion. Nach einer Selbstdarstellung der anwesenden schon existierenden Gruppen ging es um notwendige Strukturen und Organisation.
Vorschläge waren: -vorrangige Organisierung in Kleingruppen, regelmäßige VVen zum Koordinieren und als Anlaufpunkt;
-Mobilisierungsadressenlisten, die doch gleich erstellt werden könnten (wurde weitgehend abgelehnt).
Auch die Organisationsdiskussion blieb leider mittendrin stekken. Ein Ergebnis war:
Anlaufpunkt für einzelne auf der Suche nach anderen einzelnen zwecks Schaffung eines geselligen Grüppchens ist: Totalverweigerercafé "KGB" (Kriegsdienst geht baden), Freitag ab 19 Uhr, Potsdamer Str. 180.
Für uns hat die VV erstmal keine Klarheit darüber gebracht, wie weit Totalkriegsdienstverweigerung eine breite Basis haben könnte und von daher als Widerstandsform geeignet ist. Wir denken aber, daß auf den nächsten Treffen und Aktionen sich dies zeigen wird.
Bei der nächsten VV am 10.3. sind Ideen für Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen gefragt (z.B. Plakataktion). Während der VV gibt's keine Beratung, einzelne sollten sich wirklich offensiv bemühen, Kontakt zu Gruppen oder anderen Einzelpersonen zu bekommen, damit sie danach nicht zu Hause hilflos versacken.

Also: nächste TKDV-VV am 10.3. um 20 Uhr im X-B-Liebig (Versammlungsraum), Liebigstraße 34, U-Bahnhof Frankfurter Tor (Rathaus Friedrichshain).



Ab dem 8. März wollen wir in Zehlendorf anfangen kontinuierlich zu 500 Jahren Kolonialismus, Imperialismus und zur Verschuldungskrise zu arbeiten. Wir wollen Widerstand leisten gegen die bestehende Weltwirtschaftsordnung, Alternativen erarbeiten und die Mobilisierung gegen den WWG '92 in München unterstützen.

Jeweils Sonntags um 16 Uhr im CAFE CHAOS
Machnowerstr. 19a, nahe S-Bhf. Zehlendorf

CAFÉ CHAOS
Berlin-Zehlendorf

" Heute kann dich die einfache Tatsache, dass du einen Flüchtling in deinem Haus hast, in den Knast bringen"

FLÜCHTLINGE INNERHALB DER EG

Beispiel Baskenland

Schon immer gab es Flüchtlinge innerhalb von Europa. Das hat sich auch nach Schaffung der EG nicht geändert. Noch immer suchen Menschen aus einem EG-Staat aufgrund politischer Ereignisse Zuflucht in einem anderen Mitgliedsland. Diese Tatsache kollidiert fundamental mit dem Selbstverständnis des EG-Imperiums, wonach sich 'demokratische Staaten' zum gemeinsamen Staatenbund organisieren. Und wo sich konstitutionelle Demokratien (gewählt, rechtsstaatliche Garantieen etc.etc.) zusammenschliessen, gibt es per Definition keinen Grund für politisch motivierte Flucht.

Trotzdem verlassen verfolgte Menschen Nord-Irland und gehen nach Süd-Irland oder halten sich Mitglieder der Roten Brigaden im französischem Staat auf. Das grösste Kontigent geflüchteter Menschen innerhalb der EG dürfte sich aber wohl aus dem baskischen Unabhängigkeitskampf ergeben haben. Bis heute haben ca. 1.600 Menschen aus Süd-Euskadi aus Furcht vor Verhaftung und Folter durch die Guardia Civil Unterschlupf in Nord-Euskadi = Iparralde (Süd-West-Frankreich) gefunden.

Im Rahmen internationaler Fahndungen und div. zwischenstaatlicher Absprachen waren diese Flüchtlinge ständig einer systematischen Verfolgung ausgesetzt.
Die "über-staatliche" demokratische Legitimation dazu kam 1982 gleichzeitig von den sozialdemokratischen Parteien der EG und dem Europaparlament. Nachdem die Sozis den Grundsatz gefasst hatten, niemandem aus einem anderen EG-Land politisches Asyl zu gewähren und erstmals laut über die Einrichtung eines "europäischen Rechtsraumes" nachgedacht hatten, beschliesst das EP, dass "...der Begriff des politischen Tatmotivs oder des politischen Delikts...innerhalb der Grenzen der Gemeinschaft bei terroristischen Delikten keinen Platz haben darf".

Die Umsetzung dessen wurde ganz besonders wütend und gar nicht an "rechtsstaatlichen Grundsätzen" orientiert vom französischen und spanischen Staat vollzogen.
Nachdem der von spanischen Bullen gelenkte blutige Feldzug der GAL-Todesschwadrone 1983 gegen baskische Flüchtlinge in Iparralde begonnen hatte, setzte 1984 die berüchtigte Auslieferungs- und (gesetzlich nicht vorgesehene) Deportationspolitik der französischen Regierung ein. Als Reaktion auf die GAL-Exzekutionen (Bilanz: 38 Tote in 3 Jahren) und zur Umgehung 'umständlicher' gerichtlicher Auslieferungsverhandlungen erfindet Frankreich 1987 die "Prozedur der absoluten Dringlichkeit". Dieser Vorgang erschöpft sich inhaltlich in seiner schlichten Tat, nämlich den Flüchtling auf der Strasse zu verhaften und ohne jede juristische Geschichten direkt an der Grenze der span. Guardia Civil zu übergeben - ganz wie es die Gesetze vorsehen. Knapp 200 Menschen sind seitdem auf diese Weise in den Folterzentren der brutalen Guardia Civil gelandet. Zu dieser Zeit beginnen die Razzien gegen Flüchtlinge in Iparralde: 1987 wurden in einer unglaublich gross angelegten Razzia, bei der quasi gesamt Nord-Euskadi von Bulleneinheiten eingekesselt wurde, ca. 120 Menschen verhaftet, wovon 61 entweder in französische oder nach Abschiebung in zentralspanischen Knäste gesteckt werden. 1990 folgen 65 weitere und 1991 erweitert sich die Zahl um ca. 80 Menschen.

Es ist klar, dass die ständige Repression und Verfolgung nicht spurlos an den Flüchtlingen vorbeigeht und ihnen das alltägliche Leben fast unmöglich macht. Von den 1.600 Flüchtlingen sind nur 11 offiziell anerkannt (=Flüchtlingsstatus) und einige wenige erhalten eine Aufenthaltserlaubnis. Alle anderen leben in absoluter Klandestinität. "Der Flüchtling muss versteckt leben. Einfache Zahnschmerzen sind ein schweres Problem.....Ein Flüchtling kann Monate oder sogar Jahre nicht auf die Strasse gegangen sein, und eines Tages, wenn er es macht, geht er und die UnterstutzerInnen ein hohes Risiko ein.....Deshalb schliesst man/frau das Risiko aus", dass sagt Izaskun Rekalde in einem Interview (Egin, 26.1.92), die schon seit 1977 als Flüchtling in Iparralde lebt und eine der wenigen mit offiziellem Status ist.

Kriminalisierung der Solidarität

Unter dem Druck all dieser Massnahmen leben die Flüchtlinge zwar unter höllischen Bedingungen, aber das 'Problem Flüchtling' konnte bisher damit nicht gelöst werden. Deshalb ist jetzt die Repression ausgedehnt worden auf Menschen, die geflüchteten baskischen Menschen beistehen.

Den ersten Schlag landete die französische Regierung am 21.12.91 in der Stadt Angers: in 10 Wohnungen verhafteten die Bullen in einer Nacht 7 Menschen und beschuldigten 1 Monat später 9 weitere nach der juristischen Formel: **kriminelle Vereinigung und Hilfe bei illegalem Aufenthalt in Verbindung mit terroristischem Vorhaben.** Betroffen sind Menschen u.a. von Amnesti International, der Liga der Menschenrechte, ein Gewerkschaftsverantwortlicher, die nichts weiter gemacht haben als "...mit Flüchtlingen Kaffee getrunken zu haben oder mit ihnen spazierengegangen zu sein. Nur 2 hatten jemals einen baskischen Flüchtling bei sich aufgenommen" (Pressekonferenz Betroffener, Egin 25.1.92) und "...die nichts mit dem Widerstand der Basken gegen den spanischen Staat zu tun haben und sogar gegen Gewalt sind" (Interview mit der frz. RAin Freyssenet, Egin 3.2.92). Bei keiner Betroffenen wurden irgendwelche Hinweise auf eine Identität mit ETA gefunden.

In dieser Bullenaktion manifestiert sich erstmals ein neuer strategischer Schritt im Kampf gegen Flüchtlinge innerhalb der EG-Mitgliedsstaaten. Bisher waren Menschen oder Organisationen, die sich um ein einfach menschenwürdiges Leben der geflüchteten Menschen kümmern, nicht von Kriminalisierung bedroht. Parallel zu der Abschottung der EG-Aussengrenzen gegen das Hereinfluten von Flüchtlingen geraten die eigenen hausgemachten Flüchtlinge und jetzt vor allem die Hilfsorganisationen ins Visier der europäischen Imperialisten.
Damit da auch nicht verwechselt wird, um wen es sich dabei handelt, die Fluchtlingen ihre Türen offenhalten, verkundete der Ober-Terroristenjäger von Iparralde (und ex-Interpol-Chef) Roger Bossle im Dezember 91 in der spanischen Presse: "Menschen stellen, die ETA helfen, heisst direkt ETA treffen", und gab bekannt, dass eine spezielle Einheit mit 200 Mann sich fortan dieser Aufgabe widmet.

Das war keine leere Drohung. Genau einen Monat später landete die frz. Regierung am 21.1.92 den zweiten Schlag gegen Unterstützerkreise in Iparralde: 13 Verhaftungen, wovon immer noch 7 in Haft sind, ausgeführt von der berüchtigten anti-TE-Brigade RAID, die durch ihr blosses Vorgehen keinen Zweifel für die Nachbarn und Öffentlichkeit liessen, dass das hier alles Terroristen sind: Vermummte, vollständig in schwarz gekleidete und bewaffnete Männer drangen in Wohnhäuser ein, bedrohten Kinder mit MG's und führten aufwendige Verhaftungen am Arbeitsplatz durch. Die juristische Beschuldigung auch hier absurd: Flüchtlingen aus terroristischer Unternehmung geholfen zu haben und dabei selbst kriminelle Vereinigung geworden zu sein. Und wieder wird bei niemandem ein Hinweis auf eine konkrete ETA-Unterstützung gefunden. Betroffen: der Vorsitzende der örtlich bekannten Flüchtlingshilfsorganisation Anai Artea, ein sehr hoch angesehener Priester und andere. Damit ist das erstemal in Frankreich ein Priester wegen Unterstützung von Flüchtlingen eingeknastet worden.

Die angedrohte Haftstrafe, das konkrete und massive Vorgehen und die entsprechende begleitende Pressekampagne in Iparralde und im span. Staat lassen schlimmstes befürchten. Alles deutet darauf hin, dass sich die Imperialisten auf weitere Schläge dieser Art ausrichten. So interessierten sich die Bullen bei der Durchsuchung von Anai Artea vor allem für die Buchhaltung. Und die nach den Verhaftungen durchgeführten polizeilichen Verhöre dienten nicht zur Verfolgung des konkret vorliegenden Ermittlungsverfahrens, sondern zur Ausforschung anderer Menschen, um weitere Verfahren einleiten zu können. So war es schon im Fall 'Angers', wo nach Monaten 9 weitere Menschen beschuldigt wurden.

"Heute heissen die Anschuldigungen Hilfe und Unterstützung von ETA-Mitgliedern. Aber wo beginnt die Hilfe, wenn lediglich die Türen für verfolgte Menschen offengehalten werden?", fragt das Kommitee der Flüchtlinge und Gefangenen EPSK. "Dieses Vorgehen ist ausschliesslich politisch-polizeilich motiviert, nicht aber juristisch".
So sieht es auch die RAin Freyssenet (sh. o.): "Sie wollen keine Flüchtlinge, nicht einmal das Wort. Die frz. Regierung verbreitet über die Flüchtlinge, dass sie keine seien, sondern aktive KämpferInnen, die vom frz. Boden aus Aktionen planen....Die frz. Regierung kümmert sich nicht darum, dass Spanien in den Jahreslisten über die Länder erscheint, wo gefoltert wird. Es ist unglaublich, aber es kümmert sie nicht. Sie vertreten den Standpunkt, dass Spanien ein demokratischer Staat ist und in einem demokratischen Staat kann man nicht foltern". Ganz nach dem sozialdemokratischen Beschluss von 1982.

Frankreich ist kein Asylland mehr und das betrifft nicht nur das baskische Problem. Eine Fluchtmöglichkeit ins benachbarte Ausland, eine ungeheuere Wichtigkeit für die Widerstandskämpfer-

innen im 3. Reich oder des Franco-Regimes, die soll es nicht mehr geben. Das Ziel dient präventiv der Ein- schüchterung des gesamten realen und potentiellen Widerstandes innerhalb der EG gegen Repression, Vereinheitlichung und Verelendung.

Ihr Krieg ist 'demokratisch', aber es ist Krieg.

Askatasuna - Freiheit
(Jemand, dem das alles nicht egal ist)

ZWEI KIRCHENBESETZUNGEN VON ARBEITSEMMIGRANTEN

Bereits seit dem 14.1. halten 52 algerische Arbeitsemmigranten die Gemeinderäume von San Vicente in Gasteiz im Baskenland besetzt. Sie protestieren damit gegen die Anwendung des neuen spanischen Ausländergesetzes gegen sie, wonach sich alle bis dahin illegalen EinwanderInnen bis Dezember bei den Behörden hätten melden und sich registrieren lassen sollen. Dies war nicht mit einer Garantie gekoppelt, dann auch tatsächlich einen legalen Aufenthaltsstatus zu bekommen. Die meisten Arbeitsemmigranten, die das Ultimatum verstreichen ließen und denen jetzt die Ausweisung droht, bekamen schlicht nichts davon mit, wegen Sprachproblemen oder aus sonstigen Gründen. So auch die Kirchenbesetzer in Gasteiz, die jetzt ein flexibleres Vorgehen der Behörden und ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht fordern.
Mittlerweile bekamen sie zweimal Besuch von Repräsentanten der algerischen Botschaft, die nach eigenen Angaben vermitteln wöllten, zuerst aber die Namen, Ausweisnummern und Einreisedaten der Besetzer registrieren wollten, was ohne damit verbundene Garantie weiterer konstruktiver Schritte von den Besetzern abgelehnt wurde, weshalb diese beiden Treffen ergebnislos blieben.

Es gab zahlreiche Solidaritätsaktionen der linken Gewerkschaften (Foto), antirassistischer Organisationen, von Herri Batasuna, Basisgruppen des Stadtteils, usw. . Die Behörden aber lassen bisher keinerlei Gesprächsbereitschaft erkennen.(Stand:13.2.)
Am 12.2. besetzten ca. 500 Arbeitsemmigranten verschiedener Herkunftsländer aus demselben Grund auch die Kirche Cristo Rey in Barcelona. Ihre Ausweise waren eingezogen worden, worauf sie sich an Gewerkschaftsvertreter gewandt hatten, weil sie die Ausweisung befürchteten. Diese hatten in Gesprächen mit dem Generalsekretär der Zivilregierung in Barcelona das Zugeständnis erreicht, daß alle AusländerInnen nochmals über die Pflicht unterrichtet werden, sich registrieren zu lassen, und daß bisher Uninformierte nicht abgeschoben werden. Diese rein verbale Zusage ging den Besetzern aber nicht weit genug. Sie halten es für "nötig, Druck zu machen, bis tatsächlich klar ist, daß niemand abgeschoben wird."





RÄUMUNGS PROZESSE

Marchstraße/ Einsteinufer

AUFRUF ZUR KUNDGEBUNG

Jetzt, am Montag den 9. März findet der erste Räumungsprozess gegen uns statt. Am Mittwoch dem 18. März ist der zweite Termin.
Er wird vor dem Landgericht Berlin, von der Henning, von Harlessem CoGmbH gegen uns angestrengt.
Am Ende soll rauskommen, das wir vom Gerichtsvollzieher und den Bullen auf die Strasse gesetzt werden.
Das passt den vorgeblich Verantwortlichen von Senat, Bezirk, und TU gut in den Kram. Hat der Spekulant erstmal die Räumungstitel in der Tasche, können sie uns in aller Ruhe loswerden.
Dann ist unsere Räumung für sie kein politisches Problem mehr, sondern ein juristisches.
DENKSTE NICHT MIT UNS
Wir sind seit 3 Jahren hier und werden auch hier bleiben. Ihre Probleme fangen jetzt erst richtig an.
Deshalb kommt alle zu den Kundgebungen vor dem Gericht. Wir sind nicht in aller Stille im Saal abzuservieren, sondern wir werden laut auf der Strasse, in derÖffentlichkeit sein.
Der Prozess gegen uns ist ein politischer Prozess.
Obwohl für Wohnungs-, Miet- und auch Hausbesetzungsangelegenheiten die Amtsgerichte zuständig sind, hat das Landgericht seine Zuständigkeit erklärt. Das bedeutet sie wollen über die Herausgabe der wertvollen Grundstücke urteilen und die Menschen, die dort in den Häusern leben, sollen keine Rolle mehr spielen.

Da spielen wir nicht mit, wir lassen uns nicht unsichtbar machen.
Lasst uns gemeinsam den Kampf um unsere Häuser auf der Strasse führen.

Die BRD-Klassenjustiz ist für uns nicht zuständig

MO 9. März 11 Uhr Kundgebung vor dem Landgericht
12 Uhr Prozess
Berlin Charlottenburg, Tegler Weg 17-20
U-Mierendorfplatz

Mi 18. März- das selbe

TERMINKALENDER

Do 5.3.

21.00 Daneben,Rigaerstr.84 "Wahrheit macht frei" + "Tod in Göttingen"

Fr 6.3.

19.00 TEK,Oranienstr.36 "Und ich weiß,warum ich ..."
19.30 EX,Mehringhof Veranstaltung zur Diskussion um die Freilassung von politischen Gefangenen
19.00 Clash,Uferstr.13,1/65 JobberInnen-Treffen
20.00 Yorckstr.59,HH,1/61 "Wie andere Neger auch"
20.30 Villa Eckertstein,Strausberg - PNATSH (Konzert)
19.00 Cafe KGB,Potse 180 Worldmusic u. Reggaeabend

Sa 7.3.

10.00 "Anstoss",Brunnenstr.7 Frühstück
11.00 Krümel,Weserstr.155,1/44 Frühstück im Fußballcafe
13.30 Kottbusser Tor- Treff zum gemeinsamen Fußballbesuch
15.30 NOlympiastadion: Hertha - St.Pauli
18.00 TU,AStA-Villa,ARZ erweitertes UnterstützerInnentreffen
20.00 Yorckstr.59,HH,1/61 "Von Gewalt halt ich nicht viel, nur,mit Gewalt erreichst du ne Menge
21.00 Daneben, "Die verdrängte Gefahr" + "Provokation"
21.00 Marchstr.23,HH - Prozesskosten-Konzert

So 8.3.
13.00 Südstern 8.MÄRZ FRAUENDEMO
10.30 Kottbusserstr.6, Treff zum Spiel:Cottbus-Türkiyemspor
16.00 Cafe Chaos,Machnowerstr.19a, Kampagne92
20.00 Yorckstr.59 "Aufenthalt im Widerstand"+ Hoyerswerda

Mo 9.3.

11.00 Landgericht Tegeler Weg, Kundgebung gegen Räumungsklage
12.00 Prozessbeginn gegen Marchstr.

Di10.3.

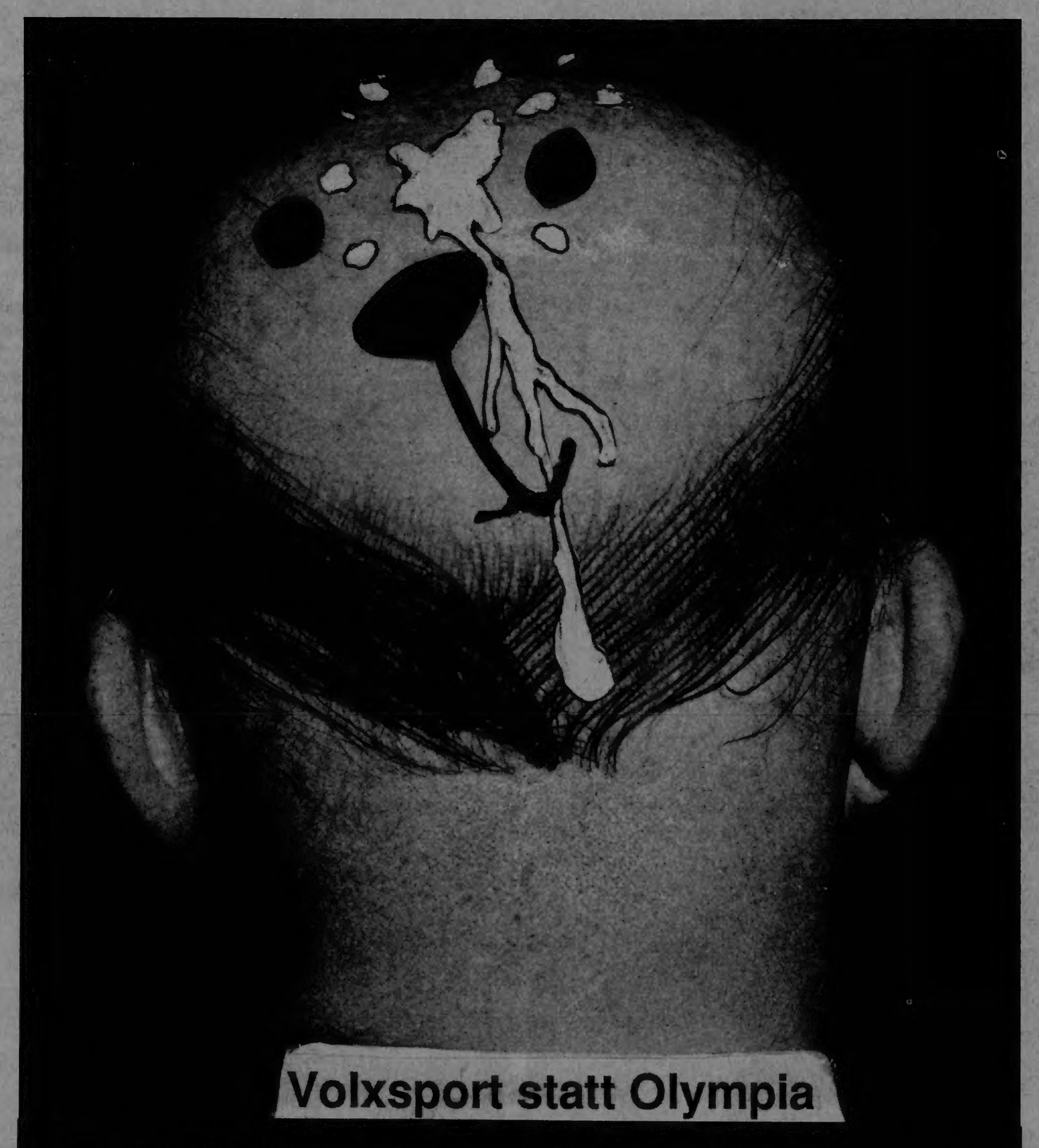
18.00 Cafe Wohnungsnot,Linienstr.206

Mi11.3.

20.00 Bandito Rosso,Lottumstr.10a "Coming out"
20.00 Krümel, Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum(NAUP)

P.S. Die Stadtrundfahrt zu Gen- und Reproduktionstechnologie am 12.4. muß leider ausfallen ! Die Termine der übrigen Touren (15.3.+7.6.) bleiben wie sie sind.





Am **13. März** um 18.00 findet das 137. Schinkelfest mit Preisverleihung zum Thema

"Olympia - Feststadt Berlin 2000"

im Konzertsaal der HdK in der Hardenbergstraße statt. Anwesend sind u.a. Diepgen, Daume, Hassemar, Nagel, Kleemann, Deutscher Betonverein und die Berliner Baumafia.

Wir feiern mit:

17.30 Anti - Olympia - Klamauk

rund um die Hardenbergstraße und die Fasanenstraße